DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 14. Juli 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 161 - 28.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36.00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 60 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 90.00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2.00 hfl. Norwegen 7,30 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc Schweden 6.50 skr. Schweiz 1.60 sfr. Spanien 110 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Raketen: Der französische KP-Chef Marchais hat in Moskau offen der Kreml-Forderung widersprochen, die Mittelstreckenwaffen seines Landes in die Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen UdSSR und USA einzubeziehen. Tass mußte sogar eine Meldung zurückziehen, daß die KPF im US-Imperialismus die Hauptgefahr für den Frieden sehe.

SPD: Der SPD-Abrüstungsexperte Bahr hat vor seinem Abflug nach Moskau die Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Mittelstreckenwaffen in die Genfer Verhandlungen bekräftigt.

Sozialhilfe: Die Regelsätze sollen ab 1. Juli 1984 wieder von den Ländern festgesetzt werden, beschloß das Kabinett.

CSU: Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Althammer hat den nach Angriffen auf Strauß ausgetretenen Franz Handlos gegen Kritik der CSU-Führung in Schutz genommen. – Kultusminister Maier weigert sich („Kasperltheater"), in einer zweiten eidesstattlichen Erklärung zu versichern, daß er nicht Informant des „Münchner Merkur" für dessen umstrittenen Bericht zum „DDR"-Kredit war.

Strauß: Neben Polen und der „DDR" wird Strauß auch die CSSR besuchen. Er reist sofort nach dem CSU-Parteitag am Wochenende ab.

Kabinett: Das Bundeskabinett hat den Entwurf für eine Verschärfung des Demonstrationsrechts, die Einführung eines Europa-Passes ab 1985 und die Unter-Tage-Erkundung eines möglichen Atom-Endlagers bei Gorleben beschlossen.

EG-Fischfang: Für mehrere EG-Staaten herrscht ein Heringsfang-Verbot, weil sie ihre vorläufigen Fangquoten schon ausgeschöpft haben und sich der EG-Ministerrat nicht auf eine endgültige Quoten-Aufteilung einigen konnte.

Neutronenwaffe: Der amerikanische Senat hat einen früheren Beschluß revidiert und die Entwicklung von Neutronenwaffen freigegeben.

Italien: Der Christdemokrat Cossiga wurde Präsident des Senats, die Kommunistin Jotti Präsidentin des Abgeordnetenhauses. – *Tumulte wegen der* Teilnahme des in einem Extremisten-Prozeß angeklagten Radikalen Negri.

Israel: Die USA wollen Israel verbesserte Flugzeug-Raketen vom Typ Sparrow liefern. – Verteidigungsminister Arens droht Vergeltung für Überfälle auf Israels Armee in Libanon an.

Heute: Nationalfeiertag in Frankreich; Präsident Mitterrand legt im Fernsehen seine *Politik dar. – Außenminister* Genscher sieht in Sofia Parteichef Schiwkow. – Britischer Außenminister Howe in den USA. – Westliche Banken beraten in Wien über Polen-Umschuldung. – Nuklear-Verhandlungen USA–China werden beendet. – „Contadora"-Gruppe berät in Panamá.

ZITAT DES TAGES



„Für uns ist wichtig, daß Kohl sich als Erbe von Konrad Adenauer versteht, den wir als einen Wegbereiter der Aussöhnung zwischen Israelis und Deutschen ansehen."

Der israelische Botschafter Yitzhak Ben Ari zum geplanten Besuch des Bundeskanzlers in Israel Anfang September

FOTO: F. HARTUNG

WIRTSCHAFT

Industrie-Kapazität: Wachstum in der Bundesrepublik 1983 erstmals gestoppt, meldet Ifo.

Zinsen: Niedriges Niveau auf längere Sicht, Abkoppeln von US-Zinsen erwartet Finanz-Staatssekretär Tietmeyer. – USA: Kurseinbrüche an der Aktienbörse in Erwartung höherer Zinsen.

Kartellamt: Verfügung gegen Esso-Tochter Favorit, in Fernwärme-Verträgen „Anschlußwert" auch bei besserer Wärmeisolierung der Abnehmer zu kassieren, in erster Instanz gescheitert.

Flick: Höhere „Leopard"-Lieferungen ins Ausland erbrachten im ersten Halbjahr 1983 Umsatzsteigerung um sechs Prozent auf 4,7 Milliarden DM.

Hapag-Lloyd: Jahresfehlbeträge von 68,8 Millionen DM im Konzern, 58,8 Millionen bei der Reederei.

Quelle: Schickedanz-Umsatz letztes Jahr von 9,01 auf 8,73 Milliarden DM zurückgegangen; bescheidener Zuwachs 1983/84 erwartet.

Frankreich: Realeinkommen sinken 1983 um 1,2 Prozent. – Massenentlassungen und Pensionierungen bis zu 12 500 Beschäftigten bei Peugeot.

Allianz: Professor Herbert Grünewald (Bayer) übernimmt Aufsichtsratsvorsitz von Hans-Günther Sohl.

Börse: Die schwache Verfassung hielt an den Aktienmärkten an. WELT-Aktienindex 141,2 (142,5). Schwache Tendenz auch am Rentenmarkt. Dollar 2,5915 (2,5898) Mark. Goldpreis je Feinunze 427,25 (429,00) Dollar.

KULTUR

Kirche: Jährlich 500 Millionen Mark (ein Zehntel des Jahresaufkommens an Kirchensteuer) gehen der Evangelischen Kirche durch den Austritt von 1,8 Millionen Mitgliedern in den letzten 15 Jahren verloren (Oberkirchenrat Hofmann, München).

Baumbauer: Der Vertrag des Schauspielleiters des Residenztheaters wurde auf drei Jahre verlängert.

Berlin: 130 Millionen Mark Staatsmittel für die 750-Jahr-Feier Berlins 1987 als „ganzjähriges Fest".

SPORT

Radsport: Bei der Tour de France wurde der Holländer Joop Zoetemelk des Dopings überführt. Für den Tour-Favoriten Zoetemelk war es das dritte Mal. Er nahm anabole Stereoide.

Golf: Bernhard Langer kennt inzwischen jeder Golf-Interessierte. Doch jetzt taucht mit dem Hamburger Thorsten Gideon ein neuer Name auf der internationalen Golfer-Szene auf.

AUS ALLER WELT

Mord: Die 25jährige Tochter des Esso-Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Oehme wurde in einem Kornfeld in der Nähe von Münster (Westfalen) ermordet aufgefunden.

Schulbus-Unglück: Bei einem Zusammenstoß bei Tel Aviv wurden 57 Personen, hauptsächlich Schüler, verletzt.

Wetter: Der Zustrom kühlerer Luftmassen bleibt erhalten. Im Norden teilweise wolkig, bis 25 Grad. Im Süden heiter und trocken, nachmittags noch 26 bis 29 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Nach Marchais' Protest steckt der Kreml zurück

Raketenstreit: KPF beschuldigt Tass der Verdrehung von Äußerungen

DW. **Moskau**

Zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion ist die amtliche Nachrichtenagentur Tass von einer Bruderpartei der KPdSU der unwahren Berichterstattung bezichtigt und zur Rücknahme einer Verlautbarung gezwungen worden. Der französische KP-Chef Georges Marchais, der vom sowjetischen Parteiführer Andropow im Kreml empfangen worden war, beschuldigte die Agentur, ihm in ihrer Berichterstattung Äußerungen über die Raketenfrage „in den Mund gelegt" zu haben, die er niemals gemacht habe. Tass gab den „Irrtum" zu und verbreitete eine Version ohne die beanstandete Passage.

Der Moskauer Zwischenfall hat nach Einschätzung westlicher Beobachter *ein Schlaglicht auf die* prekäre Lage der KPF als ideologischer Verbündeter der sowjetischen Partei und als Partner in der französischen Regierungskoalition geworfen. Ob es sich dabei um eine Krise in den Beziehungen der beiden Parteien oder nur um einen geschickten Schachzug Marchais' handelte, um sich zu Hause Ärger zu ersparen, war in Paris gestern noch umstritten. Die Zeitung „Liberation" hielt sogar ein abgekartetes Spiel für denkbar.

Bei der von Marchais beanstandeten Passage in dem Tass-Bericht war ihm die Bemerkung zugeschrieben worden, die Hauptgefahr für den Frieden liege heute in der „Absicht des amerikanischen Imperialismus, neue Mittelstreckenraketen in Europa aufzustellen". Marchais korrigierte, die französische Seite habe lediglich einer Formulierung zugestimmt, daß ihr Ziel eine „ausgewogene Reduzierung der Rüstungsarsenale unter Berücksichtigung aller im Osten und Westen existierenden" sei. Nach seinem Protest zog Tass die Meldung über das Treffen zurück.

Die Agentur verbreitete später ein Kommuniqué, in dem jeder Hinweis auf eine von den USA ausgehende Gefahr fehlte. In getrennten Darlegungen der Einzelpositionen erklärte die KPF, die für die Sicherheit und Unabhängigkeit Frankreichs gedachten französischen Waffen könnten nicht Gegenstand von Abrüstungsverhandlungen sein. Nur bei einer ausgeglichenen Abrüstung in Europa und der ganzen Welt könne *man* auch über die französischen Atomwaffen sprechen.

Die sowjetische Seite gestand zu, daß sie trotz der Einberechnung der französischen Atomwaffen nicht deren Reduzierung verlange.

Für den Kreml scheint die Haltung der KPF nur schwer verständlich. Offiziöse Moskauer Kreise betonten kurz vor dem Marchais-Besuch gegenüber der französischen Agentur AFP, angesichts der sozialistischen Politik in Paris begreife *man nur* schwer, weshalb sich die Kommunisten noch immer an der Regierung beteiligten. Erst am 9. Juli hatte die *KPF versichert, daß die Koalition* nicht an der Raketenfrage zerbrechen werde. Einige politische Beobachter gingen davon aus, daß Tass im Ton des Berichts über den Marchais-Besuch vermutlich richtig lag, daß dies jedoch von Marchais nicht offen zugegeben werden konnte.

Sozialhilfe: Länder setzen Höhe fest

Kabinett beschließt Rückkehr zu der bis 1981 praktizierten Regelung / Klagen der Städte

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Die Länder und nicht mehr die Bundesregierung werden künftig die Regelsätze für die Sozialhilfe festlegen und bei Erhöhungen „der Entwicklung der öffentlichen Finanzen Rechnung tragen". Mit dieser Entscheidung hat das Bundeskabinett gestern die Meinungsverschiedenheiten über eine Anhebung der Sozialhilfesätze um 1,5 Prozent (Vorschlag Bundesfinanzminister Stoltenberg) oder drei Prozent (Vorschlag Familienminister Geißler) beendet.

Die Rückkehr zu der bis 1981 geltenden Länder-Zuständigkeit für die Höhe der Sozialhilfe, die dann mit einem Bundesgesetz abgelöst wurde, hat das Bundesfinanzministerium in seinem Text damit begründet, daß die Regelsätze entsprechend den allgemeinen Grundsätzen der Bedarfsdeckung fortzuschreiben seien, gleichzeitig aber „der angespannten Haushaltssituation von Ländern und Gemeinden Rechnung zu tragen" sei und vor allem für sie finanzielle Risiken ausgeschlossen werden müßten.

Die Sozialhilfe, so hieß es hier weiter, müsse in einigen Bereichen wieder stärker „am tragenden Prinzip des Nachranges gegenüber der Selbsthilfe und der Hilfe durch nahe Angehörige" ausgerichtet werden. Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen verfolgten weiter das Ziel, die geringfügigen Mehrbelastungen der Sozialhilfe auszugleichen, die sich aus Einsparungen in anderen Bereichen eventuell ergeben könnten.

Für Sozialhilfe zum Lebensunterhalt wie für „besondere Lebenslagen", zum Beispiel bei Heimunterbringung, werden zur Zeit jährlich in der Bundesrepublik 16,5 Milliarden Mark ausgegeben. Nach dem Vorschlag einer „Deckelung" auf 1,5 Prozent Anstieg zum Juli 1984 wären, so das Finanzministerium, 100 Millionen Mark eingespart worden. Ausdrücklich wandte sich das Finanzministerium auf Anfrage gegen die Argumentation der Städte und Gemeinden, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger steige.

Demgegenüber erklärte ein Sprecher des Deutschen Städtetages, mit einer rund 20prozentigen Steigerung bei der Hilfe zum Lebensunterhalt „schlägt die Arbeitslosigkeit hier voll durch". Es erschienen beim Sozialamt „Leute, die wir früher hier nicht gesehen haben". Nur die Zahl der Empfänger von Sozialhilfegeld „für besondere Lebenslagen" stagniere. Im städtischen Bereich habe sich die Zunahme für Lebensunterhalts-Zahlungen im vergangenen Jahr zum Beispiel in Nürnberg mit 32 Prozent niedergeschlagen, in Saarbrücken mit 28 Prozent, in Hagen mit 26 und in Düsseldorf mit 24,6 Prozent.

Ausdrücklich hat die Bundesregierung erklärt, daß sie bereit sei, Vorschläge der Länder zur weiteren Kostenbegrenzung in der Sozialhilfe „positiv aufzunehmen". Dies gelte auch für Vorschläge, die von Länderseite im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu einer bedarfsgerechten Begrenzung des Angebots von Plätzen in stationären Einrichtungen für Sozialhilfeempfänger gemacht werden.

Seite 2: Sozialhilfe dezentral

In der CSU regt sich Widerspruch

Althammer: Unfaire Kritik an Handlos / Klärung über „DDR"-Kredit verlangt

PETER SCHMALZ, **München**

Die massive Kritik an dem aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Franz Handlos stößt in der Partei auf Widerspruch. „Man sollte einem solchen Mann bis zum Beweis des Gegenteils ehrenhafte Motive für seinen Schritt unterstellen und nicht versuchen, ihn niederzuknüppeln", erklärte gestern der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Walter Althammer, gegenüber dpa. CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu habe mit seinen abwertenden Bemerkungen über Handlos das Gebot der Fairneß verletzt.

Althammer rügte, es habe an einer „frühzeitigen und umfassenden Aufklärung" über den Milliardenkredit an die „DDR" gefehlt, er erwarte nun, daß Bundeskanzler Kohl und Strauß auf dem CSU-Parteitag am Wochenende Aufklärung über den noch „offenen" Punkt der politischen Gegenleistungen durch die „DDR" geben. Althammer, der das Kreditgeschäft grundsätzlich begrüßt: „Die Parteibasis muß hier noch sehr viel *deutlicher* aufgeklärt werden."

Ähnlich hatte sich der Augsburger Bundestagsabgeordnete auf einem CSU-Parteitag im Landkreis Augsburg geäußert; er erhielt dafür den Beifall der 170 Delegierten. Auf derselben Versammlung erklärte der schwäbische Kommunalpolitiker Josef Walter ebenfalls unter dem Applaus der Versammlung, das „Wendemanöver" von Parteichef Strauß sei „etwas zuviel und schwer verständlich", es könne nicht Sinn der CSU-Mitgliedschaft sein, „zu allem ja und amen zu sagen", was von Strauß und der Parteispitze gemacht werde.

Althammers Bemerkungen nannte CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu gegenüber der WELT „rätselhaft". Er verstehe nicht, was an seiner (Wiesheus) Kritik über das Verhalten von Handlos unfair gewesen sei. „Ist es vielleicht fair, wenn Handlos erklärt, Strauß mache die CSU zur Ein-Mann-Demokratie? Ist es vielleicht fair, wenn Handlos den Absprung aus der Partei offenbar schon lange plante, und nur noch einen möglichst spektakulären Zeitpunkt dafür suchte?"

Von begründeten Erwartungen, die nicht in dem Vertrag für ein kommerzielles Bankgeschäft stehen können, schreibt der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, in der jüngsten Ausgabe des CSU-Organs „Bayernkurier". Die Bilanz des *Kreditgeschäftes könne erst in* einem angemessenen Zeitabstand möglich sein, die CSU wolle aber jede Chance nutzen, um Belebung in das innerdeutsche Verhältnis zu bringen und menschliche Beziehungen auf Dauer zu erleichtern.

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung des „Münchner Merkur" über eine Kabinettsitzung in der Bayerischen Staatskanzlei, in der Strauß das Kreditgeschäft erwähnt hatte, weigerte sich Kultusminister Hans Maier (CSU) gestern, eine zweite, von sämtlichen Kabinettsmitgliedern geforderte eidesstattliche Erklärung abzugeben. Maier erklärte, „er mache dieses Kasperltheater" nicht mehr mit. Im übrigen habe er an Ministerpräsident Strauß bereits einen entsprechenden Brief geschrieben. Strauß sagte vor Journalisten, er wisse nichts von einem derartigen Schreiben.

In dieser zweiten Erklärung wird von sämtlichen bayerischen Ministern und Staatssekretären die Versicherung verlangt, sie hätten den zuständigen „Merkur"-Redakteur wegen dessen Berichterstattung nicht um Informantenschutz gebeten.

Auslösendes Moment der gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen der Staatskanzlei und der Zeitung war ein Bericht vor einer Woche. Darin hatte es im Zusammenhang mit dem Milliardenkredit für die „DDR" geheißen, die Sit*zung des bayerischen Ministerrats* sei nach Angaben von Kabinettsmitgliedern „depremierend" verlaufen und Strauß habe sich als Opfer von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bezeichnet, die ihn in der Deutschlandpolitik ausmanövrieren wollten.

„Es gibt keine Politik der Bergpredigt"

Kohl: Politiker dürfen Wohl des Staates nicht einer privaten Gewissensruhe unterordnen

fac. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl ist der Auffassung entgegengetreten, daß sich aus der Bergpredigt direkte Folgen für politisches Handeln ableiten lassen. „Verantwortliche Politik und die Ethik der Bergpredigt schließen, auf die Spitze des Ernstfalls gestellt, einander aus", schreibt der Kanzler im Forschungsbericht 25 der Konrad-Adenauer-Stiftung („Argumente für Frieden und Freiheit").

Kohl greift auf die Bemerkung Bismarcks zurück „Wer mich einen gewissenlosen Menschen schilt, soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatz erst erproben"; diesen Satz hatte der Reichskanzler einem besorgten protestantischen Glaubensgenossen entgegengehalten, der seine, Bismarcks, Politik dem Maßstab des Evangeliums aussetzte und sie demgemäß verdammte. „Bismarck sah die Kluft sehr wohl, die zwischen der Moral der Bergpredigt und den Forderungen politischen Handels besteht", schreibt Kohl und fügt hinzu: „Verantwortliches politisches Handeln und die private Gewissensruhe stehen in einem natürlichen Spannungsverhältnis. Für Bismarck war es das altlutherische Verhältnis zu Gott, das ihn diese Spannung bestehen ließ, und dazu die Überzeugung, daß der Staat, dem er diente, ein Element europäischer Ordnung sei und bleiben müsse. Verantwortliche Politik und die Ethik der Bergpredigt schließen, auf die Spitze des Ernstfalls gestellt, einander aus." Und der Kanzler schlägt dann den Bogen zur aktuellen Situation: „Eine Politik der Bergpredigt gab es zu Bismarcks Zeiten nicht und heute nicht."

Politik würde in Resignation und „Ergebung" enden, wenn der handelnde Politiker einer privaten Gewissensruhe das Wohl des Staatsganzen unterordnen wollte, bemerkt Kohl, auf das Verhalten von Gegnern der Sicherheitspolitik anspielend. „Zwischen dem absoluten Gebot der individuellen Moralität, das in der Bergpredigt zum Ausdruck kommt, und dem, was man früher die Staatsräson nannte, dann die nationalen Interessen und was heute im Begriff des Gemeinwohls aufgehoben bleibt, liegt das schwierigste Problem der Politik: die Entscheidung. Irrig und leichtfertig wäre es, dem Politiker die Pragmatik des Handels aufzubürden und ihn dafür zu verdammen, der Kritik aber die Moralität des reinen Wollens zuzugestehen und sie dafür zu preisen." In Wahrheit sei das Verhältnis von Moralität und Handeln nicht von „wechselseitiger Ausschließung" bestimmt. Der Kanzler: „Es besteht hier ein Spannungsverhältnis."

Seite 2: Kohl zur Bergpredigt

DER KOMMENTAR

Moskauer Mißklang

HERBERT KREMP

Das Bild vom kaukasischen Kreidekreis kommt einem in den Sinn: Die französischen Kommunisten gleichen dem Kind, an dem von zwei Seiten gezerrt wird, von der sowjetischen, die ihre Bündnisparteien im Rüstungspoker mobilisiert, von der national-französischen, wo die Regierungs-Solidarität der KPF auf dem Prüfstand steht. Diese Solidarität erwies sich als die stärkere Kraft. Deshalb endete der kurze Moskau-Besuch von Georges Marchais mit einem Mißklang, der nachhallen wird.

Die Sowjets kennen die schwierige Position der französischen Kommunisten. Diese sind traditionell moskauverbunden. Noch im Januar 1980, während der letzten Moskau-Reise Marchais', war es Breschnew gelungen, den Genossen aus Paris zu einer öffentlichen Billigung des *Afghanistan-Abenteuers* zu bewegen. Lautes Rumoren in Frankreich war die Folge. Auch diesmal, im Falle des diplomatischen Raketenkriegs, sollte der Franzose Hilfsdienste leisten. Aber jetzt verweigerte er sich. Er ließ der amtlichen Nachrichtenagentur Tass eine gefälschte Version seiner Worte nicht durchgehen, sondern forderte Korrektur, die dann auch prompt geliefert wurde. Einen solchen Skandal hat es in den Partei-zu-Partei-Beziehungen Moskaus, der höchsten Form kommunistischer Diplomatie, noch nicht gegeben.

Marchais stand in Moskaus nolens volens zum Westen. Der französische Präsident Mitterrand und dessen sozialistische Partei haben an der Funktionsfähigkeit des westlichen Verteidigungsbündnisses und am Gleichgewicht der Raketenrüstungen in Europa höchstes Interesse. Die Kommunisten müssen diese Priorität französischer Politik so lange akzeptieren, wie sie an der Regierungsmacht partizipieren wollen. Marchais schloß auch die Einbeziehung der Kernwaffen seines Landes in die Genfer Abrüstungsverhandlungen aus – just im selben Augenblick, als der nach Moskau eilende Bahr erneut ihre Einbeziehung forderte. Wie dankbar muß Andropow die Treue seines deutschen Freundes zur Kenntnis nehmen.

Neues Gesetz soll Gewalt verhindern

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Bundesregierung hat Justiz und Polizei aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten gegen gewalttätige Demonstranten und deren Helfer „konsequent" anzuwenden. Nach der Verabschiedung eines Gesetzentwurfs zur Novellierung des Demonstrationsstrafrechts durch das Kabinett betonten Justizminister Hans Engelhard (FDP) und Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU), für das erfolgreiche Vorgehen gegen Gewalttäter und sie deckende Personen genüge es nicht nur, wirksame Rechtsvorschriften zu haben. In einer gemeinsamen Erklärung appellierten sie gleichzeitig an alle Bürger, mitzuhelfen, daß das Grundrecht auf Bekundung der politischen Meinung durch Versammlungen „nur in friedlicher Weise" ausgeübt werde.

Auf der Kabinettssitzung wurde betont, daß mit dem künftigen Gesetz die Strafverfolgungsbehörden das „Umfunktionieren" von friedlichen Demonstrationen durch gewalttätige Minderheiten besser als bisher verhindern oder zumindest erschweren können. Es stelle ein „wirksames Instrument zur Bekämpfung sozialschädlicher Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Massenansammlungen" dar. *Die Novelle wird frühestens im November* in Kraft treten.

In der Kabinettsrunde, die nach der Koalitionsvereinbarung gleichzeitig die Novellierung des Kontaktsperregesetzes beschloß, wurde außerdem über die Krefelder Krawalle beraten. Zimmermann kündigte an, er werde Vorschläge zum Verbot der Vermummung und passiven Bewaffnung an die zuständigen Ressorts leiten.

Seite 8: Bundesverfassungsgericht

US-Senat stimmt für Neutronenwaffe

AP, **Washington**

Der amerikanische Senat hat während der Debatte über den US-Verteidigungshaushalt die Mittel für die Entwicklung eines Neutronensprengkopfs bewilligt. Dabei soll keine Rücksicht darauf genommen werden, ob NATO-Verbündete der Stationierung dieser neuen Waffe auf ihrem Hoheitsgebiet zustimmen oder nicht.

Mit 47 gegen 42 Stimmen nahm der Senat damit seinen vor einigen Monaten gefaßten Beschluß zurück. Damals war er zu dem Urteil gelangt, eine Fabrik für die Produktion der neuen Waffe sollte nur dann geplant werden, wenn mindestens ein NATO-Partner vorab seine Einwilligung gäbe, diese Waffe auch zu stationieren.

Diese Einschränkung wurde jetzt vor allem auf Betreiben des Vorsitzenden im Streitkräfteausschuß des Senats, John Tower, aufgehoben. Tower nannte es falsch, daß die Vereinigten Staaten die Entwicklung einer neuen Waffe von der Zustimmung ihrer Verbündeten abhängig machen.

Gleichzeitig appellierte der Senat an Präsident Reagan und an den sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow, sich so bald wie möglich zu einem Gipfelgespräch zu treffen. Eine solche Begegnung *müsse gründlich vorbereitet* werden und dazu dienen, endlich zu verifizierbaren amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollvereinbarungen zu kommen.

Moskau hatte gegen die Pläne zur Entwicklung einer Neutronenwaffe in den USA heftig protestiert. Für den Fall ihrer Stationierung in Europa drohte sie damals mit der Konstruktion und Dislozierung einer gleichartigen Waffe.

Seite 2: Neutronen-Alleingang

„Sanktionen fallen nur bei wirklicher Liberalisierung"

USA präzisieren ihre Haltung gegenüber Polen

rtr/dpa, **Warschau/Washington**

Für die Aufhebung des Ende 1982 in Polen nur ausgesetzten Kriegsrechts hat sich das Politbüro der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ausgesprochen. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur PAP schloß ich das höchste Parteigremium dem Appell der regierungsnahen „Patriotischen Bewegung für die Nationale Wiedergeburt" an, das Kriegsrecht zum Nationalfeiertag am 22. Juli aufzuheben. Dies ziele auf eine „völlige Normalisierung" des gesellschaftlichen Lebens. Die Parteiführung hatte allerdings mehrmals zu erkennen gegeben, daß die Regierung auch in Zukunft mit Sondervollmachten gegen oppositionelle Kräfte vorgehen werde.

In Washington hat Außenminister Shultz die Möglichkeit einer Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Polen ausgeschlossen, bis die Militärs in Warschau konkrete Schritte zur Liberalisierung eingeleitet haben. Shultz sagte: „Wenn das Kriegsrecht wirklich aufgehoben wird, wenn politische Gefangene freigelassen werden, wenn es Bewegungen zur Einräumung größerer Rechte für die Arbeiter gibt, sich selbst zu äußern, wenn die Kirche wirklich in den Stand versetzt wird, Schulen zu betreiben und eine wirklich freie und offene Zeitung zu veröffentlichen – bei Vorgängen dieser Art würden wir unsere Politik überprüfen."

Dem inhaftierten stellvertretenden Vorsitzenden der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Andrzej Gwiazda (48), wird nach Darstellung seiner Ehefrau trotz besorgniserregenden Gesundheitszustandes ärztliche Behandlung verweigert. In einem von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte veröffentlichten Brief der Ehefrau heißt es, Gwiazda leide unter Magengeschwüren, Nierensteinen und chronischer Stirnhöhlenentzündung.

Ein Ausschuß des Sejm hat sich dafür ausgesprochen, den ehemaligen Ministerpräsidenten Piotr Jaroszewicz vor ein Staatstribunal zu stellen. Ihm werden Fehler bei der Planung, der Investitionspolitik und bei Auslandskrediten zur Last gelegt. Hingegen kam der Ausschuß zu dem Schluß, der frühere Parteichef Edward Gierek und Ex-Ministerpräsident Edward Babiuch seien für die Krise in Polen nicht verantwortlich.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sozialhilfe dezentral

Von Heinz Heck

Die Länder müßten mit der Bonner Entscheidung zufrieden sein. *Ihr Streben nach Stärkung ihrer* Finanzautonomie wird in der wichtigen Frage der Sozialhilfe von der Bundesregierung unterstützt. An ihre Forderung nach zügigem Abbau der „Mischfinanzierungen“ sei hier erinnert. Die Länder wollen keine Befehlsempfänger des Bundes sein und sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre auch nicht mit vermeintlich großzügigen Beteiligungsangeboten des Bundes in kostspielige Projekte locken lassen.

Vor diesem Hintergrund ist die gestrige Kabinettsentscheidung zu sehen. Finanzminister Stoltenberg ist als früherer Kieler *Regierungschef mit den Problemen* „der anderen Seite“ bestens vertraut. Die Landesregierungen haben mit vielen Änderungsvorschlägen ihr großes Interesse an dem Thema bekundet.

Ihre Verantwortung für die Kommunen wird in allen Festreden betont. Hier bietet sich eine Gelegenheit, sie zu praktizieren. Die dezentrale Gliederung von Zuständigkeiten entspricht unserem Verfassungsverständnis über den Staatsaufbau. In der Vergangenheit ist oft zu Recht kritisiert worden, daß Bonn immer mehr Kompetenzen an sich ziehe. Wenn jetzt der Zug in die Gegenrichtung fährt, sollte dies nicht als „Abwälzen“ auf die Länder diskreditiert, sondern als Chance für mehr (finanz)politische Eigenständigkeit begriffen werden.

In der Sache erscheint es konsequent, die regionale Steigerung der Lebenshaltungskosten als Obergrenze für die Bemessung der Sozialhilfe festzulegen. Die Verhältnisse etwa in Hamburg sind nicht maßgebend für Würzburg – und umgekehrt. Daß auch hier das Wohlstandsgefälle in der Bundesrepublik seinen Niederschlag finden wird, erscheint nur natürlich, und größere Nähe an den Dingen sorgt für realistischere Entscheidungen. Im übrigen haben die Länder bei den Bundesratsberatungen ausgiebig Gelegenheit, Verbesserungen vorzuschlagen.

Neutronen-Alleingang

Von Cay Graf Brockdorff

Der amerikanische Senat, dieser vornehmste Debattierklub unter den Parlamenten des Westens, hat mit 82 gegen sieben Stimmen dem Bau einer speziellen Anlage für die Konstruktion des Neutronensprengkopfs zugestimmt. Das ist ein überwältigendes Ergebnis, vor allem, wenn man bedenkt, daß der Senat zugleich entschied, auf die europäischen Verbündeten solle bei der Bereitstellung von Waffen für die amerikanischen Streitkräfte keine Rücksicht mehr genommen werden. Wie oft bei Fragen nationaler Bedeutung, votierten die Senatoren ohne den Blick nach hinten auf ihre Parteiorganisationen.

Die Stimmung im Senat muß jeden Europäer nachdenklich machen. Man will sich nicht länger von der anderen Seite des Atlantiks hineinreden lassen, wenn es um die Verteidigung der Grundlagen der westlichen Welt geht.

Die von Egon Bahr mit Schlagworten, aber nicht mit Argumenten verurteilte Neutronenwaffe gehört zu jenen Instrumenten moderner Bewaffnung, die durch ihre bloße Existenz der Kriegsverhinderung dienen: Panzeransammlungen *werden durch sie bedroht, folglich muß* man Panzeransammlungen vermeiden. Ohne Panzeransammlungen an Übergängen und Engen aber läßt sich Krieg nicht führen.

Hier wird übrigens die ganze Schwäche von Bahrs Behauptungen sichtbar: Er ist immer schon mitten im Krieg, während die NATO ständig nach Wegen sucht, ihn erst gar nicht zu führen. Problematisch würde es erst, folgte man Bahr: Der Krieg würde dann möglich werden, und junge Männer müßten mit ihrem Blut für seine Fehler zahlen.

So hat der Senat ein Beispiel als Vordenker der Nation und damit des freien Westens gegeben. Wir werden wohl vergeblich darauf warten, solche Stärke bei Bahr zu finden.

Kohl zur Bergpredigt

Von Enno v. Loewenstern

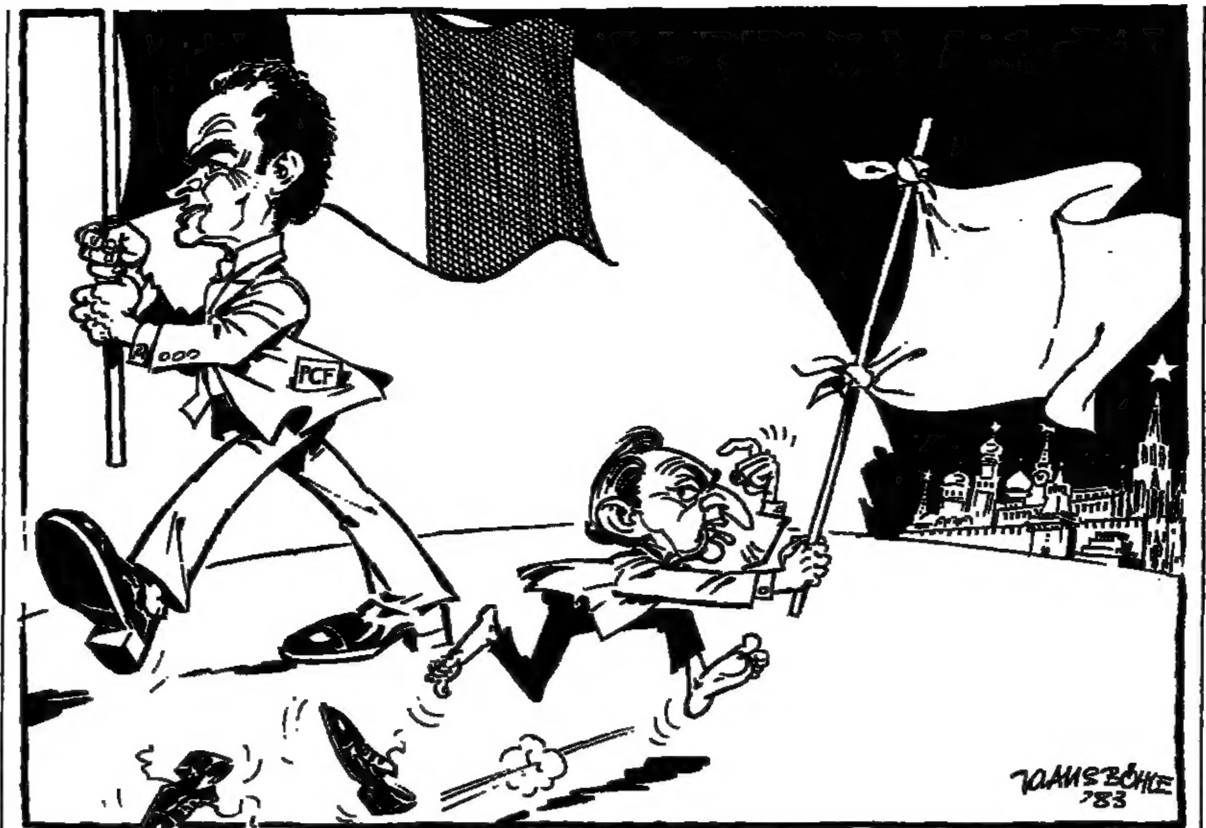
„Verantwortliche Politik und die Ethik der Bergpredigt“, stellt Bundeskanzler Kohl in einem Buch der Adenauer-Stiftung („Argumente für Frieden und Freiheit“) fest, „schließen, auf die Spitze des Ernstfalls gestellt, einander aus.“ Diese Einsicht mag auf manche Schnellbibelleser von heute zunächst schockierend wirken: Ist der Heiland nur für schönes Wetter gut, dürfen wir im Ernstfall keine Christen sein?

Das ist keineswegs so, und Kohl gibt dazu eine nützliche Denkhilfe: zwischen dem „absoluten Gebot der *individuellen Moralität*“ der *Bergpredigt und dem* Gemeinwohl liege „das schwierigste Problem der Politik: Die Entscheidung“. Dies erinnert vor allem daran, daß die Bergpredigt eine Mahnung an den einzelnen darstellt und nicht ein politisches Rezept, wie Massenaufgebote auf den Straßen ihre Mitbürger zur Unterwerfung zwingen können.

Jesus Christus ist im Laufe der letzten Jahrzehnte von Leuten, die sich ansonsten nicht genug über den christlichen Glauben als Aberglauben lustig machen können, als Sozialingenieur, als Ökonom und schließlich als Militärwissenschaftler mißbraucht worden. In Wahrheit gibt er an keiner Stelle politische Ratschläge, sondern immer nur persönliche Weisungen – höchst unbequeme Weisungen.

Nur zu oft findet man, daß diejenigen, die ihn als Sozial-Kronzeugen aufbieten, an den Staat und nicht ans eigene Portemonnaie appellieren, wenn es um Linderung der Not geht; daß sie höchste persönliche Ansprüche stellen, während sie dem Heiland Wirtschaftsregeln der allgemeinen bloßen „Bedürfnis“-Deckung zu unterschieben suchen; daß sie um so militanter auftreten, je öfter sie an seine Seligsprechung der Friedfertigen erinnern.

Gegen Gewaltchristen dieser Sorte hilft in der Tat nur, was Kohl jetzt dagegenstellt: Die politische Entscheidung. Oder, genauer: die politische Entschiedenheit.



Mit fliegenden Fahnen

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ende eines Erfolgsrausches

Von August Graf Kageneck

Frankreich feiert heute den Bastilletag. Das Ereignis, mit dem einige den Anbruch der neuen Zeit und das Ende *des Obskurantismus ansetzen*, nähert sich seiner 200. Wiederkehr. Zum dritten Mal in seiner Amtszeit schickt sich der Sozialist François Mitterrand an, die große Militärparade aus Anlaß des Nationalfeiertages auf den Champs-Elysées abzunehmen. „Die Nation trifft ihre Armee“, sagt man in Frankreich zu diesem Rendezvous. Für den Mann, der da unter einem von riesigen Kranwagen der Pioniere gestützten Sonnendach auf dem Concorde-Platz das Defilee seiner Soldaten abnimmt, ist es ein Rendezvous mit der Geschichte.

Mitterrand weiß bereits, daß er ein geschlagener Mann ist. Sein Experiment ist im Ansatz gescheitert. Wenn er sich in der Nachfolge der Sans-Culottes von 1789 gesehen und geglaubt hat, den Franzosen zweihundert Jahre später eine neue, eine moderne Revolution verpassen zu können, so ist er nicht ohne Tragik gescheitert. An seinem guten Willen, an seinem Enthusiasmus, seinem Idealismus kann nicht gezweifelt werden. Aber der Mann, der sich in zweieinhalb Jahrzehnten der Wüstendurchquerung in der Opposition zu de Gaulle den Tag herbeigeträumt hatte, an dem, wie er bei seiner Antrittsrede sagte, „die soziale Mehrheit Frankreichs endlich auch mit der politischen übereinstimmen“ werde, hat nur Chimären verfolgt. Er erkannte nicht, daß eine Reihe von Dingen nicht miteinander in Einklang zu bringen seien, etwa revolutionärer Elan und die Trägheit französischer Traditionen, oder Theorien und Praxis in der Ökonomie. An den wirtschaftlichen Realitäten, den äußeren mehr als den inneren, ist er schließlich gescheitert.

Ein französischer Journalist hat in einem riskanten Bruch mit der Ethik seines Berufes unlängst enthüllt, was der Präsident ihm in einem vertraulichen Gespräch im Elysée anvertraut hatte. Vier Jahre vor dem Ende seiner Amtszeit habe der Monarch eine Verzichtserklärung ausgesprochen: Er werde nicht mehr kandidieren, er wisse, daß er versagt habe, er habe mehrere schwere wirtschaftliche *Fehler begangen* und sei von seinen Beratern getäuscht worden. Mitterrand habe von einem „Erfolgsrausch“ gesprochen, den er nach seinem Sieg im Mai 1981 empfunden und der ihn daran gehindert habe, die Realitäten der Weltkrise richtig einzuschätzen. Dies aber war in der Tat der originäre Fehler seines Regimes: Die französischen Sozialisten hatten, anderen Sozialisten in anderen Ländern nicht unähnlich, geglaubt, soziale und wirtschaftliche Reformen unabhängig von der ökonomischen Umwelt, in einer Art aseptischem Treibhauses veranstalten zu können. Nach nur einem Jahr zerbrachen die Fenster des Treibhauses unter dem Überdruck innerer Fehlkalkulationen und äußerer Krise. Nun stehen sie nackt im Wind und müssen den Schaden mit einer Austerity zu beheben suchen, die ihnen ihre Anhängerschaft in Scharen davontreibt.

Mitterrand scheint an eine Art Fatalität zu glauben, die es seinem geliebten Sozialismus nicht erlaubt, sich eine dauerhafte Existenz an der Macht zu verschaffen. Resigniert meinte er dem Journalisten gegenüber, daß der „Klassenkampf“ in Frankreich noch zwanzig oder dreißig Jahre währen werde – ein eigenartiger Rückgriff auf eine Terminologie, die man *im übrigen Europa längst in* die Klamottenkiste der Geschichte gestopft hat.



Deprimiert und ohne Fortune: Mitterrand FOTO: PETER POPP/DPA

Typisch für den Kulturpessimismus des Präsidenten ist auch, daß er sich immer wieder an Leon Blum mißt, jenem Vorgänger, der auch scheiterte. Blum mag es ungleich schwerer gehabt haben. Sein Volksfront-Experiment fand statt, als sich schon neue Stahlgewitter über Europa zusammenballten, und er hatte die damals mächtigen Kommunisten gegen sich, abgesehen von der Brüchigkeit einer Verfassung, die dem Parlament erlaubte, alle paar Monate die Regierung zu wechseln. Mitterrand dagegen kann von der Stabilität einer Republik profitieren, die von einem Erzkonservativen gezimmert wurde; die Kommunisten üben die Vasallentreue, die Absteiger kennzeichnet, und ein ausgesöhntes Europa betrachtet sein Experiment mit der Nachsicht von Leuten, die wissen, daß es nicht allzulange dauern kann.

Gerade das aber muß den zum Sozialisten konvertierten Großbürger am fürchterlichsten schmerzen. Er hat keine Fortune. In Deutschland, in England, in Amerika sind Konservative und Liberale am Ruder, deren Affären blühen und gedeihen. Der Wirtschaftsaufschwung kommt so sicher wie das Amen in der Kirche, er wird sogar Frankreich belekken, das sich jetzt sputen muß, um den Zug nicht zu verpassen. Vom Sozialismus aber, den Mitterrand sich als Vorbild für Europa erträumte, nimmt heute nicht einmal mehr der sprichwörtliche Hund ein Stück Brot.

Was bleibt, ist das Dröhnen der Panzerketten und der Plutonraketen auf dem Pflaster der Champs-Elysées. Ein bißchen Couleur und Grandeur, geborgt von der Geschichte – auch sie aber schon verblassend *in einer Welt, die ihre* Wertmaßstäbe nicht mehr aus der schimmernden Wehr, sondern der Berechenbarkeit des Wirtschaftsapparates bezieht.

IM GESPRÄCH Peter Varkonyi

Kadars Mann für Publicity

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Zeiten, in denen der bedeutungsloseste Posten in einer osteuropäischen Regierung der Außenminister war – weil ohnedies die gesamte Außenpolitik der Satelliten von Moskau ferngesteuert wurde – sind vorbei. So ist auch der Wechsel an der Spitze des Budapester Außenamtes und die Ablösung des bisherigen Außenministers Puja durch Peter Varkonyi mehr als eine bloße Formalität. Ungarn, wenn auch wahrlich nicht „unabhängig“, hat in den letzten Jahren eine gewisse Autonomie entwickelt und beginnt immer deutlicher, eigene Akzente zu setzen.

Hier löst eine Generation die andere *ab: der Altkommunist* und gelernte Druckereiarbeiter Puja stammt aus einer Zeit, da das kommunistische Weltbild noch in Ordnung war. Nun ist auch der 53jährige Varkonyi gewiß ein Produkt des kommunistischen Establishments. Aber die Bandbreite seiner Erfahrungen ist unvergleichlich größer. In jungen Jahren war er den ungarischen Botschaften in Washington, London und Kairo zugeteilt. Es half, daß er ein ausgezeichnetes Englisch spricht. Varkonyi verfaßte eine Doktorarbeit über die „staatlichen Beziehungen zwischen Ungarn und den USA 1945–48“ und verteidigte diese Dissertation 1969. Die Arbeit ist im gleichen Jahre in Budapest als Buch erschienen.



Aus der Generation nach 1956: Neuer Außenminister Varkonyi FOTO: AP

Der neue Außenminister gehört zu den von Parteichef Kadar geförderten Aufsteigern der „Nach-56er-Generation“, jener Schicht ungarischer Funktionäre, die ihren Weg nach der sowjetischen Interven*tion gefunden haben. Es handelt* sich dabei zu einem beträchtlichen Teil um Leute von hohem Ausbildungsstand, welche mit der Zeit die eher „handgestrickten“ alten KP-Kader ablösten. Varkonyis Karriere begann mit dem „Kadarismus“ in den frühen siebziger Jahren, als er Sekretär des Ministerrats wurde, um 1966 in den Apparat des ZK der ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei zu wechseln. Bereits 1968 war er stellvertretender Chef der Außenpolitischen Abteilung des ZK, dann ging er wieder in den Staatsdienst: 1969 als Chef des Informationsamtes der Budapester Regierung. In dieser Eigenschaft nahm er maßgeblichen Einfluß auf Ungarns Auslandspropaganda, die das Wunder fertigbrachte, das einst im Westen verschrieene Kadar-Regime zu einer Art Lieblingskind westlicher Medien zu machen. Von 1980 bis 1982 war er Chefredakteur der Parteizeitung „Nebszabadsag“ – und zuletzt ZK-Sekretär für internationale Angelegenheiten. Dabei hat er *sich stets auf der Kadar-Linie* der Reformen bewegt und enge Kontakte zu den westeuropäischen kommunistischen Parteien, darunter besonders nach Italien und Spanien, gepflegt. Der Mann ist ein Signal.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Washington Post

Über die Madrider KSZE-Folgekonferenz bemerkt das Blatt:

Die Madrider Konferenz über europäische Entspannung markiert die Gelegenheit für die erste Übereinkunft Ronald Reagans mit der Sowjetunion und Juri Andropows mit den Vereinigten Staaten. Bei all den Spannungen, die sonst die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen überschatten, ist dieser Beweis, zu einem Beschluß zu kommen, das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen über Menschenrechte, Zusammenarbeit und Sicherheit, das die zwei Länder zusammen mit den europäischen Staaten in nun fast drei Jahren erzielt haben. Es ist ein undankbares, hartes Geschäft, Moskau zur Einhaltung von Verpflichtungen in Sachen Menschenrechte zu bringen, die es in nicht geringem Zynismus eingegangen ist. Der Westen aber würde all seine Grundwerte sträflich verleugnen, wenn er auf diese Aufgabe, da er sie nun einmal übernommen hat, verzichten würde.

NEUE RUHR ZEITUNG

Zum Strauß-Besuch in Polen heißt es in der Essener Zeitung:

Der Termin für die „rein private“ Polenreise des CSU-Chefs Strauß konnte politisch nicht besser geplant sein: vom 18. bis 23. Juli, also genau zum polnischen Nationalfeiertag am 22. Juli, an dem das Kriegsrecht endgültig aufgehoben werden soll. Das ist die wichtige Übereinkunft zwischen Kirche und Staat anläßlich der Reise des Papstes ... Wichtiger aber wird der Wunsch Warschaus an den CSU-Chef sein: nach Aufhebung des Kriegsrechtes die Aufhebung der US-Sanktionen gegen Polen. Das Land braucht dringend Ersatzteile und andere Lieferungen aus dem Westen für jene Betriebe, die mit westlichen Krediten in der Zeit der Entspannung gebaut wurden. Die Wiederankurbelung der polnischen Wirtschaft aber ist die Voraussetzung für den Abbau der Auslandsschulden. Wie die DDR, will Polen den Einfluß von Strauß auf die Regierung in Bonn nutzen. Deshalb ist er jetzt in Warschau gern gesehen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt kommentiert die Grünen-Äußerung zu Wuppertal

Man muß den Grünen im Bundestag für manche ihrer Äußerungen verminderte Verantwortlichkeit zubilligen, weil dort jeder gerade sagt, was er denkt, und dies dann mit dem Etikett der Partei versehen wird. Aber der jüngste Versuch des parlamentarischen Neulings in Bonn, auch die gewalttätigen Demonstranten, die ja in Krefeld abschreckend genug aufgetreten sind, unter das weite Dach der Friedensbewegung zu nehmen, zerschlägt die letzten Hoffnungen auf eine Auseinandersetzung um den Frieden auch mit friedlichen Mitteln.

BUND

Die Berner Tageszeitung kommentiert die Hongkong-Gespräche in Peking:

Das britische Einlenken hat offensichtlich auch den Chinesen von der Bühne geholfen und Peking in eine versöhnlichere Verhandlungsstimmung gebracht. In einem Kommentar begrüßte das mit dem Hongkong-Problem vertraute chinesische Politbüro-Mitglied Xi Zhongxun den Londoner Gesinnungswandel und bezeichnete Thatcher als kluge Politikerin, die es verstanden habe, einen falschen Schachzug zu korrigieren. Premier Zhao Ziyang hat ferner in seinen Ausführungen vor dem sechsten Volkskongreß vermieden, das ominöse Jahr 1997 in Verbindung mit der Rückgewinnung der chinesischen Souveränität über Hongkong zu erwähnen.

Kohle, Stahl, Werften: Größe schafft Unsterblichkeit

Die Not des Staates, der sich auf Subventionen einläßt / Von Heinz Pentzlin

Die Regierung Kohl und ihr Finanzminister Stoltenberg, die sich Eingrenzung der Staatsausgaben und dafür einen Abbau der Subventionen zum Ziel gesetzt haben, werden durch die massiven Forderungen nach hohen Beihilfen für Stahl, Kohle und Werften hart gefordert. Über wirtschaftliche Nachteile von Subventionen scheint eine einhellige *Meinung zu bestehen*. Aber wenn über einzelne bestimmte Subventionsfälle entschieden werden muß, dann ist die Meinung keineswegs mehr einhellig.

Meist gibt man sich gar nicht Rechenschaft darüber, daß wir in einer völlig mit Subventionen durchsetzten Wirtschaft leben. Der alte Traum liberaler Sozial- und Wirtschaftspolitiker, die Arbeiter würden, wenn ihre Einkommen sich verbesserten, alle staatlichen Hilfen zurückweisen und in eigener Verantwortung Vorsorge für Alter, Krankheit und andere Notfälle treffen, ist lange ausgeträumt. Mit steigenden Einkommen verlangen die Menschen noch mehr staatliche Vorsorge und Fürsorge. Subventionsabbau im Sozialbereich, im Wohnungsbau oder im Verkehrswesen werden weithin als unsozial verurteilt.

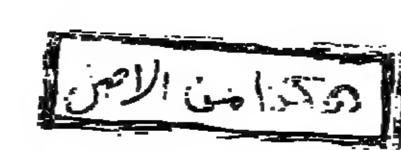
Gegen Subventionen im Bereich der produzierenden Wirtschaft wird dagegen heftiger protestiert; dort werden die Ungerechtigkeit und schädlichen Nebenwirkungen allerdings auch deutlicher erkennbar, die mit Subventionen verbunden sind. Kleine und mittlere Unternehmen, die im Konkurrenzkampf unterliegen, bleiben ihrem Schicksal überlassen. Gerät aber ein großes Unternehmen in Not und droht die Entlassung von Hunderten oder gar Tausenden, dann springt der Staat mit Subventionen ein. Nicht unbegründet entstand das Schlagwort „Unsterblichkeit durch Größe“. Da die Mittel letztlich immer von Steuerzahlern aufgebracht werden, tragen sie zur Erhöhung der Steuerlast bei – und zwar ganz erheblich. Immer mehr Unternehmen aber geraten durch die Steuerlast in Schwierigkeiten.

Der Politiker hat bei seiner Entscheidung in jedem Einzelfall auch zu bedenken, welche Folgen eine Verweigerung der Staatshilfe nach sich ziehen kann. Wie wirken sich Massenentlassungen in dem betroffenen Gebiet aus? Welche Kettenreaktionen löst der Zusammenbruch eines großen Unternehmens bei den Zulieferern oder auch den Abnehmern der weiterverarbeitenden Betriebe aus? Wie werden seine Kreditgeber betroffen, einschließlich der Abnehmer? Welche psychologischen Auswirkungen sind zu erwarten?

Weiter: Kann die deutsche Wirtschaft angesichts der vielfältigen Unsicherheiten der internationalen Erdöl- und Gaswirtschaft auf die bislang wichtigste heimische Energiegrundlage, die Kohle, verzichten? Oder auf die eigene Stahlerzeugung? Hat nicht auch die eigene Werftindustrie über ihre Bedeutung für die Wirtschaft ihrer Standorte einen gesamtwirtschaftlichen Wert, der nicht ohne weiteres preisgegeben werden sollte?

Fast immer, wenn Unternehmen oder Wirtschaftszweige in Schwierigkeiten geraten, liegt eine Verquickung von Fehlern, Versäumnissen und unglücklichen konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen vor. So auch hier bei der Notlage des Kohlebergbaus, der Stahl- und Werftindustrie. Eine klar ausgerichtete und zielbewußt durchgeführte Energiepolitik hätte mit zügigem Aufbau von Kernkraftwerken die eigene Energieversorgung besser sichern und durch einen Verbund von Kernkraftwerken mit Kohlevergasung auch den Bergwerken eine gewisse Absatzsicherung verschaffen können. Zu der Notlage der deutschen Stahlindustrie hat sehr viel die Nachlässigkeit früherer Regierungen gegenüber der Duldung übermäßiger Staatssubventionen in den anderen Mitgliedsländern der Montanunion beigetragen. Die Gewerkschaften müssen sich auch fragen, wie stark die Wettbewerbsfähigkeit der Werften und auch der Stahlindustrie durch ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik beeinträchtigt worden ist.

Doch die Erkenntnis der Sünden der Vergangenheit hilft nicht bei der Überwindung der gegenwärtigen Notlage, sondern allenfalls als Warnung vor neuen Fehlern. Aber wenn neue Subventionen als unvermeidlich angesehen werden, so wäre mehr als früher darauf zu achten, daß sie nicht als Dauerrenten gezahlt werden, sondern als einmalige Hilfen, die zu durchgreifenden Umstellungen genutzt werden. Das ist wichtiger als der Streit darüber, wie weit der Bund oder die betroffenen Länder die Mittel bereitstellen sollen.



In Fernost bleibt der Eiserne Vorhang fest verschlossen

In einem erbitterten Krieg starben in Korea auf beiden Seiten 1,5 Millionen Menschen, fünf Millionen Nordkoreaner flohen in den Süden. Dreißig Jahre danach ist das geteilte Land von einer Entspannung noch weit entfernt. Doch der Wunsch nach Wiedervereinigung blieb lebendig.

Von FRED de la TROBE

Nach Pjöngjang noch 150 Kilometer", verkündet ein Wegweiser neben der sechsspurigen Autobahn von Seoul nach Norden kurz vor der entmilitarisierten Zone. Gleich darauf muß der Fahrer unseres Wagens das flotte Tempo von achtzig Stundenkilometer auf lahme zwanzig drosseln. Der hier in Fernost undurchdringliche *Eiserne Vorhang liegt vor uns.*

Ein amerikanischer Armee-Bus fährt uns aus dem US-Militärlager „Kitty Hawk" in die südliche Hälfte der vier Kilometer breiten entmilitarisierten Zone (DMZ) nahe Panmunjon. Dieser Streifen durchschneidet die koreanische Halbinsel am 38. Breitengrad über 242 Kilometer Länge.

Keine Mauer erinnert an Berlin, doch lassen Stacheldrahtverhaue, Sandsäcke, Panzersperren und Wachttürme keinen Zweifel darüber, daß die Konfrontation zwischen den beiden verfeindeten Landeshälften unversöhnlich geblieben ist. Wie an der Grenze in Deutschland schießen auch hier kommunistische Posten auf Flüchtlinge aus ihrem „Paradies". In diesem Jahr gelang es bisher nur zwei Nordkoreanern, über die DMZ in den Süden zu fliehen.

Vom „Observation Outpost 5" aus gibt uns Leutnant Hall, der begleitende amerikanische Nachrichtenoffizier, einen Lagebericht. Vor uns, in dem von den Nordkoreanern kontrollierten Streifen der entmilitarisierten Zone, ist der Ort Pak Cho Ne zu sehen, der eher einem Potemkinschen Dorf ohne Einwohner gleicht. Die Amerikaner sprechen von „Propaganda Village", denn Lautsprecher blasen von dort einen ständigen Strom kommunistischer Agitation nach Süden. Weiter in der Ferne ist die Stadt Kaesong auszumachen. *100 000* Einwohner leben dort, und mit einem 24 Meter hohen Bronzedenkmal läßt sich Diktator Kim Il Sung in der Stadt feiern.

Im südlichen Teil der DMZ zeichnen sich die Umrisse des Dorfes Tae Sung Dong – bekannter als „Freedom Village" – ab, das 225 Einwohner zählt. Die Bürger dieses Orts, meist Bauern, brauchen keine Steuern zu zahlen und keinen Militärdienst zu leisten, müssen aber abends um elf Uhr in ihren Häusern sein. Wer danach im Freien ist, riskiert, für einen Agenten aus dem Norden gehalten und von Militärstreifen erschossen zu werden.

Ein trauriger Alltag eines geteilten Landes zeichnet sich hier ähnlich wie auf der anderen Seite des Globus in Mitteleuropa ab – beides sind Nahtstellen an den Machtsphären von Ost und West. Die beiden schicksalsmäßig verbundenen Nationen, Korea und Deutschland, bekunden denn auch füreinander besonderes Verständnis, Sympathie und Achtung. In diesem Jahr begehen sie das hundertste Jubiläum der Aufnahme ihrer diplomatischen Beziehungen. Beiden gelang auf den Trümmern des Krieges ein erstaunlicher Wiederaufstieg.

Die koreanische Halbinsel gleicht aber heute noch einem Vulkan, der jederzeit wieder Feuer speien kann. Die Spannungen ziehen hier bedrohlicher auf als in Mitteleuropa. Zwei Riesenarmeen stehen sich auf engem Raum feindlich gegenüber. Nur Waffenstillstand herrscht hier, kein Frieden. Das bis an die Zähne bewaffnete Nordkorea unterhält ein Heer von 782 000 Mann, dazu 2,7 Millionen Angehörige der paramilitärischen Verbände, 2750 Panzer und 610 Kampfflugzeuge. Dem stehen im Süden eine *596 000-Mann-Armee*, 2,8 Millionen Reservisten, 860 Panzer und 300 Kampfflugzeuge gegenüber. Dazu kommen 40 000 *amerikanische Bodentruppen und* Kampfflugzeuge der pazifischen US-Luftflotte.

Gegenwärtig fehlt jeglicher Kontakt zwischen den beiden feindlichen Teilstaaten, nicht einmal einen Briefverkehr gibt es. Beide Nationen lehnen es strikt ab, sich gegenseitig anzuerkennen. Sind Delegationen aus Nord- und Südkorea bei internationalen Konferenzen in dritten Ländern zugegen, so sprechen sie nicht miteinander und gehen sich möglichst aus dem Wege.

Anders als in Deutschland kämpften Koreaner von 1950 bis 1953 in einem blutigen Krieg gegeneinander, den der rote Diktator Kim Il Sung vom Zaum brach. Die Kampfhandlungen forderten auf beiden Seiten 1,5 Millionen Menschenleben. Fünf Millionen Nordkoreaner flohen in den Süden. Seit 30 Jahren wissen sie nichts mehr von ihren zurückgebliebenen Familienangehörigen.

Das Schicksal eines Freundes, des 53jährigen Kim Sa Bok, steht für das vieler Südkoreaner. Bis 1945 hatte er mit seinen Eltern und einer jüngeren Schwester in Pjöngjang gelebt. Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs besuchte er seine in Seoul verheiratete ältere Schwester. Nach der Teilung des Landes und erst recht nach dem Korea-Krieg konnte er nicht in den Norden zurück. Nach Abschluß der Schule eröffnete er ein Fuhrgeschäft, das er noch heute leitet. Er weiß nicht, ob seine Eltern und seine Schwestern in Nordkorea noch leben.

Lee Sang Mok, der jetzt 61 Jahre alt sein müßte, wurde 1951 von den Nordkoreanern verschleppt. Seine Frau blieb mit fünf Kindern im Süden zurück, und auch sie weiß nicht, was aus ihrem Mann geworden ist.

Nach allem, was sie während des Korea-Kriegs erlebten – die nordkoreanische Militärwalze überrollte zunächst den Süden bis auf einen kleinen Zipfel um die Stadt Pusan – ist der Antikommunismus *das große einende Band der Süd*koreaner. Und bei allen öffentlichen Umfragen steht Nordkorea immer noch unter den verhaßtesten Staaten an der Spitze. Dennoch wünschen sich 90 Prozent der Bevölkerung, wie erst kürzlich eine Befragung ergab, die Wiedervereinigung der beiden geteilten Landeshälften.

Seit 1972 haben die verfeindeten koreanischen Staaten mehrere Anläufe unternommen, um die Teilung zu überwinden. Bisher blieben aber alle Versuche erfolglos. Die Regierung in Seoul forderte, daß beide Seiten das Prinzip der Selbstbestimmung, die Demokratie und den Frieden achten. Außerdem müßten freie Wahlen stattfinden, eine gemeinsame Verfassung und gesetzgebende Versammlung gebildet werden. Nach einem provisorischen Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen sollten dann schrittweise auflokkernde Maßnahmen wie freier Reiseverkehr, Zusammenführung getrennter Familien, Post- und Telefonverbindung, Austausch von Journalisten und Sportlern sowie andere *Maßnahmen folgen.*

Als Auftakt für eine Entspannung verficht Südkorea eine „kreuzweise Anerkennung". Dies Modell sieht vor, daß die koreanischen Teilstaaten von jeweils dem Weltmacht-Block anerkannt werden, dem sie selbst nicht angehören, um so eine innerkoreanische Annäherung mit dem Ziel der Wiedervereinigung zu erleichtern.

Nordkorea hat diese Vorschläge bisher stets abgelehnt, weil es aus *ihnen eine langfristige Zementie*rung der Teilung folgert. Pjöngjangs Gegenvorschlag fordert als Vorbedingung den Rücktritt des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo Hwan und seiner Regierung sowie den Abzug der amerikanischen Truppen aus dem Süden. Dem soll dann eine gesamtkoreanische Delegiertenkonferenz folgen, die eine Konföderation der beiden Teilstaaten zu bilden hätte, in der jeweils die beiden Ideologien, lokalen Verwaltungen und Lebensstile erhalten bleiben sollen.

Die Regierung in Seoul hält den Vorschlag Pjöngjangs für ein Täuschungsmanöver, das eine kommunistische Unterwanderung des Südens ermöglichen soll. Im übrigen halte sich der Norden die Tür offen, die Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen mit Waffengewalt zu erreichen. Dafür spricht der verstärkte militärische Aufbau Nordkoreas, das in diesem Jahr 20 Prozent seines Bruttosozialprodukts für Rüstung ausgibt.

Beim Vergleich der politischen Systeme *schneidet Südkorea* trotz undemokratischer Mängel als der wesentlich freiere Staat besser ab. Der Norden hält die Rekorde, das unfreieste, ideologisierteste und abgeschlossenste Land der Welt zu sein. Über 100 000 politische Gefangene sitzen in den sowjetischen „GULag" ähnlichen KZ ein. Ein übersteigerter Personenkult gilt dem „Großen Führer", Genosse Kim Il Sung. Sein Sohn, Kim Jong Il, ist in dynastischer Manier als Nachfolger des Vaters ausersehen.

Im Süden herrscht unter dem ehemaligen Fallschirmjäger-General Chun Doo Hwan eine strenge Spielart „koreanischer Demokratie", die sich auf das konfuzianische Denkmodell der nationalen Harmonie unter starker Führung stützt. Für eine legitime Opposition ist wenig Platz. Unruhige Studenten sind unter scharfer Kontrolle, Regierungsgegner teils stark überwacht, teils im Gefängnis. Unpolitischen Kreisen bleibt jedoch viel persönliche Freiheit.

Wirtschaftlich fällt die Überlegenheit Südkoreas noch krasser ins Auge. Obwohl die südliche Hälfte der Halbinsel 1945 vorwiegend die Reiskammer des Landes und der Norden das Industriegebiet waren, ist der Süden von einem im Krieg zerstörten Land seit den sechziger Jahren zu einem industriellen Schwellenland mit beachtlicher Wirtschaftskraft aufgestiegen. Im Rahmen straffer staatlicher Zielsetzung ist eine liberale Marktform geblieben.

Dem steht im Norden eine totalitäre Planwirtschaft mit den bekannten Fehlleistungen kommunistischer Staaten gegenüber. Das jährliche Außenhandelsvolumen Nordkoreas beläuft sich auf nur 7,3 Milliarden Mark, im Süden sind es dagegen 120 Milliarden Mark. Bei 18 Millionen Einwohnern im Norden beträgt das Pro-Kopf-Einkommen 1900 Mark, im Süden, wo nunmehr 40 Millionen Menschen leben, sind es 4550 Mark. (SAD)



Frost an der Demarkationslinie: Ein amerikanischer und ein nordkoreanischer Wachsoldat in der „gemeinsamen Sicherheitszone". FOTO: KATHERINE YOUNG



Am Eisernen Vorhang in Fernost, an der Demarkationslinie zwischen dem Norden und Süden des geteilten Korea, stehen sich nahezu 1,4 Millionen Soldaten gegenüber, fast 800 000 im Norden gegen 600 000 im Süden. Der 38. Breitengrad ist ebenso wie Berlin zum Symbol für die Zerrissenheit der Welt in zwei feindliche Lager geworden.

Szenenwechsel: „Power gibt's ja hier auch nicht mehr"

In der Berliner Hausbesetzer-Szene geht der Frust um. Der Rückmarsch aus der Illegalität in eine bürgerliche Existenz hat begonnen. Die „Autonome Zeltstadt Chaotenburg" wurde diese Woche freiwillig geräumt – Anzeichen dafür, daß die Träume von der „Gegengesellschaft" verwelken.

Von F. DIEDERICHS

Der rote Teppich, den die Bewohner der Zelte unweit des Charlottenburger Schlosses in den Sand drapiert hatten, um „die Staatsmacht gebührend zu empfangen", wurde ebenso wieder eingerollt wie die Planen, unter denen 150 ehemalige Hausbesetzer zwei Wochen lang nach der Räumung von fünf besetzten Gebäuden im Bezirk Charlottenburg dem Traum ihrer selbsterrichteten „Gegengesellschaft" nachhingen.

Als zu Beginn dieser Woche in einer der täglichen Gesprächsrunden, dem „Plenum", die Mehrheit der „Bürger der autonomen Zeltstadt Chaotenburg" beschloß, das ohnehin nach einem abgelaufenen Ultimatum und wegen der anstehenden polizeilichen Räumung auf Sand gebaute Zeltlager aufzugeben, murrten nur noch wenige. „Wir haben die ständige Unsicherheit einfach satt", redeten jene Besetzer ihren Gesinnungsgenossen ins Gewissen, die schon begonnen *hatten, für den Fall eines „polizeilichen Besuches"* auf der ehemaligen wilden Müllkippe Abschußrampen für Benzin-Raketen zu zimmern.

Die Ankündigung der Zeltstadtbewohner, nun in provisorischen Unterkünften für ihre politischen Ziele weiterzukämpfen, mag eher der Selbstermunterung dienen – „Power", so klagte ein altgedienter Besetzer aus Kreuzberg, der sich auf dem hölzernen Aussichtsturm der Zeltstadt in der Sonne aalte, *„gibt's ja hier auch nicht mehr."*

Auch das nach der Räumung der von ihnen illegal bewohnten Häuser vor der Zeltstadt aufgezogene Transparent „Trotz Räumung, wir holen uns die Zukunft" verschwand zu Wochenbeginn wieder in einer der Holzkisten, ebenso die Grünpflanzen oder der handgemalte Pfeil mit der Aufschrift „Latrine". Den Glauben an eine Zukunft ihrer autonomen Lebensform, die sich für die meisten bislang als Gruppenerlebnis im illegalen Abenteuer darstellte, tragen nur noch wenige der jungen Menschen in ihren Herzen. Das Traumland derer, die als „no future"-Bewegung starteten und dennoch „mit einem Hunger nach Intensität" auf die „Suche nach neuer Innerlichkeit" gingen, so eine Analyse des Berliner Senats, birgt heute Alpträume.

„Ich bin's leid, nicht mehr schlafen zu können, weil ich denke, gleich räumen sie dich ab", begründete ein Leser der alternativen „Tageszeitung" in einer Zuschrift sein Motiv, das ihn zum Verlassen der besetzten Häuser oder gar zum Ausstieg aus der Szene veranlaßt hat. Und er steht mit dieser Einstellung nicht allein.

Je konsequenter Berlins Innensenator Heinrich Lummer die Zahl der illegal bewohnten Häuser von über 200 auf nunmehr 59 Gebäude verringerte, je deutlicher vollzog sich in der „Szene" ein Bruch.

Die erste Ernüchterung hatte sich schon 1981 eingestellt, als der „Tuwat"-Kongreß in den Sommermonaten *nur ein kleines Häuflein* derer an die Spree zog, von denen sich die einheimischen Häuserkämpfer neue Inspirationen für ihre Attacken gegen die Sanierungspolitik des Berliner Senats erhofften. Doch an jenen heißen Tagen ging die Bewegung „lieber baden als besetzen", wie das heute längst schon eingestampfte Szeneforum „Besetzerpost" damals kritisch vermerkte.

Wenig später zogen auch die anfangs so gerühmten „Telefonketten" („Kommt in die Adalbertstraße, der Zauber geht los") bei Räumungen nicht mehr die erhoffte Sympathisantenschar an die Orte der Desillusionierung, und wiederum mäkelte die „Besetzerpost": „Junge, warum laßt ihr uns hängen?"

Im September 1981, beim Tode des 17jährigen Klaus-Jürgen Rattay aus Kleve, der in seiner rheinischen Kleinstadt „no future" sah, zwecks neuer Sinnfindung an die Spree trampte und von einem Linienbus überrollt wurde, als er diesen mit Steinen attackierte, reagierte die gesamte Szene noch einmal mit vehementen Konfrontationen, die später, wie beim Besuch Ronald Reagans im Juni 1982, schon wochenlang systematisch vorbereitet und angeheizt werden mußten. Plünderungen und Brandstiftungen als Resultat einer Bereitschaft zur Gewalt, die von einem Teil der Bewegung mit dem Slogan „Freiheit für alle, sonst pausenlos Krawalle" propagiert wurde.

Doch immer häufiger rief die Bewegung zu Vollversammlungen und Diskussionsrunden, um die Gräben zuzuschütten, die sich nicht nur zwischen Mietskasernen und Zille-Hinterhöfen auftaten, wo die Abrißbirne regierte. Deutlich zeigt sich bei diesen stundenlangen „Meetings" die Kluft zwischen denen, die in Verhandlungen mit dem Senat und den Wohnungsbaugesellschaften eine friedliche Nutzung ihrer besetzten Objekte anstreben, und denjenigen, die „mittlerweile im Protest etabliert sind", so die Analyse des Senats zur „Lage der Jugend". Letztere ist eine Gruppe, die jedes Angebot ablehnt, das auf den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen abzielt, und die Besetzungen nur als eine Stufe in der „großen" Auseinandersetzung mit Gesellschaft, System und Staat ansieht.

Diese Trennungslinie zeigt sich heute in schärfsten Konturen. Im Bezirk Tiergarten kauften kürzlich die ersten 48 von über 1000 in Berlin *polizeilich angemeldeten* Hausbesetzern nach zweijährigem Leben in der Illegalität das von ihnen besetzte Mietshaus, Baujahr 1891. Der Preis: eine halbe Million Mark für 43 Wohnungen und die Kritik mancher Gesinnungsgenossen: „Nun seid ihr ja wieder in der Bürgerlichkeit, von der ihr doch wegwollt." Der Quadratmeterpreis betrug sensationell günstige 238 Mark – zudem können die Ex-Besetzer heute als Eigentümer rund 1,7 Millionen Mark öffentliche Mittel zur Förderung der Hausmodernisierung beantragen.

Der Kauf dieses einst illegal besetzten Hauses, der freiwillige Auszug aus einem weiteren Gebäude in Tiergarten zu Beginn dieser Woche – von den Besetzern als „selbstbestimmte Räumung" deklariert – und nicht zuletzt das Verschwinden der „Autonomen Zeltstadt Chaotenburg" bestätigen die Tendenz, die Innensenator Lummer als „Trend zur Rückkehr in die Bürgerlichkeit" kennzeichnete.

In den Stadtmagazinen „tip" und „zitty" häuften sich in den vergangenen Monaten die Chiffre-Anzeigen, in denen frustrierte Szene-Jünger Gleichgesinnte zum Immobilienkauf suchen. Neben dieser Rückkehr zum so verteufelten kapitalistischen Eigentumsdenken dokumentieren zudem die nahezu 50 bis heute abgeschlossenen Nutzungs-, Miet- und Duldungsverträge für besetzte Gebäude den Wunsch der Jugendlichen, ihre selbstgeschaffenen „rechtsfreien Räume" zu verlassen, bevor die Räumkommandos das vermeintliche Idyll einer glückseligen Insel in der Großstadt beenden.

Die Erkenntnis, daß „nichts *mehr läuft", ist im gleichen Maße* gewachsen wie „die Bereitschaft zur Kooperation, zu gemeinsamem Suchen nach Lösungen und Handeln", wie der Jugendbericht des Senats feststellt. Und: „Berührungsängste sind bei allen Beteiligten geringer geworden." Zwischen Senat und Trägern der Protestbewegung gibt es heute Kontakte, gemeinsame Zielvorstellungen und erste Formen der Zusammenarbeit.

Doch jene, die reden und verhan*deln, leben auch mit der Furcht vor* Racheakten aus der eigenen Bewegung. Eine kleine Gruppe, aber eine wirksame sei es, die als „ideologisch fixierter Protestträger Druck auf gesprächsbereite Jugendliche ausübt", so der Senatsbericht. Die Bedrohung derer, die gelernt haben, geht vor allem von jenen aus, die ideologisch auf der Linie der RAF liegen und militante Mittel zur Durchsetzung ihrer Ideologien bejahen. So werden auch die Brandanschläge im Frühjahr dieses Jahres gegen öffentliche Gebäude und Baugesellschaften weniger als ein neues Aufflackern der gesamten Protestbewegung denn vielmehr als Taten radikaler Einzelgänger gewertet.

Polizeiliche Erkenntnisse sprechen dafür, daß die Bombenleger aus dem Kreis derer kommen, die mit der radikalsten Form von Terror sympathisieren: Anhänger einer Gruppe, die sich selbst als „legale RAF" bezeichnet und in Untergrund-Druckschriften zum *„Freizeitterrorismus"* aufruft. Ihnen sind die Menschen, die Häuser auf der Suche nach neuen Wohn- und Lebensformen besetzten, ebenso fremd wie deren Wunsch nach „neuer Innerlichkeit". Mit dem Szene-Slogan „Gefühl und Härte" verbindet diese radikale Minderheit nur das letztere Wort.

Wie die Zelte von „Chaotenburg" verschwanden, so scheint auch der Elan derer zu verpuffen, die in der Vergangenheit mit dem Symbol des schwarzen Blitzes auf ihren Jacken hinter schockfarben getünchten Hauswänden Berlin den Ruf einer Stadt des ständigen Unfriedens einbrachten.



Ausblick auf „no future": „Chaotenburg" kurz vor der Auflösung FOTO: DPA

Moderne US-Raketen für Israel

DW. Jerusalem/Washington

Israels Verteidigungsminister Mosche Arens hat Vergeltungsschläge für Überfälle auf seine Soldaten angedroht. Nach einem Bericht des israelischen Rundfunks sagte Arens in Haifa, die Vergeltungsaktionen würden härter ausfallen *als die Überfälle selbst.* Der Minister hatte zuvor israelische Stellungen in den libanesischen Schuf-Bergen besucht. In Libanon waren am Montag durch die Explosion einer Mine zwei israelische Soldaten ums Leben gekommen und 16 verwundet worden.

Der mit Israel verbündete libanesische Milizchef Saad Haddad hat nach einem Bericht des israelischen Fernsehens von der israelischen Armee Aktionsfreiheit zum Vorgehen gegen Guerrillaüberfälle in Südlibanon verlangt. Haddad sagte, Israel sollte sich aus den Schuf-Bergen zurückziehen und seine Truppen in Südlibanon konzentrieren.

Das US-Verteidigungsministerium hat den Kongreß von seiner Absicht informiert, Israel die modernsten amerikanischen Luft-Boden-Raketen vom Typ „Sparrow" zu liefern. Damit sollen die israelischen Kampfflugzeuge des Typs F 15 ausgerüstet werden. Für die 150 „Sparrow"-Raketen soll Israel 52 Millionen Dollar bezahlen. Die neuen zielsicheren Raketen sind weniger empfindlich gegen elektronische Störungen durch den Gegner als vergleichbare Geschosse.

UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar ist über das Vorgehen der israelischen Behörden in Hebron „tief besorgt". Die Absetzung des Bürgermeisters und die Verhängung einer Ausgangssperre, nachdem in der Stadt ein junger Israeli ermordet worden war, müßten zwangsläufig „die Spannung in der *Region.* erhöhen", sagte Perez de Cuellar am Dienstag. Seine Stellungnahme wurde von einem UNO-Sprecher in New York veröffentlicht.

Protestkundgebung in Georgien

AFP, Moskau

Rund hundert Menschen haben in Tiflis, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Georgien, für die Freilassung von zwei inhaftierten Studenten demonstriert. Die beiden Studenten, deren Namen mit Erakli Ereteli und Paata Sageretze angegeben wurden, waren verhaftet worden, nachdem sie am 19. Juni die Bevölkerung auf Flugblättern aufgefordert hatten, die Feiern zum 200. *Jahrestag der Eingliederung* Georgiens ins Zarenreich zu boykottieren. Wie es in Moskau gestern hieß, sind während der Protestkundgebung am Montag 20 Personen vorübergehend festgenommen worden.

Für Beibehaltung von Stingls Monopol

Rei. Bonn

Alle drei Gruppen, die im Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sitzen, haben sich gestern in einer Sitzung dafür ausgesprochen, das Arbeitsvermittlungsmonopol der Bundesanstalt unangetastet zu lassen. Es wird daran festgehalten, daß bis auf die im Arbeitsförderungsgesetz *geregelten Ausnahmen allein* der Bundesanstalt die Vermittlung von Arbeitsplätzen und Ausbildungsstellen vorbehalten bleibt. Allerdings wird eine größere Flexibilität bei der Zusammenarbeit mit Dritten befürwortet, das heißt, unentgeltliche Vermittlungsaktionen von Verbänden beispielsweise sollen nicht mit einem Bußgeld geahndet werden.

Kritik, unter anderem vom bayerischen Ministerpräsidenten Strauß CDU), hatte das Monopol ins Gerede gebracht.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Handlos kein Thema für den Parteitag?

Von PETER SCHMALZ

Bayerns Finanzminister Max Streibl, der mächtigste unter den zehn Bezirksvorsitzenden der CSU, schüttelt den Kopf über Franz Handlos, den Abtrünnigen aus der Bonner CSU-Landesgruppe, der seit seinem Parteiaustritt am vergangenen Samstag der erste parteilose Abgeordnete der zehnten Legislaturperiode ist. „Ich verstehe nicht", meint Streibl, „warum er die Chance verschenkt hat, seine Kritik auf dem Parteitag vor den Dutzenden von Journalisten vorzutragen. Das große Aufsehen wäre ihm sicher gewesen – und austreten hätte er danach immer noch können."

Als Führungsmitglied der Partei ist Streibl jedoch der bekannte Ablauf angenehmer, denn nun ist er sicher: „Handlos wird kein Thema des Parteitags sein." Zumindest *nicht am Rednerpult, wo zu diesem* Thema allenfalls einige ironisch-bissige Bemerkungen von Franz Josef Strauß zu erwarten sind. Doch unter den 1100 Delegierten

Landesbericht Bayern

werden die Spekulationen über die Hintergründe dieses einmaligen Schrittes – immerhin ist Handlos der erste CSU-Bundestagsabgeordnete, der sein Parteibuch zurückgab – ebenso anhalten wie die *Vermutungen* über die weiteren Pläne des niederbayerischen Politikers.

Denn während die Parteiführung ein „Rumoren" an der Basis nicht sieht, zeigte sich die wahre Stimmung auf einem Parteitag im Landkreis Augsburg. Unter dem Beifall der 170 Delegierten rügte ein CSU-Kommunalpolitiker, das „Wendemanöver" von Strauß sei „etwas zuviel und schwer verständlich". Der Sinn einer CSU-Mitgliedschaft könne nicht darin bestehen, „zu allem ja und amen zu sagen", was die Parteispitze mache. Und der Bundestagsabgeordnete Walter Althammer warnte, Handlos wegen seiner Kritik am Milliardenkredit „in irgendeiner Weise niederzuknüppeln".

In den aktuellen Berichten über den „Robin Hood im Bayerischen Wald", der durch erfolgreichen Kampf gegen Bürokratie und Verwaltung eine große Popularität in seinem Wahlkreis erreichte und zum Bundestagsabgeordneten mit der höchsten Prozentzahl (73,6 am 6. März) aufstieg, fehlen bedeutende Strecken der politischen Entwicklungsschiene von Handlos, die eine frühe Distanzierung zu Strauß dokumentieren. Der junge CSU-Mann Handlos hatte in den sechziger Jahren engen Kontakt zu Ludwig Huber gefunden, der sein politischer Ziehvater wurde. Huber war als Kultus- und Finanzminister sowie als Fraktionsvorsitzender im Landtag nicht nur ein Macht-Multi, der das Amt des Ministerpräsidenten anpeilte, aber rechtzeitig vor dem nach München drängenden Strauß auf den Präsidentenstuhl der Bayerischen Landesbank auswich, er galt auch als einer der erbitterten ideologischen Gegenspieler von Strauß innerhalb der Partei. Als Mitglied des „Petra"-Kreises, der sich unter Führung des legendären und gegen jede weltanschauliche Öffnung opponierenden Alois Hundhammer regelmäßig traf, vertrat Huber eine prononciert römisch-katholische und altbayerisch-vaterländische Linie gegen die unter Strauß voranschreitende Umwandlung der CSU in eine mit modernem Management geführte Sammelpartei.

Huber holte Handlos dann als Pressesprecher in die Fraktion, deren Mitglied er für zwei Jahre wurde. Der von Handlos maßgeblich initiierte Versuch, die Voraussetzungen für einen Privatfunk zu schaffen, mobilisierte ein Volksbegehren, das just das Gegenteil erreichte: Die öffentlich-rechtliche Rundfunkstruktur wurde verfassungsrechtlich zementiert und Handlos verlagerte sich in den Bundestag.

Mehr Gesprächsstoff wird am Rande des Parteitags, der hauptsächlich der Kommunalpolitik zur Vorbereitung der Kommunalwahl im kommenden Jahr gewidmet ist, die Frage nach den Zukunftsplänen des abtrünnigen Ex-Parteifreundes liefern. Wie ernst sind seine Worte zu nehmen, er werde eine eigene Partei gründen und er sei überzeugt, „daß viele in der CSU so denken wie ich und auf die Möglichkeit warten, zur Verwirklichung der seit Jahren von den der CSU versprochenen Ziele mitzuwirken". *Es gibt bereits* ernstzunehmende Hinweise, wonach Handlos über detaillierte Absprachen und Abmachungen mit noch ungenannten Kreisen verfügt, die ihm den Start zumindest finanziell ermöglichen können.

Denkbar wäre der Versuch, eine Partei nach Art der Bayernpartei zu gründen, die in den 50er Jahren der große konservative Rivale der CSU war und im Wirbel um die sogenannte Spielbankaffäre zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Schon werden in Bayern Spekulationen vernehmbar, hinter solchen Plänen könnte die CDU stecken, die seit ihrer Satzungsänderung auf dem Kölner Parteitag, die eine Ausdehnung auf Bayern erlaubt, des wachsamen Mißtrauens ihrer bayerischen Schwester sicher sein kann.

Aber womöglich verwelken die Partei-Ambitionen des derzeit parteilosen Franz Handlos ebenso schnell wie die unionsinternen Aufregungen um jene Kölner CDU-Änderung, die tagelang die Schlagzeilen beherrschte und nun auf dem CSU-Parteitag, auf dem damals sogar eine CSU-Retourkutsche durch eine eigene Satzungsänderung erwartet wurde, keine Rolle mehr spielen wird.

Berlin spielt den Vorreiter

Als erstes Bundesland Rückkehrhilfe für Ausländer beschlossen / SPD skeptisch

F. DIEDERICHS, Berlin

Der Vorstoß des Berliner Senats, vor den geplanten Rückkehrhilfen der Bundesregierung für Ausländer als erstes Bundesland ein eigenes Landesprogramm zur Rückkehrförderung zu beschließen, wird in der Stadt kontrovers beurteilt. Während der am Dienstag getroffene Beschluß der CDU/FDP-Koalition von der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses begrüßt wurde, äußerte sich die SPD-Fraktionssprecherin Helga Korthaase skeptisch zur Wirksamkeit *der beschlossenen Förderung.* Die Initiative erzeuge ebenso wie die Ankündigung des Bundesinnenministers, eine Rückkehr zu fördern, „große Verunsicherung besonders unter den türkischen Mitbürgern", erklärte die SPD-Politikerin.

Die Berliner Rückkehrhilfen können von Samstag dieser Woche an von ausländischen Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten in Anspruch genommen werden. Voraussetzung für den Zuschuß aus der Landeskasse ist allerdings, daß das durchschnittliche Familieneinkommen der Rückkehrwilligen nicht wesentlich über den Richtsätzen der Sozialhilfe liegt. Weiterhin dürfen keine Ansprüche auf die geplanten bundesrechtlichen Rückkehrhilfen bestehen. Die Rückreisenden müssen zudem erklären, daß sie keine Schulden gegenüber öffentlichen Kassen haben und sie auf Dauer in ihr Heimatland zurückkehren werden.

Die Rückkehrförderung, für die der Berliner Jahresetat 1983 vorerst 500 000 Mark vorsieht, ist in eine pauschale Reisekostenhilfe und eine pauschale Umzugskostenhilfe gegliedert. Die Reisekostenhilfe beträgt beispielsweise für Fahrten in die Türkei 350 Mark für Erwachsene und 200 Mark für Kinder unter 12 Jahren. Die Umzugskostenhilfe für den Haushaltsvorstand ist nach Zielländern gestaffelt, die Pauschalen reichen von 1400 Mark (Jugoslawien) bis zu 2000 Mark (Türkei). Für jeden weiteren Familienangehörigen werden weitere *Zuschüsse erteilt,* der Höchstbetrag der Umzugsförderung wurde bei 5000 Mark fixiert.

Bei dem Berliner Programm zur Rückkehrförderung, für das heute schon 200 Anträge vorliegen, handelt es sich nach Aussage von Sozialsenator Ulf Fink (CDU) um „kein gigantisches Rückführungsprogramm, sondern konkrete Hilfestellungen". Er sieht eine Entlastung des Landeshaushaltes durch das Förderprogramm, da Berlin bei einer Rückkehr von ausländischen Familien von der Zahlung von Sozialhilfeleistungen befreit werde.

Die Zielgruppe des Hilfsprogramms umreißt Fink mit den derzeit in Berlin ansässigen rund 6000 ausländischen Sozialhilfeempfängern und insgesamt 16 000 arbeitslosen Ausländern, darunter 8000 Türken.

Die von der Bundesregierung im Juni dieses Jahres beschlossene Gesetzesmaßnahme zur Rückkehrförderung werde von den von Berlin beschlossenen Hilfen nicht berührt, erklärte Fink. Die Berliner Initiative stelle vielmehr eine „sinnvolle Ergänzung des Bundes*gesetzes für einkommensschwache* ausländische Arbeitnehmer in Berlin" dar. Nach Worten Finks ist die Nachrangigkeit der Berliner Rückkehrhilfen sichergestellt.

Die von Bonn vorgesehenen Rückkehrhilfen seien, im Gegensatz zu Berlin, an die Bedingung geknüpft, daß ausländische Arbeitnehmer durch Konkurs oder Betriebsstillegung ihrer Firma arbeitslos geworden sind oder seit mindestens einem halben Jahr kurzarbeiten. Die Berliner Förderung soll vorerst unbefristet gelten, die Regelungen des Bundes sehen begrenzte Ansprüche wie eine gezielte Rückkehrprämie oder die vorzeitige Einlösung von Rentenansprüchen oder Sparleistungen vor.

FDP fordert „Doppelbeschluß" für die Umwelt

E. NITSCHKE, Bonn

Einen „Umwelt-Doppelbeschluß" der Bundesregierung haben für die FDP gestern in Bonn der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum und sein ehemaliger Staatssekretär Peter Menke-Glückert gefordert. Danach soll in der Bundesrepublik Deutschland im Alleingang und notfalls ohne vorherige Abstimmung in den Gremien der Europäischen Gemeinschaft bleifreies Benzin ab 1985 eingeführt werden, falls durch Verhandlungen in Brüssel ein gemeinsames Vorgehen mit dem *Ziel* einer Abgasentgiftung von 90 Prozent nicht erreicht werden kann.

Die Umweltpolitik der Regierung wurde von Baum und Menke-Glückert voll bejaht, da „der neue Bundesinnenminister das fortsetzt, was wir auf den Weg gebracht haben". Allerdings müsse man „mehr Akzente" fordern, ein „Umweltschutz ohne Zähne" sei nicht vorstellbar.

Im einzelnen fordert die FDP für 28 Millionen zugelassene Kraftfahrzeuge im Lande etwa halbjährige TÜV-Abgaskontrollen, die durch eine zusätzliche Plakette am Auto dokumentiert werden sollen. Baum gab zu, „daß dies nach Bürokratie aussieht", aber das bedrohliche Waldsterben und der Schutz der Gesundheit des Menschen machten dies notwendig.

FDP handelte zu spät

Hessens Liberale nur auf Platz fünf des Stimmzettels

Nea. Wiesbaden

„Ich gehe davon aus, daß die Wähler der FDP der Kunst des Lesens mächtig sind." Damit tröstet sich Wolfgang Gerhardt, Lan*desvorsitzender und Spitzenkandi*dat der hessischen FDP, über ein Mißgeschick hinweg, das seine Partei bei der Landtagsneuwahl am 25. September unter Umständen wichtige Stimmen kosten kann. Die FDP wird auf dem Stimmzettel nämlich nicht nur hinter den Grünen, sondern auch noch hinter den von abtrünnigen Freidemokraten gegründeten „Liberalen Demokraten" rangieren müssen.

Schuld ist das hessische Landtagswahlgesetz in der Fassung von 1974. Entscheidend sind die Paragraphen 29 und 30, die schon aus dem Jahre 1948 stammen, bisher aber von niemand beanstandet wurden. Sie regeln die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel: zuerst die Parteien, die im Parlament vertreten sind (seit der Wahl 1982 nur noch CDU, SPD und Grüne), dann die Wahlvorschläge der übrigen Parteien „in der Reihenfolge des Eingangs beim Wahlleiter".

Die zahlenmäßig unbedeutenden „Liberalen Demokraten" (Bundesvorsitzender der frühere hessische Landtagsabgeordnete Uli Krüger) waren die Schnellsten und holten sich den Platz 4. Die FDP mit ihren knapp 9000 Mitgliedern, die – so Gerhardt – „immerhin ja noch die Basis mitreden lassen muß", landete auf Platz 5, dicht dahinter die DKP auf Platz 6. Daß *es da beim Wähler Verwechslungs*gefahr zwischen den Plätzen 4 und 5 geben wird, mag niemand ausschließen, zumal die Hessen-FDP ihre Wahlkämpfe zuletzt mit dem Slogan „FDP – die Liberalen" führte.

Das Kuriose bei diesem Wettlauf der Listenvorschläge ist die Tatsache, daß die wichtigste Voraussetzung für das Stattfinden der Neuwahl überhaupt noch nicht vorhanden ist: der Beschluß zur Auflösung des Landtags. Dies wird Anfang August erfolgen. Am 26. August soll dann offiziell erst über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden werden. Dennoch gilt danach die Reihenfolge, in der die Kandidatenlisten eingegangen sind.

In anderen Bundesländern gelten andere Regelungen, die einen solchen Wettlauf ausschließen. In Rheinland-Pfalz zum Beispiel kann jede Partei fest mit dem Platz auf dem Stimmzettel rechnen, den *sie mit ihrem Ergebnis beim* letztenmal erreicht hat. Nur neu hinzukommende Parteien müssen sich dahinter einreihen: nach dem Alphabet. Auch beim Bundestag gilt übrigens bei den Splitterparteien die alphabetische Reihenfolge.

Polens KP wirbt um Katholiken

JGG

Die Polnische Vereinigte[…]terpartei hat sich offensichtl[…] dem Hinweis veranlaßt ge[…] daß Katholiken in ihren [...] willkommen sind. Ein Leit[…] des theoretischen Partei[…] „Zycie Partii" widmete sich[…] Thema „Darf ein Gläubige[…] *glied der Partei sein?"* Gerad[…] sei dies erwünscht, heißt es i[…] Artikel, nicht zuletzt auch [...]gen, weil sich gegenwärtig „C[…]tunisten" und „linksradikal[…]rerisches, atheistisches Übe[…]tum" in der Partei die Waag[…]ten. Schon Marx habe gesag[…] der „Atheismus nicht Vora[…]zung zur Mitgliedschaft" in[…] kommunistischen Partei [...] dürfe, und Lenin habe *Christ*[…] sogar Priester", in seiner[…] willkommen geheißen. Und [...]len, so berichtet das Partei[…] weiter, müsse man schließli[…] von ausgehen, daß die überw[…]*de Mehrheit des Volkes,* da[…] vornehmlich die Arbeiter un[…]ern, gläubige und praktizi[…] Christen sind. Schließlich [...] auch der neunte außerorde[…] KP-Kongreß im Jahre 1981 [...] *dieser Hinsicht deutlich* zu[…]gemeldet. Allerdings dürfe[…]beiter, Bauern und Angehöri[…] Intelligenz, die der KP be[…] wollen, nicht unkritisch geg[…] der Kirche sein, sie seien vie[…] verpflichtet, sich für einen [...]log" zwischen Staat und [...] einzusetzen. Verboten aber [...] jedem Falle, im innerpartei[…] Raum Kirchenwerbung zu [...]ben.

Börner: Respekt vor Wallmann

AP, Offe[…]

Großen Respekt hat der hes[…] Ministerpräsident Holger [...] (SPD) seinem Gegenspieler [...] Wahl am 25. September, dem [...]furter Oberbürgermeister [...] *Wallmann (CDU), gezollt.* [...] Illustrierten „Bunte" erklärt[…]ner: „Ich halte ihn (Wallman[…] einen klugen und guten Po[…] Ich nehme den Wahlkampf [...]wegs leicht." Wallmann habe [...] Lebensweg, der geprägt sei [...] Bonner Erfahrungen und ko[…]nalpolitische Erfolge. Der [...] Landesvorsitzende sei ein er[…]nehmender Gegner. Er, Börn[…]be Wallmann einmal gesagt[…] sind ein echter Konservativer[…] sei nicht diffamierend gemei[…]wesen, versicherte der Minist[…]sident. Er habe vor konserv[…] Persönlichkeiten „einen [...] Respekt".

Auf die Frage, ob er sich vo[…] könne, mit Wallmann eine[…] Koalition zu bilden, antworte[…]ner: „Er hat sie mir ja z[…] angeboten. Ich habe sie z[…] abgelehnt."

Jochimsen begrü[…] Vorstoß von Wo[…]

J. G. Düs[…]

„Das Trennende wird viel[…]ger, das Verbindende imme[…]ße." Mit diesem positiven [...] kommentierte der nordrhein[…]fälische Wirtschaftsministe[…]fessor Jochimsen (SPD) v[…] Presse die neue stahlpolitisc[…]itiative des CDU-Oppositio[…]rers Worms (WELT vom [...] Übereinstimmung sieht er [...]lem in dem Kardinalpunk[…] CDU-Initiative, daß Staatshi[…] die notleidende Branche nu[…] fließen soll, wenn die Unt[…]men sich zu strukturbesse[…] Fusionen zusammenfinden: [...] jetzt ist ja nur noch Klöckne[…] an solcher notwendigen N[…]nung interessiert." Eindri[…] mahnte Jochimsen die Bun[…]gierung, das für Nordrhein-W[…]len gravierende Kohle/Stah[…]blem nicht ungelöst übe[…] „Sommerpause" zu schleppe[…] Existenzangst Hunderttaus[…] von Arbeitnehmern wachse[…] Tag zu Tag. Nicht zuletzt entw[…] sich aus der weiteren Vers[…]pung der überfälligen Monta[…]bleme im weitaus größten Bu[…]land ein „Konjunkturkiller[…] den in der Gesamtwirtschaft [...]hin nur sehr zögernd einsetz[…] Aufschwung.

Duarte: Erwartung erfüllt

Bonn soll aber Botschafter für Salvador früher entsenden

BERNT CONRAD, Bonn

Der Präsidentschaftskandidat der Christlichen Demokraten in El Salvador, Napoleon Duarte, hat sich befriedigt über die von der Bundesregierung zugesagte Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in seinem Lande gezeigt. „Meine Erwartungen haben sich erfüllt", sagte Duarte gestern nach Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke und führenden Politikern der CDU-Zentrale.

Besonders erfreut zeigte sich der frühere Präsident von El Salvador über die Aussicht, daß Bonn bald wieder einen Botschafter in den von Guerrillakämpfen erschütterten mittelamerikanischen Staat entsenden wird und auch die Entwicklungshilfe wiederaufnehmen will. Allerdings kritisierte Duarte die Absicht der Bundesregierung, „erst nach den bevorstehenden *Wahlen in El Salvador zu handeln".* Er habe den Bundeskanzler und den Außenminister daher gebeten, schon dann einen Botschafter zu entsenden, wenn der offizielle Wahltermin bekanntgegeben ist, sagte Duarte. „Das würde den Demokratisierungsprozeß stärken." Der Botschafter der Bundesrepublik in Salvador war 1980 im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg „aus Sicherheitsgründen" zurückgerufen worden. Die Botschaft arbeitet seitdem unter einem Geschäftsträger.

Der christdemokratische Präsidentschaftskandidat bejahte grundsätzlich einen Dialog als „einzig richtigen Weg zur Aussöhnung und zum Frieden". Leider gebe es in Salvador mehr Neigung zu einem „strategischen Dialog" als zu einem „aufrichtigen Dialog".

Bonn: Mehr Hilfe für Afghanistan

Die Hilfsorganisation HELP betreut 375 000 Flüchtlinge in Pakistan

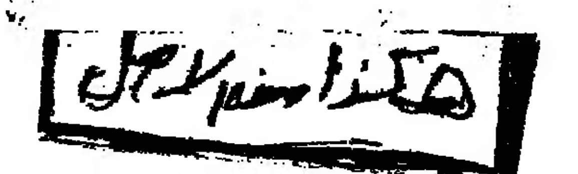
WALTER H. RUEB, Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland ist gegenüber den afghanischen Flüchtlingen in Pakistan und Iran weiterhin großzügig: Über die parteipolitisch neutrale Organisation HELP flossen den Flüchtlingen im vergangenen Jahr *rund 1,9 Millionen Mark in Form* von Bar-, Sach- und Dienstleistungen zu, die Leistungen der Bundesregierung für die afghanischen Flüchtlinge betrugen 1981 rund sieben und 1982 9,8 Millionen Mark. Weiterhin wurde aus dem Haushalt des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit Nahrungsmittelhilfe in Höhe von 9,6 Millionen Mark (1981) beziehungsweise 13,6 Millionen (1982) geleistet; für Projekte in Flüchtlingslagern Pakistans brachte die Bundesregierung in den beiden vergangenen Jahren weitere 40 Millionen Mark auf.

Diese Angaben machte die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des Mitglieds des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Jürgen Todenhöfer. „1982 haben die Flüchtlinge aus Afghanistan 22 Prozent und damit den relativ höchsten Anteil humanitärer Hilfe der Bundesregierung *erhalten; ihr Anteil wird 1983 noch* zunehmen", heißt es in der Regierungs-Stellungnahme weiter.

Auf eine Zunahme der zur Verfügung stehenden Mittel hofft man auch bei HELP. Die Organisation erließ jetzt aus Anlaß des zweiten Jahrestages ihrer Gründung in der Bundeshauptstadt einen neuen Spendenaufruf. Diesmal warb der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn (SPD) für HELP. „Mehr als 2,9 Millionen Afghanen – Kinder und Greise, Frauen und Männer – hausen unter erbärmlichen Bedingungen in den Flüchtlingslagern Pakistans", heißt es in dem Aufruf des Ministers. „Sie haben ihre Heimat verlassen, um vor Not, Elend, Bedrohung und Verfolgung in Pakistan Schutz und Zuflucht zu suchen."

In Bonn wurde darauf hingewiesen, daß die Spenden wirklich bei *den 375 000 von HELP betreuten* Flüchtlingen in 20 Lagern Pakistans landen. Schwerpunkte der HELP-Aktionen sind dort: handwerkliche Ausbildung für Heranwachsende und Jugendliche, medizinische Basisversorgung, Eindämmung von Fehl- und Unterernährung bei Kindern und schwangeren Frauen und die Anfertigung von Arm- und Beinprothesen für Flüchtlinge, die durch den Krieg in ihrer Heimat verstümmelt wurden. Unter der Nummer 4444 hat HELP bei der Dresdner Bank, Sparkasse und Volksbank Bonn sowie beim Postscheckamt Essen Spendenkonten eingerichtet.



Rege Beteiligung bei Protesten gegen Pinochet

AFP/dpa, Santiago

Trotz Nachrichtensperre, starkem Polizeieinsatz und einer verschärften Ausgangssperre hat der Aufruf der chilenischen Gewerkschaften und Oppositionsparteien zu einem dritten „nationalen Protesttag" großen Widerhall bei der Bevölkerung gefunden. Pünktlich zu Beginn der Ausgangssperre am Dienstagabend um 20 Uhr erhob sich in Santiago ein ohrenbetäubendes Konzert mit Kochtöpfen, Glocken und Autohupen. Ein 19jähriges Mädchen, das sich in einem Armenviertel Santiagos auf die Straße wagte, wurde erschossen, ein 17jähriger Junge durch Schüsse schwer verletzt.

Zentren des Protests waren neben der Hauptstadt Santiago die Städte Valparaiso und Concepcion. Nach unbestätigten Rundfunkmeldungen wurden mindestens 50 Personen verhaftet.

Mit den Protestaktionen wollten Gewerkschaften und Opposition wie bereits an den beiden ersten „nationalen Protesttagen" am 11. Mai und 14. Juni ihre Ablehnung des Militärregimes von Staatschef General Agusto Pinochet zum Ausdruck bringen. Sie begannen in den bürgerlichen Vierteln Santiagos und breiteten sich dann schnell auf die Armenviertel aus. In vielen Straßen wurden Barrikaden errichtet und Autoreifen verbrannt. Mehrmals wurden Schüsse gehört.

Die Sicherheitskräfte hatten alle strategisch wichtigen Punkte besetzt. Gegen Nachmittag schlossen die meisten Geschäfte, am Abend stellten die öffentlichen Verkehrsmittel ihren Dienst ein.

Tschad ersucht Paris um Eingreiftruppen

rtr, Paris

Tschads Außenminister Idriss Miskine hat in Paris auf die „beispiellos ernste" Bürgerkriegssituation in dem zentralafrikanischen Land hingewiesen und die französische Regierung um direkte Intervention durch Entsendung von Truppen ersucht. Vor Journalisten sagte der Minister, ein militärisches Eingreifen Frankreichs sei jetzt erforderlich.

Tschad brauche außerdem Berater, Flugzeuge und schwere Artillerie. Die bisherige Militärhilfe aus Frankreich *reiche nicht aus, um den* von Libyen unterstützten Putsch gegen Staatspräsident Habre zurückzuschlagen.

Die Regierung in N'Djamena meldete unterdessen, daß Regierungstruppen die von den Rebellen am Wochenende eroberte strategisch *wichtige* Stadt Abeche zurückerobert hätten. Dies sei ein Wendepunkt in den seit drei Wochen andauernden Kämpfen im Norden und Osten des Landes.

Die Guerrilla setzt Belaunde immer stärker zu

Von WERNER THOMAS

Fernando Belaunde Terry wurde bei einem Interview mit einem kolumbianischen Fernsehteam nach dem stolzesten Tag seines Lebens gefragt. Der stehe noch bevor, antwortete er: „Wenn ich meinem verfassungsmäßigen Nachfolger die Präsidentenschärpe überreichen kann."

Bis dahin werden noch mehr als zwei Jahre vergehen, Belaundes Amtsperiode endet erst am 28. Juli 1985. Eine lange Zeit, angesichts der Probleme, in der sich seine Regierung befindet. Mit jeder neuen Krise wächst die Zahl der Skeptiker, die dem alten Herrn das gleiche Schicksal prophezeien wie während seiner ersten Präsidentschaft: eine vorzeitige Entmachtung durch einen Militärputsch.

Belaunde, 70, ein Mann der Mitte, der zu den angesehensten Politikern Lateinamerikas zählt, hatte diesmal die Grundlage für stabile demokratische Verhältnisse schaffen wollen. Der gelernte Architekt denkt in Konstruktions-Kategorien. Seine Pläne sind durch eine Serie bitterer Rückschläge gefährdet, die ihm nicht anzulasten sind.

Peru wurde von einer Klima-Katastrophe heimgesucht, die wohl kaum Parallelen kennt. Pausenlose Regenfälle in den letzten sieben Monaten im Norden des Landes zerstörten 60 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion. Der Süden leidet dagegen seit einem Jahr unter einer beispiellosen Trockenheit.

Hunderttausende Menschen flohen in die bereits überfüllten Städte. Das Natur-Desaster, nach Ansicht der Meteorologen durch die Veränderung von Meeresströmungen vor Perus Küste verursacht, reduzierte das Bruttosozialprodukt in den ersten Monaten dieses Jahres um fast sieben Prozent.

Die weltweite Rezession verschärfte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Mehr als 50 Prozent der arbeitsfähigen Peruaner sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die Inflationsrate erreichte 120 Prozent. Viele Menschen sehen ihre Hoffnungen enttäuscht, die sie in Belaunde gesetzt hatten.

„Die Regierung konnte 1980 nach einer zwölfjährigen Militärherrschaft *mit einer ungewöhnlich* großen Unterstützung der Bevölkerung ihre Amtszeit beginnen", meint Julio Cottler, einer der Direktoren des privaten Forschungszentrums „Institut für peruanische Studien". „Sie hat in den letzten drei Jahren viele Anhänger verloren."

Die Guerrilla-Organisation „Leuchtender Pfad" (Sendero Luminoso) wirft jedoch die dunkelsten Schatten auf Belaundes Präsi-

 PERU

dentschaft. Erst vor ein paar Tagen überfielen die Rebellen die Zentrale der Regierungspartei in Lima. Meinungsumfragen haben ergeben, daß die meisten Peruaner die Herausforderung durch die Guerrilla als das größte Problem ihres Landes betrachten.

Der Präsident setzt seit Ende 1982 Armee-Truppen ein, nachdem er lange gezögert hat, weil er einen Machtzuwachs des Militärs befürchtete. Der General Roberto Noel, *ein früherer Geheimdienst-*Chef, kommandiert die 4000 Soldaten und Polizisten der Sicherheitskräfte, die in Ayacucho und anderen Anden-Provinzen die rund 2000 „Senderistas" verfolgen.

Der „Leuchtende Pfad", in den siebziger Jahren von dem Philosophieprofessor Abimael Guzman gegründet, ist von Belaunde zunächst unterschätzt worden. Durch ihre maoistische Ideologie und ihr brutales Vorgehen schienen sich die Rebellen zunächst selbst ins Abseits zu manövrieren. Aber Guzman konnte aus der traditionellen Vernachlässigung der Anden-Provinzen, der sozialen Ungerechtigkeit und der Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Entwicklung Kapital schlagen.

Die „Senderistas" haben während der dreijährigen Präsidentschaft Belaundes mehr als 2500 Anschläge und Attentate verübt. Der Guerrilla-Krieg forderte allein in den letzten eineinhalb Monaten 1200 Todesopfer. Belaunde verhängte im Mai den Ausnahmezustand über das ganze Land, nachdem die Rebellen zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres die Stromversorgung Limas unterbrochen hatten. Zwei Wochen später brachten die Partisanen ihren Bombenterror in die Touristenmetropole Cuzco, trotz Ausnahmezustand.

General Noel hat den Peruanern versprochen, den Krieg gegen die Guerrilla bis Ende des Jahres zu gewinnen. Armeechef General Arnaldo Briceno will alles tun, um dieses Ziel zu erreichen. „Wenn wir die verfassungsmäßige Regierung an der Macht halten wollen, muß dieses Problem gelöst werden", sagte er. Briceno dementierte alle Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich: „Niemand plant einen Putsch."

Peruaner, die die Stimmung innerhalb der Streitkräfte kennen, bestätigen diese Versicherung schon aus diesem Grund: der Gedanke an die explosiven Probleme würde jeden Offizier mit politischen Ambitionen abschrecken. (SAD)

Savimbi: Wir operieren in ganz Angola

P. HORNUNG, Jamba/Angola

Noch vor drei Jahren hatte der prowestliche Präsident der angolanischen Befreiungsbewegung Unità, Jonathan Savimbi, sein Hauptquartier in einer Strohhütte. Jetzt hat er in seinem Hauptquartier Jamba einen mit Lehm ausgebauten unterirdischen Kommandobunker. Kurz umreißt er die allgemeine militärische Situation: „Die MPLA und die Kubaner halten keine einzige Garnison mehr an der Grenze zu Namibia. Auch ihre Stellungen an der Grenze zu Sambia haben wir erobert. Die Einnahme von Munga war sicher entscheidend. Jetzt haben wir eine Stadt direkt an der Benguela-Bahn. In den letzten Jahren war die Benguela-Eisenbahn praktisch die äußerste Nordgrenze unseres Einflußgebietes. Jetzt führen unsere Truppen auch wichtige Operationen weiter nördlich durch. Carmona, die Kaffeehauptstadt, ist von unseren Truppen eingekreist. Sie kann nur noch mühsam aus der Luft versorgt werden. Die gesamte Kaffee-Ernte nahmen wir den Kommunisten ab und verkauften sie gewinnbringend auf dem Weltmarkt. Einige unserer Kommandos stießen sogar bis zur Nordgrenze Zaires vor. Das sind natürlich noch keine befreiten Gebiete. Aber so breiten wir unser Einflußgebiet praktisch über ganz Angola aus."

Luanda, die Hauptstadt, gleicht nach den Worten Savimbis einer „belagerten Festung der Kommunisten". Savimbi betont: „Unsere Waffensysteme holen wir uns unverändert vom Gegner. Aber wir erhalten mehr nicht-militärischen Nachschub. Da ist die Stimmung ganz deutlich umgeschlagen. Der Sieg Präsident Reagans brachte eine deutliche Wende. Wie ich schon sagte, Waffen bekommen wir nicht aus den USA. Aber politische und psychologische Unterstützung. Es ist für uns eminent wichtig, daß sich die westliche Supermacht wieder offen zu uns bekennt."

Savimbi denkt in weiträumigen Kategorien: „Ich glaube, daß ich nicht übertreibe, wenn ich Angola eine Schlüsselstellung im südlichen Afrika zuspreche. Sambia steht vor dem Staatsbankrott. Dort droht ein Bürgerkrieg. Das Regime in Mosambik ist völlig ungefestigt. Und in Angola verlieren die Kubaner immer mehr das Interesse. Dieser Krieg *ist für sie schwierig* geworden. Die Sowjets liefern Waffen. Sie hüten sich, direkt in die Kämpfe einzugreifen."

Positives Umdenken bei europäischen Staatsmännern macht Savimbi aus: „Jetzt, in letzter Minute, wird wahrgenommen, was es für den Westen bedeutet, wenn Moskau den ganzen Ring von Angola bis Äthiopien beherrscht. Dann sind die wichtigsten Schiffahrtsrouten bedroht." (SAD)

ETA schlägt wieder zu

Baskenführer sagt „Zustände wie in Ulster" voraus

ROLF GÖRTZ, Madrid

„ETA, schlagt den spanischen Hund tot", schrien meist jüngere Zuschauer im Rathaus von Irun, als der in einer Nachwahl ermittelte sozialistische Bürgermeister seinen Platz einnahm. Ein junger Mann riß die Wahlurne vom Tisch und warf sie unter dem Beifall der Nationalisten von links und rechts aus dem Fenster.

Die Szenen spiegeln den Zustand wachsender Spannung in vielen Gemeinden des Baskenlandes wider. In Bilbao wurde gestern ein Polizist auf offener Straße erschossen, der Bürgermeister einer anderen baskischen Stadt schickte die spanische Fahne an den Madrider Regierungssitz „zurück". Protest und Terror richten sich gegen die sozialistische Partei, die in Madrid die Regierung stellt und die im Baskenland immer mehr in den Gemeinden an Boden gewinnt.

Auf der anderen Seite steht die bürgerliche Nationalpartei, die noch den Landesministerpräsiden*ten stellt, und versucht, ihre füh*rende Stellung zu behaupten. Sie wird unterstützt von der marxistischen Herri Batauna, dem politischen Arm der ETA.

Noch in diesem Monat will der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez mit dem baskischen Landesministerpräsident Carlos Garakoetxea zusammentreffen. Aber die Vorgespräche auf Ministerebene lassen kaum ein Einverständnis erwarten. Dazu der Lendakari (Führer) Garaikoetxea gegenüber dem SAD: „Seit die Sozialisten in Madrid am Ruder sind, ist die Übergabe der Kompetenzen an die Länder vollkommen gestoppt worden. Wenn das so weiter geht, werden wir hier bald Zustände wie in Ulster haben." Ganz offen gab der Lendakari zum ersten Mal zu, daß die Nationalisten die Selbständigkeit für „Euskadi" anstreben – im Rahmen eines Staatenbundes. Vorher wollen sie aber den Anschluß der Provinz Navarra erzwingen. Die Bevölkerung Navarras stimmte mit 70 Prozent gegen den Anschluß. Garaikoetxea aber will diese Abstimmung nicht anerkennen: „Einfache Mehrheiten kann man künstlich schaffen. Es kommt auf die militante Minderheit an. Und wenn es nur 30 Prozent sind – ihre Stimmen zählen mehr als doppelt." Urteile des Verfassungsgerichts gegen den Anschluß werden die Basken „zur Kenntnis" nehmen. „Das kann uns aber nicht hindern, noch einmal *von vorne anzufangen.*"

Eine Waffe in der Hand der Basken soll ihre Sprache, das Euskera, sein. „Raus, wer nicht Baskisch spricht", skandieren Sprechchöre. Aber nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung – vor allem auf dem Land – beherrscht das baskische Idiom. Die beiden einzigen mit baskischen Artikeln erscheinenden Zeitungen haben die Seiten in baskischer Sprache zusammenstreichen müssen. (SAD)

Auf deutsch beten ist verboten

Sorgen der evangelischen Gemeinde im Memelland / Kirchen in Schuppen umgewandelt

Von HEINRICH KURSCHAT

Selten nur kommen Nachrichten aus dem Memelland in den Westen. Ihrer Kirche können die deutschen Memelländer nur unter Schwierigkeiten treu bleiben. Wie in den Schulen ist auch hier der Gebrauch der deutschen Sprache untersagt. Trotzdem halten die wenigen Protestanten weiterhin an Gottes Wort und Luthers Lehr' fest.

Das Memelland war ein Randgebiet des Deutschen Reiches, das nach Hoffmann von Fallersleben von der Maas bis an die Memel reichen sollte. 500 Jahre lang war die deutsche Reichsgrenze nördlich der See- und Handelsstadt Memel unangetastet, bis nach dem Versailler Vertrag dieser kleine Landstreifen abgetrennt und mit seinen 150 000 Einwohnern französischer Besatzung unterstellt wurde. Vor genau 60 Jahren fielen die Litauer in das Gebiet ein und zwangen die Franzosen zum Ab*zug. Erst 1939 verzichtete Litauen* auf das Memelland, das zwölf Jahre lang mit Hilfe des Kriegszustandes regiert worden war.

Im Oktober 1944 rückten die Russen ins Memelland ein; im Januar 1945 zogen die letzten deutschen Truppen aus dem Brückenkopf Memel ab. Was dazwischen lag, war das Chaos der Flucht und Vertreibung, in das auch die ostpreußischen Memelländer gerieten. Viele schafften die Flucht in den Westen nicht und wurden von den Russen nach Sibirien deportiert. Einige tausend Memelländer leben noch heute in dem Bauern- und Fischerland am Kurischen Haff, allerdings nur im Rahmen *des Kolchosensystems. Unter Ade*nauer durfen viele Memelländer aus Sibirien und aus dem Memelland in den Westen kommen. Heute ist es schwierig geworden, eine Ausreisegenehmigung zu erhalten. Im März ließ die Sowjetunion 127 Aussiedler nach Friedland reisen.

Das Memelland gehört heute der litauischen Sowjetrepublik an, und die Litauer sind wie die Polen vorwiegend katholisch. Die kleine evangelische Kirche unter Bischof Kalvanas in Tauroggen umfaßt die Memelländer, Deutschstämmige aus Litauen und wenige litauische Randgebiete. 1955 konstituierte sich die Kirche auf einer ersten Synode, 1967 wurde sie in den lutherischen Weltbund aufgenommen.

Interessant ist, daß nach dem Einmarsch der Russen 1944/45 die 32 evangelischen Gemeinden des Memellandes verwaist waren, da als einziger Pfarrer Grodde von Schmalleningken die Flucht in den Westen nicht schaffte. Er bekam von den Russen keine Arbeitserlaubnis und hielt sich als Organist einer katholischen Kirche in Litauen über Wasser. Trotzdem ging im Memelland das kirchliche Leben weiter. Tote mußten beerdigt, Kinder getauft werden – auch ohne Pfarrer.

Seit dem 19. Jahrhundert gab es im nördlichen Ostpreußen eine kirchentreue pietistische Bewegung, die sich die „Alte Versammlung" nannte. Ihre Prediger waren wortgewaltige Redner, die sich aber den Pfarrern untergeordnet fühlten. Aus dieser „Alten Versammlung" entstand die neue evangelische Kirche. Zwar waren von den 32 memelländischen Kirchen zwölf durch den Krieg zerstört oder von den Sowjets abgerissen worden. Dreizehn Kirchen wurden zweckentfremdet – als Scheunen, Schuppen, Lagerräume, aber auch als Kinos, Museen und Konzerträume.

Die restlichen Kirchen bedeuten für die kleingewordenen Gemeinden eine erhebliche Belastung. Die Kirchengebäude gehören heute dem Staat, und die Gemeinden müssen für die Räume eine Miete entrichten. Außerdem müssen sie die Reparaturen genauso bezahlen wie die bescheidenen Gehälter der Pfarrer. Predigen dürfen sie nur in litauischer Sprache, aber bei einem Sterbenden kann man auch schon einmal in deutscher Sprache beten.

Der Ruf von der kleinen evangelischen Kirche im Memelland hat sich im großen Rußland herumgesprochen. Wolgadeutsche haben sich im Gebiet um Memel und Heydekrug angesiedelt. (IDEA)

Die konventionellen Waffen

Ihre Bedeutung im Kräfteverhältnis der beiden Pakt-Systeme in Europa

Aus der Furcht vor Kernwaffen konzentriert sich die öffentliche Debatte über die Verteidigung auf die Darstellung der Apokalypse. Dabei wird jedoch leicht verkannt, wie gefährlich die „Konventionelle Alternative" ist. Die „Befreiung" von atomaren Kampfmitteln würde die Möglichkeit eines Ost-West-Konfliktes mit herkömmlichen Streitkräften heraufbeschwören. Wolfram von Raven schildert in zwei Folgen in der WELT das Bild eines konventionellen Krieges.

Von WOLFRAM von RAVEN

Die Sicherung des Friedens, die den Zweck des Nordatlantikpaktes seit eh und je ausmacht, erfordert die Verhinderung jeglichen – also des atomaren wie des konventionellen – Krieges. Eine Strategie, die darauf abzielt, bleibt von dem physischen und psychischen Vermögen des Westens abhängig, den eventuellen Angriff des Ostens von vornherein mit einem unkalkulierbaren Risiko zu belasten, ihm somit die Chance für eine genaue Berechnung zu nehmen, wann, wie und wo er auf eine Verteidigung mit Kernwaffen stieße.

Die westliche Abschreckung, die dem östlichen Versuch der Einschüchterung Paroli bietet, bedingt den Verbund der konventionellen Streitkräfte mit den atomaren Kampfmitteln. Sie verlangt überdies die Verkoppelung des Potentials in Amerika mit den Kapazitäten in Europa. Die NATO muß sich *folglich* in einer Kondition halten, die erkennbar macht, daß die Partner dem Druck und der Drohung vereint widerstehen, der Gegner sie nicht getrennt schlagen kann.

Besonders verwundbar

Die Glaubwürdigkeit der atomaren „Garantie" der Amerikaner für die Europäer, die juristisch nicht gegeben werden kann, sondern faktisch durch die Präsenz der passenden Kernwaffen demonstriert werden muß, setzt eine realistische – das heißt: erfüllbare – Konzeption der konventionellen Abwehr voraus. Ein solches Dispositiv, wie es die NATO mit ihrer Strategie der „flexible response" zu verwirklichen trachtet, darf sich nicht mit einem „Stolperdraht" begnügen.

Dabei spielt die Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Rolle. Im Zentrum des Erdteils, zugleich am östlichen Rand des westlichen Territoriums gelegen, wegen ihrer Wirtschaftskraft besonders bedeutsam und wegen ihrer Besiedlungsdichte besonders verwundbar, bildet sie den Schild des Bündnisses, dessen Festigkeit oder Brüchigkeit das Geschick der Allianz *maßgeblich beeinflußt*. Ohne sie würde Europa bloß als Brükkenkopf Amerikas gelten dürfen.

Der Streifen zwischen den östlichen Grenzen und einer Linie 100 Kilometer westlich davon enthält 40 Prozent der Fläche, 30 Prozent der Bewohner und 25 Prozent der Industrieproduktion unseres Staates. Dieses Territorium birgt die Ballungszentren von Kiel, Lübeck, Hamburg, Hannover, Wolfsburg, Braunschweig, Kassel und Nürnberg. Daraus wird deutlich, daß es für den Westen kein Glacis, kein menschenleeres Vorfeld gibt. Beträchtliche Raumverluste im konventionellen Kampf kann sich der Verteidiger nicht leisten; er muß dem Angreifer Raumgewinne schon deshalb verweigern, weil es eine Zwangslage zu vermeiden gilt, die ziemlich rasch die Entscheidung zur atomaren Eskalation geböte.

Westliche Versäumnisse

Gerade die Bundesrepublik Deutschland bleibt darauf angewiesen, daß sie durch quantitativ und qualitativ hinlängliche Verbände vorne beschirmt wird, die „Front" also, die sie schützt, nicht mangels Mitteln nach hinten rückt. Dem Anspruch *muß* allerdings die Leistung gerecht werden, was besagt, daß die Aufgabe nur erfüllt werden kann, wenn die Defensivkräfte den Offensivkräften des Gegners einigermaßen die Waage halten.

In einer umfassenden Studie, die auch in deutscher Sprache vorgelegt worden ist (siehe Fußnote), hat Philip A. Karber, Direktor des amerikanischen „Strategic Concepts Development Center", detailliert und differenziert dargestellt, das sich ärger noch als im atomaren Felde auf dem konventionellen Terrain eine Umwälzung des Kräfteverhältnisses vollzog. Sie resultiert gleichermaßen aus westlichen Versäumnissen und östlichen Anstrengungen.

In der Periode von 1965 bis 1980 wurden den Truppen beider Seiten *zusammen rund* 30 000 Waffensysteme von Wichtigkeit zugeführt – zu 19 Prozent denen des Westens und zu 81 Prozent denen des Ostens. Damit hat sich das Rüstungsniveau in Mitteleuropa fast *um die Hälfte* des vorherigen Standes erhöht, wobei der Anteil der Vereinigten Staaten an dieser Steigerungsquote lediglich 7 Prozent, der Anteil der Sowjetunion aber 46 *Prozent ist*. Das beweist, daß nicht die Amerikaner, sondern die Sowjets für das „Rüstungswettrennen" Verantwortung tragen.

Gemessen an der Gesamtzahl der Waffen, die in den Streitkräften auf mitteleuropäischem Gebiet stekken, übertraf der Osten den Westen im Jahre 1965 erst um 50 Prozent, er überragte ihn 1980 schon um 100 Prozent. Die Relation des Rüstungsanstiegs zwischen West und Ost beträgt während des genannten Zeitabschnittes 1 zu 4,4, wobei die geschilderte Entwicklung vornehmlich in der Zeit von 1970 bis 1980 geschah – wohl nicht zufällig in einer Epoche west-östlicher Verhandlungen.

Einen qualitativen Ausgleich der quantitativen Verschiebungen in der Balance der Kräfte, die bei allen wesentlichen Kampfmitteln *zu westlichem Nachteil* und östlichem Vorteil erfolgte, darf der Westen überdies nicht weiterhin konstatieren, da der Osten auch technisch aufzuholen vermochte.

Aus alledem läßt sich freilich nicht der Schluß ziehen, daß die östliche Rüstung bezwecke, eine westliche Niederlage im Kriege zu erfechten; eher hegt der Osten die Hoffnung, den Sieg über den Westen im Frieden zu erreichen. Die Demonstration konventioneller und atomarer Macht soll zeigen, was passieren könnte, damit es wunschgemäß wirkt, ohne daß es passieren müßte.

Zwei Erkenntnisse

Wie aber würde ein Kampf ohne Kernwaffen in unserem Lande aussehen? Niemand weiß das genau. *Immerhin* dürfen folgende Erkenntnisse als Gewißheit in Rechnung gestellt werden:

Erstens: Der Angreifer würde anstreben, die Front auf dem Boden zu *durchbrechen und den Gürtel* der Luftabwehr zu zerreißen, um in knapper Frist zu seinen Zielen zu gelangen. Er würde die Verteidigung gleichzeitig mit massiver Wucht vorne wie hinten treffen, da es *ihm darauf* ankommt, seiner Offensive den Weg zu bahnen und die Defensive gegen ihren personellen Ersatz und materiellen Nachschub abzuriegeln.

Zweitens: Angreifer und Verteidiger würden immense Mengen an Granaten, Raketen und Bomben gegeneinander schicken, da der eine für seine Bewegung Breschen braucht, der andere mit seinem *Feuer Lücken schließt. Beide* würden wohl die Möglichkeiten der Technik nutzen, die nicht auf verwüstende Flächenbombardements im Stil der vierziger Jahren hinauslaufen, sondern treffgenaue Punkt*zielbekämpfung* erlauben.

Die Drohung mit seinen konventionellen Fähigkeiten vor dem Schritt zu atomaren Vernichtung, die der Osten für seine Strategie der *Einschüchterung einsetzt*, treibt den Westen zur Erweiterung und Ergänzung seiner Strategie der Abschreckung. Die NATO bedarf daher – angesichts der Vorrüstung des Gegners – nicht nur der atomaren, sondern auch der konventionellen Nachrüstung. So wird ein Problem sichtbar, das auf Lösung harrt. Aber wie?

„Die konventionellen Kräfteverhältnisse in Europa 1965–1980" Uwe Nerlich (Hrsg.) unter Mitwirkung von Falk Bomdorf „Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kräfteverhältnisse" (1983)

Morgen lesen Sie: Die Ausdehnung der Verteidigung in den gegnerischen Raum.

Vergleich des Kräfteverhältnisses Warschauer Pakt – NATO

Waffensystem	Kräfteverhältnis 1965	Kräfteverhältnis 1980
Panzer	2,3:1	2,7:1
Schützenpanzer-Mannschaftstransportwagen	1,1:1	1,7:1
Panzerabwehrkanonen	0,8:1	2,6:1
Panzerabwehrlenkflugkörper	0,6:1	1,9:1
Artillerie	1,2:1	2,6:1
Mehrfachraketenwerfer	NATO keine	7,1:1
taktische Luftstreitkräfte	1,6:1	1,9:1
Kampfhubschrauber	keine	1,2:1
Fla-Kanonen	4,8:1	2,7:1
Fla-Flugkörper	0,6:1	1,5:1
insgesamt	1,5:1	2,0:1

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Eindrucksvolles Zeugnis

„Für den Frieden – ohne Ila Halstuch": WELT vom 5. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,
selten habe ich ein solch eindrucksvolles Zeugnis und solch klassische Argumentation über Frieden und Abrüstung gelesen wie im obigen Artikel. Die Gedanken von M. Walden verdienen m. E. weiteste Verbreitung. Der Verlag sollte Sonderdrucke herstellen und z. B. an alle evangelischen Kirchengemeinden verschicken.

Es tritt sonst leicht der Fall ein – wie so oft –, daß gerade diejenigen, die es in besonderer Weise angeht, es gar nicht zu Gesicht bekommen.

Wahrlich: Der Frieden ist eine zu ernste Sache, um ihn den Pazifisten und den linken Demagogen zu *überlassen;* ob sie *tatsächlich* nichts aus der Geschichte lernen, wohin es führt, wenn eine rechtsstaatliche Demokratie durch ständiges Bekämpfen und lauthalses und zerstörerisches Demonstrieren *angeschlagen wird? Vor 50 Jahren* hat auch die „Straße" die Macht übernommen! Genügt das den selbsterwählten „Friedensaposteln" denn immer noch nicht?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Wübbena,
Leer / Ostfriesland

*

Sehr verehrter Herr Walden,
mit großer Freude sehe ich immer wieder auf Ihre vielen guten Beiträge zu aktuellen, notvollen oder zukunftssicheren Themen in unserer Gesellschaft. Oft habe ich mich schon geärgert, daß die demagogischen Methoden der Massenpsychose heute immer noch unverhohlen von den verschiedensten Interessen angewendet werden können und breiteste, sogar „frömmelnde" Unterstützung aus geistlichen Ämtern finden. Gerade die evangelische Kirche müßte doch die verbrannten Finger aus der NS-Zeit noch spüren.

Ihr Aufsatz zur Friedensbewegung scheint mir zu stark von Ihrer Liebe zu unserer Gesellschaft beherrscht, so daß die dringenden Mahnungen zu milde vorgetragen sind. Sicherlich kann man gute Gesellschaftspolitik nicht mit Drohungen oder mit Zwang betreiben, sondern nur mit positiven Anreizen und vorbildlichem Handeln. Doch diese Praktiken sind nur bei innerem und äußerem Frieden alleingültige Mittel. Inneren Frieden haben wir leider nicht. Die Realität der äußerlichen Bedrohung ist unserer Gesellschaft durch den derzeit *angefachten* inneren Unfrieden nicht erkennbar. Innerer Frieden besteht in unserem Lande nicht, weil uns die „Friedensbewegung" mit dem sogenannten „heißen Herbst" massiv bedroht.

Klaus-Reiner Latk,
Uhldingen

*

Ich habe neun Jahre als Interviewerin gearbeitet und kam bei meinen Zufallsadressen mit einer Umfrage über Atom-Bewaffnung zu einem Herrn, der sich am Schluß des Interviews als Atomphysiker entpuppte. Er hat mir damals schon gesagt, was Herr Walden bestätigt und einem denkenden Menschen eigentlich einleuchten müßte: Ohne Atomwaffen hätten wir schon längst wieder Krieg. Aber was wollen die Initiatoren eines Atomkrieges nachher mit einer verbrannten Erde anfangen? Sie könnten wohl kaum den Rest ihres Lebens in ihren Atom-Bunkern, die sie bestimmt haben, verbringen!

Mit freundlichem Gruß
Charlotte Kallinich,
Lübbecke

Kein Vertrauen

„Es wird eingesammelt": WELT vom 30. Juni

Mit Recht stellt der Verfasser am Schluß seiner Ausführungen die Frage, ob es nicht besser wäre, die Altersvorsorge selbst zu betreiben.

Leider wird diese Frage fragwürdig, sobald man in der gleichen Ausgabe die Darstellung „Rentensanierung trifft Frauen" gelesen hat. Dort heißt es, daß geplant sei (vorletzter Absatz), dem hinterbliebenen Gatten 60 Prozent aus der Rente des Gatten zu zahlen, auf die andere Einkommen zum Teil angerechnet würden. Solche „andere" Einkommen wären doch z. B. jene aus eigener Vorsorge; denn es kann schließlich nur ein gegebener Besitzstand sein, der verschwommen angesprochen wird. Nachdem die Altersversicherung voll von Verstößen gegen den Versicherungsgrundsatz ist, wie Herr Gillies schreibt, nähme das nicht wunder.

Hatte nicht Herr Ehrenberg den Begriff der „Grundrente" ins Gespräch gebracht, womit vermutlich die Einheitsrente eingeläutet werden sollte?

Wenn heute so oft betont wird, daß die Rente beitragsbezogen bleiben soll, und wenn heute wie früher so oft gesagt wird, daß die Renten gesichert seien, so wirken diese Wiederholungen weniger beruhigend als verdächtig. Glaubwürdigkeit und Vertrauen werden nach Lage der Dinge in diesem Bereich kaum noch zu gewinnen sein.

Folgerichtiges Denken hilft einfach nicht mehr.

Hans Heinze,
Stuttgart

Patentrezept

Trotz der von sicher niemand mehr zu leugnenden „Wende", besonders in der Wirtschaftspolitik, wird es für jedermann immer deutlicher, daß die Arbeitslosigkeit nicht im Handstreich mit ein paar Prozenten Wachstum beseitigt wird.

Desto lauter wird dann allerdings der Ruf nach neuen Wegen. Und unter den Patentrezepten rangiert die Arbeitszeitverkürzung an erster Stelle.

Daß sie kein Allheilmittel ist, sondern mit großer Skepsis zu betrachten ist, hat sich in Frankreich erwiesen. Dort wurde vor gut 18 Monaten die Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden verkürzt, also um 2,5 Prozent. Geht man einmal von 20 Millionen Erwerbstätigen aus, wurde somit die Arbeit von 500 000 *Franzosen gestrichen*. Also 500 000 neue Arbeitsplätze?

Beim Nachzählen fand jetzt das Nationale Institut für Statistik heraus, daß durch die Maßnahme ganze 15 000 bis max. 30 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dafür stieg die Zahl der Konkurse gegenüber dem Vorjahr (Vergleichszeit) dramatisch, die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs ist beklagenswert, die Ertragslage der Unternehmen (es wurde Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung gewährt) schlecht. Was zeigt, daß Arbeitszeitverkürzung alles andere als jener pfeilgerade Weg zu besserer Beschäftigung ist, als der sie – rein mathematisch – erscheint.

Axel Häberle,
Sigmaringendorf

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

EHRUNGEN

Werner Kroll, seit langen Jahren Chef des „dpa"-Büros in Argentinien, erhielt aus der Hand von Botschafter **Paul Verbeek** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, das Bundespräsident **Karl Carstens** ihm verliehen hatte. Kroll hat für die dpa auch das Anden-Büro in Lima aufgebaut. In den dreißiger Jahren war die Familie vor der NS-Herrschaft nach Südamerika geflüchtet. Ende des Monats tritt Werner Kroll in den *Ruhestand. Sein Nachfolger in* Buenos Aires wird **Hans Hofmann**.

Ilse Werner, Deutschlands berühmteste Frau mit Pfiff, erhielt aus der Hand von Innenminister Dr. **Fritz Zimmermann** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. *Einer ihrer erfolgreichsten Ufa-Filme*, „Wir machen Musik", wird das ZDF am 2. August senden. „Ich bin halt so drin", sagt heute die 62jährige, die inzwischen als Rundfunkmoderatorin Karriere *macht. Auch ihre Talkshow im* Kölner Senftöpfchen erfreut sich großer Popularität. Ihre Memoiren „So wird's nie wieder", im Hestia-Verlag haben inzwischen eine Auflage von mehr als 40 000 Exemplaren erreicht.

GESTORBEN

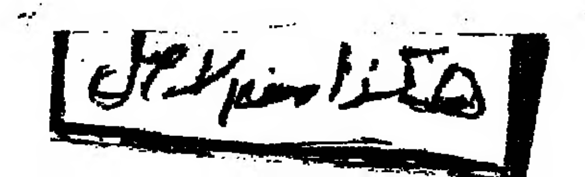
Professor Dr. **Joachim Kühnau**, Begründer der wissenschaftlichen Ernährungsforschung in *Deutschland, starb im Alter von 82* Jahren in Hamburg.

VERANSTALTUNG





„Ich hoffe, daß die Eiswürfel im Cocktailglas aus der Antarktis stammen. Da ist das Wasser noch garantiert sauber", so Gastgeber Staatsminister Dr. **Alois Mertes**. Die Godesburg bediente sich im Kreise von Antarktis-Fachleuten dennoch nur ihrer normalen Quellen. Dr. Mertes aber hatte in einem Punkt keinen Zweifel: Die Bonner Antarktis-Konferenz, deren Teilnehmer er um sich scharte, *zeichnet* sich schon jetzt durch ein ungewöhnliches Klima aus. Die Beratungen über den letzten unentdeckten Kontinent sind unpolemisch. Die 14 teilnehmenden Staaten verzichten auf den sonst üblichen Ost-West- und Nord-Süd-Gegensatz. Von links: der US-Delegierte **Tucker Scully**, der deutsche Konferenzchef Botschafter **Ernst Jung**, **Alois Mertes** und Sowjetgesandter **Wladislaw Terechow**. FOTOS: KEIL



England: Ein Pädagogenreport kritisiert die populärsten TV-Sendungen

Mit dem Rotstift an Zuschauer-Hits

Viele Schulkinder verbringen mehr Zeit vor dem Fernseher als im Klassenzimmer. Grund genug, diese Methode der Weltvermittlung einmal auf ihren pädagogischen Nutzwert zu untersuchen. Den Auftrag dazu erteilte Englands *Ministerium für Bildung* und Wissenschaft den Pädagogen. Genauer: 15 Lehrern aus Stadt- und Landgemeinden aller Regionen, die fünf Wochen lang die Wirkung von Fernsehsendungen mit den höchsten Einschaltquoten auf Kinder erforschen sollten.

Der Pädagogenreport hat bei der öffentlich-rechtlichen BBC ebenso wie bei den kommerziellen Anstalten einige Verlegenheit ausgelöst. Denn beide bekamen schlechte Noten. Ausgerechnet bei ihren Publikumsrennern wüteten die Erzieher mit dem Rotstift. Als Paradebeispiel für eine schiefe Tele-Welt hob der Report die in England von der BBC angekaufte US-Serie „Dallas" heraus, die immerhin jedes siebte Kind im Alter von acht bis 15 Jahren sieht. Ihr wurde als besondere Spielart der Gewalttätigkeit die „Gewalt der Gefühle" angelastet, „wobei Menschen und ihre Gefühle im Streben nach Reichtum und Macht rücksichtslos manipuliert werden. Das Tempo ist rasant, die Produktion wie geschmiert. Die Ereignisse jagen einander derart, daß alles menschliche Erleben wegen der oberflächlichen Darstellung verzerrt und trivialisiert wird." Nervenkitzel und Schock seien der Motor dieser Serie, die dazu noch die Frau auf eine herabwürdigende Weise zeige: „Frauen können Männer nur mit ihrem Sex-Appeal manipulieren. Ansonsten sind sie nichts als makelloser Zierat, wundervoll angezogen und stets dekorativ."

Auch die bei uns im Ersten Programm laufende englische Serie „Der Aufpasser" erreichte das Klassenziel nicht. Jeder fünfte Jugendliche im Alter von zwölf bis 15 Jahren läßt sich in England diese leichtgeschürzte Krimiserie nicht entgehen. Die Lehrer sehen „Gefahren in der Romantisierung der Welt der kleinen Gauner und der Ausstattung der Charaktere mit positiven Werten".

In ersten Entgegnungen schoben die TV-Gesellschaften den Schwarzen Peter den Eltern zu. Ein Sprecher der kommerziellen Fernseh-Aufsichtsbehörde IBA: „Zwischen 18 und 21 Uhr zielen unsere Sendungen auf die ganze Familie, so daß Kinder unbedenklich auch allein vor dem Fernseher sitzen können. Nach 21 Uhr haben unserer Ansicht nach die Eltern die Verantwortung dafür, was Kinder sehen dürfen."

Bleibt zu fragen, ob dieser Standpunkt realistisch ist – angesichts des riesigen Erfolges dieser Serie, der man im Sommer eine neue folgen läßt, bei der man mit 15 Millionen Zuschauern rechnet – pro Episode.

Kinder haben dem Report zufolge das Nachsehen, wenn das Fernsehen mit Massenunterhaltung die Welt unrealistisch verflacht. Das geschehe insbesondere durch Aussparen ganzer sozialer Gruppen wie alter Menschen, ethnischer Minderheiten, Körperbehinderter und Frauen. „Indem diese Gruppen zu kurz kommen, gibt das Fernsehen nicht nur eine verzerrte Darstellung unserer Gesellschaft. Es läßt sich auch Gelegenheiten zu einer reicheren, vielseitigeren Darstellung menschlicher Erfahrungen entgehen."

Die Trivialisierung des Lebens, wie die Pädagogen sie bei der Mehrzahl der zur Benotung ausgewählten Unterhaltungssendungen feststellten, muß allerdings in Relation dazu gesehen werden, daß der Altersgruppe der fünf- bis 14jährigen im Wochendurchschnitt 23 Stunden Tele-Welt vermittelt werden.

Bei Gesprächen mit TV-Produzenten gewannen die Erzieher zwei bezeichnende Einsichten: „Es wurde dabei deutlich, daß bei ihnen so gut wie keine Übereinstimmung über die erzieherischen Folgen und Möglichkeiten des Fernsehens bestand. Die Produzenten unterstellten immer gleich, daß jede Diskussion über erzieherische Konsequenzen von Programmen ein Versuch war, ihnen mehr Didaktik bei ihren Produktionen abzuverlangen."

Der Report „Populäres Fernsehen und Schulkinder" hat jedoch, so unbequem es für die Fernsehanstalten ist, Anstöße zu Überlegungen geliefert. Die Lehrer kritisierten nicht nur, sie warteten auch mit dem konstruktiven Vorschlag auf, das Fernsehprogramm zum Lehrgegenstand an Schulen zu machen: „Kinder brauchen Gelegenheit, über Fernsehprogramme zu sprechen, besonders jene, die dazu in ihrem Elternhaus keine Gelegenheit haben. Wir hoffen, Diskussionen zwischen Kindern, Lehrern, Eltern und Fernsehproduzenten ins Leben zu rufen."

SIEGFRIED HELM

KRITIK

Die Dame ist durchaus fürs Feuer

Da brauchte der Blacky nicht lange herumzutappen. Die Verlegerin Aenne Burda wußte eben, daß sie nicht allein deshalb zu **„Heut' abend"** (ARD) geladen war, um vor der Kamera die kaum glaubliche Jugendlichkeit und Vitalität eines 73jährigen Energiebündels vorzustellen und sich in ihrer unaufdringlichen Eleganz als höchstkarätiges Aushängeschild ihres Mode-Pressereichs zu erweisen. Sie wußte vielmehr, daß die Zuschauer von dieser feurigen Einmaligkeit, an deren Wesen nicht einmal Fuchsbergers bemühte Superkomplimente heranreichten, ein Stück Lebensgeschichte und ein Selbstporträt der Aenne Burda von heute erwarteten. So mochte sie wohl die „Leser" der elektronischen Illustrierten ebensowenig enttäuschen wie die ihrer bunten Frauenhefte.

Also belohnte sie auch sachteste Anstöße ihres Fragepartners mit einem köstlich-packenden Abriß ihres arbeits- und wundersamen Lebens, ja, sie ließ sogar einen Blick in ihre tieferen Schichten tun, bis hin zur Todeserwartung – und blieb bei alldem unsentimental fidel. Ein „ewiges Feuer" sei in ihr, sagt sie, das „besonders brennt, wenn was Aktives vorgeht".

Davon war selbst der allbeliebte Talkmaster mit dem Standardlächeln so hingerissen, daß er die Koketterien vergaß, mit denen er in letzter Zeit so ausgiebig zu prunken pflegt, virtuos, oft aber peinlich vom Gast zu seiner eigenen Person überschwenkend. Freilich boten sich bei Aenne Burda auch so ganz und gar keine Berührungspunkte, und selbst ein geübter Blacky tat sich hier schwer, solche an den Haaren herbeizuzerren.

Durchaus aber könnte sich der (nicht ohne Grund) populäre Show-Mann einmal überlegen, ob die Gepflogenheit des Duzens wirklich bei (so gut wie) jedem Gast angebracht ist. Ob dies nicht bei etlichen Zuschauern den Anschein falscher Vertraulichkeit erwecken mag. Ob hier nicht eine kleine überflüssige Barriere zwischen Talkmaster und Publikum errichtet wird.

HERMANN A. GRIESSER

ARD



III.

ARD/ZDF VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Jede Menge Kohle
TV-Spiel
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 *Tagesschau*

ARD

15.30 Unsere kleine Farm
16.10 Tagesschau
16.15 Ungewöhnlich leben
4. Folge: ....versetzt noch Obervolta
17.00 Matt und Jenny
2. Folge: Die Prüfung
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Wie Carola einem Tintenfisch begegnete
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Die Fernsehdiskussion
„Grundsätze in der Deutschlandpolitik" – Mit Franz Josef Strauß und den Journalisten Erich Böhme („Spiegel"), Herbert Kremp (WELT) und Ernst Dieter Lueg (ARD)
21.00 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner von Henry Slosar
22.00 Souvenirs, Souvenirs
Show-Ausschnitte aus den frühen 60er Jahren ausgesucht von Chris Howland
22.30 Tagesthemen
23.00 Zum Tode von Werner Egk:
Faust-Geschichten
Werner Egk und sein *Musiktheater* Film von Klaus Voswinckel (Wh. v. '81)
23.45 La tentation de Saint Antoine
(Die Versuchung des heiligen Antonius)
Von Werner Egk
Mit Janet Baker, dem Köckert-Quartett und Mitgliedern des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks
Musikalische Leitung: Werner Egk
Sprecher: Hans Putz
00.20 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Pinocchio
15.45 Wir haben Spaß
Wiederholung von vier Folgen
Der Eierkuchenwettbewerb
16.30 Ferienkalender
Anke und Benny mit Band
17.00 Einführung in das Strafverfahrensrecht
12. Außer Spesen was gewesen – Bußgeldverfahren
Als Herr Kunze aus seinem Urlaub nach Hause kommt, findet er in seiner Post einen Strafgeldbescheid aus Stuttgart wegen zu schnellen Fahrens. Es gibt gleich zwei gute Gründe, daß er damit zum Anwalt geht: Zum einen kann sich Kunze keinen weiteren Punkt in Flensburg leisten, und im übri*gen war er damals nicht allein in* Stuttgart.
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Ambros-Seelos-Band
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Patienten gibt's
78 ist kein Alter
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Zeig' was Du kannst
Komödie von Neil Simon
21.00 heute-journal
21.20 Weißwürste am Äquator
Bericht von Dieter Großherr und Klaus Kelmer
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Melzer
Buch und Regie: Heinz Bütler
23.30 Unsere Nachbarn, die Briten
Die Lust an der Niederlage
Von Henry Livings und Bruce Mac Donald
0.00 heute



Klaus Schwarzkopf (l.) und Günther Ungeheuer in der Episode „Ein Toter meldet sich zu Wort" aus der Reihe „Die Krimistunde", um 21.00 Uhr in der ARD. FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer
4teiliges Spiel mit der Augsburger *Puppenbühne*
1. Teil: Von Lummerland nach China
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer (1)
19.00 Sie machten Steine aus gebrannter Erde (1)
Eine Geschichte der norddeutschen Backsteinarchitektur
19.15 Sprache als Hoffnung
Leben zwischen zwei Kulturen

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Der Seeräuber
Amerikan. Spielfilm (1942)
Mit Tyrone Power, Maureen O'Hara, Laird Cregar u. a.
Regie: Henry King
21.35 Die Rätsel des Hieronymus Bosch
Dokumentation von Nicholaus Baum und Anne James
Eigenwilliger Versuch, die geheimnisvollen, alptraumhaften Werke des niederländischen Malers neu zu deuten.
22.50 Arbeit im Krieg
Rüstungsproduktion und Widerstand bei Rheinmetall-Borsig
23.50 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Hoffnung für Anna
Fernsehspiel aus der „DDR" von Ursula Feske
Regie: Vera Loebner
20.40 zu Gast
Die Zeit vergeht, die Bilder bleiben
21.25 Sport unter der Lupe
22.10 Abschied von Tewjes Welt
Jiddisch – Abenteuer einer Kultur

BAYERN
18.15 Aerobic-Dance (14)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Meine dicke Freundin
Komödie von Charles Laurence
Mit Johanna Liebeneiner, Wolfgang Kieling u. a.
Regie: Gig Malzacher
20.35 Kunsthandwerk in Bulgarien
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Aenne Burda
21.45 Sperrfrist
Programm nach Ansage
22.50 Dallas
Entscheidung
23.15 Rundschau

RADSPORT / Die 70. Tour de France hat ihren ersten Skandal – drei Fahrer des Dopings überführt

Erwischter Zoetemelk wollte aufhören, aber seine Frau überredete ihn: „Was bist du ohne Fahrrad?"

sid/SAD/DW. **Fleurance**

Die Tour de France, zum 70. Mal seit 1903 ausgetragen, hat ihren Skandal. *Während der Pressekonferenz* im Anschluß an die elfte Etappe von Luchon nach Fleurance wurde bekannt, daß drei Fahrer der Einnahme unerlaubter Medikamente überführt wurden. Dabei ist auch Joop Zoetemelk. Der 37 Jahre alte Holländer, 1980 Gewinner der Frankreich-Rundfahrt und insgesamt sechsmal Zweiter, wurde nach dem 100-Kilometer-Mannschaftszeitfahren am zweiten Tag zur medizinischen Kontrolle gebeten. Dieses bei den Fahrern recht unbeliebte Rennen hatte die Zoetemelk-Mannschaft überraschend gewonnen und mit Louis Gauthier auch kurzfristig den neuen Spitzenreiter gestellt.

Außer bei Zoetemelk war die Analyse bei den beiden Franzosen Pierre Bazzo (3. Etappe) und Jean-François Rodriguez (7. Etappe) positiv. Die drei wurden mit den obligatorischen 1000 Schweizer Franken, einem Monat Sperre auf Bewährung sowie der Rückversetzung auf den letzten Platz im Tagesklassement bestraft.

Der in Frankreich lebende Zoetemelk wurde bereits zum dritten Mal – bei 13 Tour-Starts – des *Dopings überführt. 1977 war er nach* der Bergetappe zwischen Morzine und Avoriaz aufgefallen, 1979 auf dem letzten Teilstück zu den Champs Elysées in Paris. Zoetemelk selbst gab bekannt, daß er das Medikament „Nadrolon", ein anaboles Stereoid, eingenommen habe. „Nadrolon nehme ich jedes Jahr in der Vorbereitungsphase. Es ist schade, daß ich wegen eines solch unbedeutenden Medikaments aufgefallen bin. Ich wollte hier gewinnen, jetzt ist alles vorbei. Eigentlich wollte ich nach dem Bekanntwerden der positiven Analyse aussteigen, aber meine Frau Françoise und der Präsident des holländischen Radsportverbandes haben mich überredet, weiterzufahren."

Da beginnt die Heuchelei und das Melodrama. Françoise Zoetemelk *hat nach* Bekanntwerden des neuesten Dopingfalls zu ihrem Mann gesagt: „Joopie, du mußt weiterfahren, denn was bist du ohne Fahrrad." So wird denn der Dopingfall zum Kavaliersdelikt. Die französische Presse widmet dem Fall Zoetemelk entsprechend we*nig Raum. Die Nachricht läuft eher* unter dem Stichwort: Was sonst noch geschah? Die Zeitung „Le Parisien" – Mitveranstalter der Tour de France – mit täglich zehn Seiten Sport brachte die Meldung über den gedopten Tour-Sieger von 1980 überhaupt nicht. Der „France Soir" wiederum fließt in seiner Analyse über vor Mitleid um den armen Joop Zoetemelk. Im Text wird das Wort Doping sogar in Anführungsstrichen geschrieben. Wörtlich: Joop Zoetemelk ist schon von Natur aus keine Frohnatur. Nun stellen Sie ihn sich mal gestern vor, als die Nachricht des Dopingfalls offiziell bekanntwurde. Lang ausgestreckt auf seinem Hotelbett, nur in Slip und Unterhemd, sah Joop aus wie ein junger Hund, den man bei einer Dummheit erwischt hatte.

Zoetemelk ist jetzt 37 Jahre alt, und er kämpft um die Fortsetzung seiner Kariere. Vor der Tour sagte er: „Ich kann in jedem Hotelbett schlafen, nur nicht in meinem eigenen."

Mediziner: Da wird Wahnsinn zur Methode

K. Bl. **Bonn**

Es war bei der Tour de France 1980, auf der Straße nach Prapoutel. Vor uns strampelte ein Spanier dem Hauptfeld hinterher. Auf einmal griff er in die Trikottasche und warf ein handtellergroßes Päckchen weg. Wir stoppten das Auto, hoben das Päckchen auf und wikkelten es aus. Es enthielt ein rotes Bonbon von jener Art, wie sie früher in der gußeisernen Pfanne selber gemacht wurden. In Grenoble ließen wir es von einem Apotheker analysieren: Es enthielt Heroin.



Wurde schon zum dritten Mal erwischt: Joop Zoetemelk. FOTO: AP

Das war 1980. Dieser Tage stellte der belgische Radsport-Verband fest, daß der Griff zum Dopingmittel mittlerweile wie eine Seuche grassiere, daß das Schlucken und Spritzen härterer Drogen beängstigend zunehme. Beim deutschen Eintagsrennen „Rund um den Henninger Turm" wurde der Holländer Adrie van der Poel erwischt. Er hatte gewonnen und mußte prompt zur Dopingkontrolle. Als Professor Manfred Donike – vor 20 Jahren selbst Radprofi – in Köln die Gegenanalyse durchführte, übrigens unter Beobachtung eines holländischen Kollegen, förderten *sie Strychnin zutage. Das ist die* Dopingszene 1983.

Donike sagte dazu: „Die therapeutische Breite dieses Mittels ist sehr gering." Mit anderen Worten: Es ist dem Gift sehr nahe, schließlich werden damit Ratten bekämpft. Bei der Tour de France wurde jetzt der Holländer Joop *Zoetemelk, einer der großen Favo*riten, des Dopingmißbrauchs überführt. Er benutzte anabole Stereoide. Die Ärzte warnen wegen der *Krebsgefahr vor diesen Mitteln.*

Als die Tour 1979 zu Ende war, sagte einer der begleitenden Ärzte, wenn man die Dopinganalysen der ersten 14 veröffentlicht hätte, hätte niemand mehr einen Pfennig für den Profisport gegeben. Die Listen blieben unter Verschluß. Bei der Deutschland-Tour 1981 gab es insgesamt 16 positive Dopingfälle, es erfolgte nur eine einzige Sanktion. Der Münchner Sportarzt Wolfgang Pförringer sagte: „Der nicht gedopte Athlet wird bald der Vergangenheit angehören. Auf der anderen Seite findet der Sportarzt, der es ablehnt, Doping-Pharmaka zu verabreichen, bald keinen Platz mehr im Leistungssport. Der Wahnsinn bekommt Methode."

Cortisone sind immer noch überaus beliebt, denn sie erhöhen den Blutzuckerspiegel, und mit Zucker im Blut hält der Radprofi die Strapazen besser aus. Die Nebenwirkungen reichen von Depressionen bis zum möglichen Magendurchbruch. Die eventuelle Impotenz läßt sich wieder mit anderen Medikamenten bekämpfen. Man muß schon etwas wagen, um zu gewinnen.

Anabolika, Cortisone, Amphetamine (Aufputschmittel), Strychnin, Heroin – das ist die aktuelle Dopingskala.

STANDPUNKT

Streiflichter einer Szene

Was wollen Sie eigentlich? Daheim in Andalusien warten Vater, Mutter, Ehefrau und sechs Kinder auf das, was der arme Hund beim Radrennen verdient. Außer Radfahren hat er nichts gelernt. Und dann reden sie vom Doping." Bernard Thevenet, der französische Tour-Sieger, hat das einmal gesagt. „Wenn die Polizei in Belgien durchgreifen würde, kämen fast alle Dopingsünder auf die Rauschgiftliste. Sie würden wie alle anderen auch, die dieses Zeug besitzen, weiterveräußern und nehmen, wie Kriminelle behandelt." Das sagte ein Arzt aus dem flämischen Beveren.

Streiflichter einer Szene, die unter der Rubrik „Sport" firmiert. Außer seinen Millionen habe er nun wirklich nichts vom Leben gehabt, sagte ein holländischer Journalist, als er vom *neuen* Dopingfall seines Landsmannes Joop Zoetemelk hörte.

Kindereien nennen die Rad-Profis die Mord- und Totschlagsszene Profi-Boxen. Der blanke Zynismus? Von wegen. Was hat es im Radsport nicht alles schon gegeben: Da ging der frühere belgische Weltmeister Eric de Vlaeminck mit dem Schrotgewehr auf seine beiden Kinder los und bedrohte seinen Vater mit dem Stilett. Er war voll jenes süßen *Giftes,* mit dem ihm sein schwerer Beruf von Tag zu Tag leichter erschien. Da verbreitete der Bruder des früheren Weltmeisters Freddy Maertens, er würde keine Zahlungen mehr für ihn leisten, weil Freddys Handlungsweise unkontrollierbar geworden sei.

„Ritter der Landstraße", „Giganten", nennt man sie. Und alle spielen mit: die Journalisten, die Veranstalter, die Teamchefs, die Ärzte, selbstverständlich auch die, wenn das Honorar stimmt. Denn alljährlich braucht die Tour ihren Skandal, damit sich ihre Macher die Hände in Unschuld waschen können.

Das hat Tradition. Am Anfang haben sie sich gegenseitig gleich *pures Gift in die Suppe gerührt* – des Sports wegen. Das ist der eigentliche Skandal.

KLAUS BLUME

SPORT-NACHRICHTEN

Petra Keppler nominiert

Hannover (sid) – Als vierte Spielerin hat der Deutsche Tennis-Verband (DTB) die 18 Jahre alte Augsburgerin Petra Keppler für den Federationcup (18.–24. Juli) in Zürich nominiert. Außerdem stehen noch Bettina Bunge, Claudia Kohde und Eva Pfaff im Aufgebot.

Großverdienerin

Düsseldorf (sid) – Der amerikanische Tennis-Star Martina Navratilova hat in diesem Jahr bereits 1 210 000 Mark an Preisgeldern gewonnen. Das ist fast doppelt soviel wie die an Nummer zwei geführte Chris Evert-Lloyd (USA). Die Münchnerin Sylvia Hanika kassierte bislang 272 000 Mark, Bettina Bunge 227 000 Mark, Eva Pfaff 141 000 Mark und Claudia Kohde 136 000 Mark.

Keser bleibt Türke

Dortmund (dpa) – Borussia Dortmund kann den Koreaner Bum Kun Cha von Eintracht Frankfurt nicht verpflichten. Der Wechsel platzte, weil der Türke Erdal Keser nicht die deutsche Staatsbürgerschaft an*nehmen will.* Bei einem Fußball-Bundesligaklub dürfen nur zwei Spieler aus Nicht-EG-Ländern unter Vertrag stehen. Mit Keser und dem Rumänen Raducanu hat Dortmund dieses Kontingent erschöpft.

Varenkamp auf Platz vier

Snowmass (sid) – Die Straßen-Radrennfahrerin Ines Varenkamp kam bei einem Rennen in Snow*mass (Colorado) mit 19 Sekunden* Rückstand als Vierte ins Ziel. Im Gesamtklassement des Etappenrennens „Coors-Classic" konnte sie ihren vierten Platz behaupten.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Göttingen – Bremen 0:3 (0:0), Gruol/Württ. – Darmstadt 1:5 (1:4), Johannes Nürnberg – 1. FC Nürnberg 0:6 (0:2), Glehn – Düsseldorf 1:9 (1:3), Wiggensbach/Bay. – Frankfurt 0:8 (0:3).

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Brookline/ US-Bundesstaat Massachusetts, Herren-Einzel, erste Runde: Keretic (Deutschland) – Ganzabal (Argentinien) 7:6, 7:6, Murphy (USA) – Westphal (Deutschland) 6:3, 6:1, Solomon (USA) – Tulasne (Frankreich) 6:0, 6:4.

Damen-Grand-Prix-Turnier in Freiburg, erste Runde: Graf (Deutschland) – Brasher (England) 6:3, 7:6, Schropp (Deutschland) – Herreman (Frankreich) 6:0, 7:5, Betzner (Deutschland) – Brzakova (CSSR) 6:2, 2:6, 7:6, Sasak (Jugoslawien) – Keppeler (Deutschland) 6:2, 6:2, Pinterova (Ungarn) – Lütten (Deutschland) 6:2, 1:6, 6:4. – **Doppel, erste Runde:** Bunge/Pfaff (Deutschland) – Guisani/Herreman (Argentinien/Frankreich) 6:4, 6:2, Arraya/Vasquez (Peru) – Betzner/Kohde (Deutschland) 6:1, 5:7, 7:6.

Turnier in Stuttgart-Weissenhof, erste Runde, Herren-Einzel: Smid (CSSR) – Jelen (Deutschland) 4:6, 7:6, 6:2, Fibak (Polen) – Pfister (USA) 6:4, 6:2. – **Doppel,** erste Runde: NcNamee/Lewis (Australien/Neuseeland) – Alexander/Fitzgerald (Australien) 3:6, 6:3, 7:6, Maurer/Popp (Deutschland) – Hocevar/Kubarsky (Brasilien/Ungarn) 7:6, 3:6, 6:4.

FUSSBALL

Sparwelle ausgebrochen

sid, **Düsseldorf**

Die Sparwelle der Fußball-Bundesliga hat auch vor dem Spielermarkt nicht haltgemacht. Nach dem Einfrieren der Eintrittspreise, den Kürzungen der Spielergehälter und Vereinsetats wird vom Transfermarkt eine Trendwende gemeldet. Vor der Saison 1983/84 investierten die 18 Vereine der Bundesliga 15,5 Millionen Mark für neue Spieler. Zum gleichen Zeitpunkt der vier Vorjahre wurde jeweils die 20-Millionen-Grenze in Angriff genommen. Mit dem Minus von fast 25 Prozent erreichen die Transferaktivitäten der Bundesliga das Niveau von 1978. Sorgen macht allerdings, daß das Transferkonto nicht ausgeglichen ist: Den Ausgaben von 15,5 Millionen Mark stehen nur Einnahmen von 8,9 Millionen Mark gegenüber.

Die Rekordsumme der neuen Spielzeit überweist Bayern München mit 1,8 Millionen Mark für den Dänen Sören Lerby an Ajax *Amsterdam.* Mit dem Schweden Dan Corneliusson, den die Stuttgarter für 1,4 Millionen von IFK Göteborg holten, und Dieter Schatzschneider, dessen Dienste sich der Hamburger SV für 1,2 Millionen bereits vor einem Jahr von Hannover 96 zusichern ließ, kosten nur drei Spieler mehr als eine Million Mark. Prominenteste Wechsel sind die Schalker Wuttke (zum *HSV für 950 000 Mark) und* Bittcher (Dortmund/775 000).

MOTORSPORT

Walter Röhrl zu Audi?

dpa, **Ingolstadt**

In diesem Jahr sind sie im Kampf um die Rallye-Weltmeisterschaft die erbittertsten Gegner. Aber schon 1984 werden der Regensburger Doppelweltmeister Walter Röhrl, der auf Lancia in dieser Saison schon drei WM-Rallyes gewonnen hat, und Audi in Ingolstadt vermutlich gemeinsame Sache machen. Markenweltmeister Audi ist an der Verpflichtung von Fahrerweltmeister Röhrl interessiert, und auch der ist keineswegs abgeneigt, künftig in dem vor seiner Haustür gebauten Quattro in die Pedale zu treten. Röhrl: „Ich hätte nichts dagegen, auch mal auf einem Audi Weltmeister zu werden."

In der Branche wundert man sich ohnehin darüber, daß diese an sich logische bayerisch-bayerische Rallye-Ehe bisher nicht geschlossen wurde. Aber beim ersten Versuch 1981 entschied sich Röhrl für Mercedes, das aber noch vor sei*nem ersten* WM-Einsatz seine Motorsportpläne auf Eis legte. Später dann, so Röhrl, „hatten Audi und ich zu unterschiedliche Interessen". Trotzdem sei sein Verhältnis zu den Ingolstädtern stets gut gewesen, und daß er den Quattro mit dem Vierradantrieb für das Rallye-Auto der Zukunft hält, daraus hat er ohnehin noch nie ein Geheimnis gemacht. Röhrl: „Es würde mich *einmal reizen zu zeigen,* wie schnell dieses Auto wirklich ist."

GOLF / Zum zweitenmal zwei Deutsche bei den Offenen Britischen Meisterschaften dabei

Langer kennt jeder – aber wer ist Gideon?

GERD A. BOLZE, **Birkdale**

Die älteste und größte Golfshow der Welt – so bezeichnen die Briten ihre Offene Meisterschaft, deren 112. Auflage seit 1860 von heute bis Sonntag zum sechsten Mal auf dem Royal Birkdale-Course ausgespielt wird. An der Atlantik-Westküste, zwischen der Beatle-Stadt Liverpool und dem Seebad Southport gibt sich vier Tage lang die Welt-Elite des Golfs vor weit über 100 000 Zuschauern ein Stelldichein.

Man hüte sich aber, von der „British Open" zu sprechen. Mit britischem Zungenschlag gibt es etwa eine US-Open, Australian-Open, German-Open – doch ihre offene Meisterschaft ist halt „The Open".

In dieser Golfshow wirken erst zum zweitenmal zwei Deutsche mit, neben Bernhard Langer (Anhausen) steht überraschend auch der ebenfalls 25 Jahre alte Hamburger Thorsten Gideon (St. Dionys) in der Starterliste unter den nur noch 151 von ursprünglich gemeldeten und in den Vor-Qualifikationen ausgeschiedenen 1107 Teilnehmern. Wer aber ist dieser Thorsten Gideon – so fragten sich die Fachleute. Obwohl der athletische Hamburger auch in Deutschland noch kein größeres Turnier oder keine Meisterschaft gewonnen hat, ist er dennoch durch sein beständiges Golf die Nummer eins in der Rangliste des Deutschen Golflehrer-Verbandes, da Langer aber nur eins der fünf gewerteten Turniere mitgespielt hat.

Die Saison fing für Gideon nicht sonderlich gut an, nachdem er sich entschlossen hat, als Playing-Pro die Europa-Tour mitzumachen. Als es dann auch im bayerischen Feldafing bei der Nationalen Offenen Deutschen Meisterschaft nur zum enttäuschenden 21. Rang langte, legte der deutsche Ranglistenerste eine schöpferische Pause ein, übte viel daheim in St. Dionys und holte sich Rat beim Golflehrer Horst Koch in Hannover.

Beim Ratinger Ranglistenturnier langte es für Thorsten Gideon dann schon zum zweiten Platz, und er war in der Rangliste bereits wieder die Nummer eins. Nun unternahm der Hamburger auch in der Europa-Tour einen neuen Anlauf – und es klappte. Bei der „Glasgow-Classic" und dann auch bei der Skandinavian-Open in Stockholm spielte Gideon jeweils alle 72 Löcher durch und kassierte für seinen 63. bzw. 41. Rang immerhin noch 1000 bis 2000 Mark jeweils. Gideon mußte in den letzten 12 Tagen aber elf Turnierrunden auf vier verschiedenen Plätzen spielen. Am Sonntagabend flog er von Stockholm nach London, wo er am Montag nachmittag in Southherth eine der sieben Regional-Qualifikationen zur Open bestreiten mußte.

Ohne vorherige Platzkenntnis wurde Gideon mit 76 Schlägen noch 24. Das langte, denn 31 von 115 kamen auf diesem Platz weiter. Von Mittwoch bis Samstag spielte Gideon dann in Birmingham die „States-Express Classic" und wieder war er bis zum Schluß dabei und kassierte als 52. noch 1400 Mark. Gleich weiter nach Heketh bei Southport, wo der Hamburger noch eine der vier Final-Qualifikationen bestreiten mußte.

Sogar glänzend mit 68 + 71 bei Par 71 als Drittbester unter den 154 Startern, von denen nur noch 15 weiterkamen. Das Ziel das Hamburgers bei seinem Open-Debüt, dessen Turnierreisen von acht seiner Dionyser Clubmitglieder mit monatlich 4000 Mark unterstützt wird: „Ich möchte mich qualifizieren und nach 36 Löchern noch unter den besten 80 sowie nach 54 Löchern unter den besten 60 Spielern sein, das wäre schon ein toller Erfolg."

Bahr will Kreml SPD-Standpunkt erläutern

dpa, Moskau

Der SPD-Abrüstungsbeauftragte Egon Bahr, der gestern nach Moskau reiste, will dort nach eigenen Angaben den Spielraum bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa ausloten. Bahr will dem Kreml – sein Besuch folgt knapp eine Woche dem von Bundeskanzler Helmut Kohl – die sicherheitspolitischen Vorstellungen seiner Partei erläutern und auf einen Erfolg in Genf drängen. Dabei hält er an der SPD-These fest, daß die britischen und französischen Mittelstreckenraketen bei den Genfer Gesprächen „berücksichtigt" werden müssen.

Die von Bahr vor dem Abflug aufgestellte Behauptung, *die Zahl* der Sprengköpfe in Frankreich und Großbritannien nehme zu, nannte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes auf Anfrage unzutreffend. *Eine Modernisierung* gebe es gegenwärtig nur in Großbritannien, wo die auf Polaris-U-Boot-Raketen angebrachten Gefechtsköpfe durch neue Gefechtsköpfe ersetzt würden. Zu einer zahlenmäßigen Vermehrung komme es dabei aber nicht. Das gleiche gelte auch für die französischen Raketen, deren geplante Modernisierung erst 1985 wirksam werde.

Kohle: Konsens der Parteien?

H. H. Bonn

Der energiepolitische Sprecher der Bonner Unionsfraktion Gerstein (CDU) hat ebenso wie SPD-Politiker Beschränkungen für Importkohle „auf rein freiwilliger Basis" gefordert. Gerstein erinnerte an die bei der ersten Kohlerunde (Dezember 1982) zwischen allen Beteiligten gefundene Übereinstimmung, daß es „Aufgabe und Verantwortung der einzelnen Unternehmen ist, die notwendigen Entscheidungen zum Ausgleich von Förderung und Absatz zu treffen".

Deutlicher als die SPD räumt Gerstein die Notwendigkeit „unvermeidlicher Kapazitätsanpassungen" ein, ohne sie allerdings zu beziffern. Auch er fordert Investitionskostenzuschüsse zum Ausbau des Kohleeinsatzes im Wärmemarkt und die „Sicherstellung der Investitionen, die für einen leistungsfähigen Steinkohlebergbau in den nächsten Jahrzehnten jetzt erfolgen müssen".

Abrüstungsbericht belegt Hochrüstung Moskaus

In den vier Kernfragen hat der Kreml sich nicht bewegt

DW./dpa, Bonn

Eine unverminderte Hochrüstung der Sowjetunion ohne Kompromißbereitschaft verzeichnet der jährliche Abrüstungsbericht der Bundesregierung, der bereits am 29. Juni vom Bundeskabinett verabschiedet, jedoch erst jetzt vom Bundestag veröffentlicht wurde. Dieser zweite Jahresbericht – der erste war im Juni 1982 vorgelegt worden – belegt mit Zahlen aus den Erkenntnissen des westlichen Bündnisses, daß *Moskau* auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen „weit überlegen" sei, während bei den interkontinentalen Raketen, über die in der Verhandlungsrunde *START gesprochen* wird, wenigstens ein „ungefähres Gleichgewicht" besteht.

Von der politischen Zielsetzung „kontinuierlicher Kontakte und *Gespräche mit* ihren östlichen Nachbarn, um stabile Beziehungen und eine echte Entspannung zu erreichen", ausgehend, nennt der Bericht das westliche Bündnis die einzige Sicherheitsgrundlage für die Bundesrepublik Deutschland. In einer politisch und strategisch interessanten Tabelle wird in dem Jahresbericht die wachsende sowjetische Mittelstreckenrüstung der vergangenen sechs Jahre der zu allen Zeiten wiederkehrenden Moskauer These über ein erreichtes Gleichgewicht gegenübergestellt.

Als die ersten westlichen Sorgen über die SS-20-Rakete von dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt 1977 geäußert wurden, verfügten die Sowjets über 10 Raketen mit 30 Sprengköpfen.

Beim Breschnew-Besuch in Bonn im Mai 1978 war der Bestand nach dem Bericht auf 60 Raketen (180 Sprengköpfe) gewachsen.

Zum Zeitpunkt des NATO-Doppelbeschlusses (Dezember 1979), der nach Verhandlungen ein westliches Gegengewicht vorsieht, betrug der sowjetische Bestand ungefähr 140 (420) Raketen.

Diese Zahl war im Dezember 1980 beim Moratoriumsvorschlag Breschnews auf 200 (600) gestiegen.

Als Breschnew 1981 wieder nach Bonn kam, gab es schon 250 (750) SS-20-Raketen. Im April 1982 sprach Breschnew von einem Stationierungsstopp. Da waren bereits 300 (900) Raketen disloziert.

Zum Zeitpunkt der Andropow-Rede zum 60. Jahrestag der Sowjetunion im Dezember 1982 verfügte die Sowjetunion über 333 (999) Raketen. Andropow hatte vorgeschlagen, bei einem Verzicht des Westens auf die Nachrüstung die Zahl der sowjetischen *Mittelstreckenraketen in Europa* auf die Zahl der britischen und französischen Raketen zu reduzieren. Im März 1983, als der Westen eine Zwischenlösung anbot, hatte sich der sowjetische *Bestand an* SS-20-Raketen auf 351 (1053) erhöht.

Westliche Experten errechnen nunmehr ein Gesamtpotential an Mittelstreckenraketen von 599 Trägern *mit insgesamt* 1301 Sprengköpfen. Davon gehören 248 zum veralteten Typ SS 4 und SS 5 mit nur je einem Sprengkopf. Der Jahresbericht weist darauf hin, daß zur Zeit knapp 1000 Ziele in Europa von sowjetischen Mittelstreckenwaffen bedroht werden. Das würde bedeuten, daß rund 100 Raketen des modernen Typs SS 20 in Asien stationiert sind.

Bei den Genfer Verhandlungen geht es bereits seit geraumer Zeit um die Kernfragen, da, so der Bonner Bericht, die Rahmenprobleme ziemlich schnell abgehakt werden konnten. Diese Kernprobleme, in denen sich noch keine Bewegung abzeichnet, sind

1. die Klärung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses,

2. die Nichtanrechnung von Systemen dritter Staaten – womit die sowjetische Forderung nach Anrechnung der französischen und britischen Atomwaffen gemeint ist,

3. eine Einigung über den geographischen Geltungsbereich der zu vereinbarenden Obergrenze sowie

4. die Behandlung der Flugzeuge, die Atomwaffen tragen können.

In dem Bericht der Bundesregierung wird ferner darauf hingewiesen, *daß die Vereinigten Staaten* außerdem an einer wirksamen Kontrolle von Vereinbarungen festhalten und sich jeder Schwächung der konventionellen Verteidigungskapazität widersetzen werden. Diese könnte zum Beispiel eintreten, wenn Moskau eine erhebliche Verminderung der Flugzeuge verlangen würde, die eine Doppelrolle spielen, also sowohl konventionell als auch nuklear eingesetzt werden können. In dem Bericht wird jedoch ausdrücklich die Möglichkeit offengelassen, zu einem späteren Zeitpunkt die Genfer Mittelstreckenverhandlungen mit der START-Runde zusammenzulegen. Dafür wird nicht nur ein strategischer, sondern auch ein politischer Zusammenhang gesehen.

Revirement beim obersten Gericht

Fünf von 16 Bundesrichtern scheiden aus / Parteien über die meisten Nachrücker einig

STEFAN HEYDECK, Bonn

Beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) findet bis zum Herbst ein umfangreiches personelles Revirement statt. Fast ein Drittel der 16 Richterstellen müssen neu besetzt werden, weil die jetzigen Amtsinhaber ausscheiden.

Als erster der fünf „Nachrücker" war Ende Juni Franz Niedermaier für den parteilosen Werner Böhmer gewählt worden. Am Freitag soll der Bundesrat den Rechtsanwalt und Notar Johann Friedrich Henschel aus Hannover zum Nachfolger von Hans-Joachim Faller ernennen. Auf ihn hatten sich die Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) und Johannes Rau (SPD) verständigt, die die sogenannte Findungskommission bilden.

Mit der Wahl von Henschel verzichtet die Union zugunsten der FDP auf einen der ihr im obersten deutschen Gericht zustehenden Posten. Der 52jährige, der nach dem Krieg auch als Bergmann unter Tage gearbeitet hatte, ist bereits seit Februar als Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof tätig. Vorbehalte gegenüber der Wahl Henschels waren *mit dem Hinweis* auf das Grundgesetz, nach dem das Gericht „aus Bundesrichtern und anderen Mitgliedern" besteht, ausgeräumt worden. So betonte der FDP-Rechtsexperte *Detlef Kleinert*, seine Partei halte auch „die Mitgliedschaft von berufserfahrenen Persönlichkeiten aus Bereichen außerhalb des öffentlichen Dienstes für besonders wertvoll und erstrebenswert".

Voraussichtlich im Spätherbst werden die Nachfolger von BVerfG-Präsident Ernst Benda (CDU), Joachim *Rottmann* und Walter Rudi Wand bestimmt, deren zwölfjährige Amtszeit im Dezember ausläuft. Für Benda soll dessen bisheriger Stellvertreter *Wolfgang Zeidler (SPD) bis 1987* nachrücken. Dann soll die Leitung des Gerichts wieder von einem CDU-Mitglied übernommen werden. Der baden-württembergische Innenminister und *Professor für* öffentliches Recht, Roman Herzog, soll bis zu diesem Termin Vizepräsident sein und den Vorsitz im Ersten Senat haben. Allerdings muß er noch zum Richter gewählt werden.

Im Zweiten Senat sollen die Staatsrechtslehrer und Professoren Ernst-Wolfgang Böckenförde (SPD) und Hans Hugo Klein (CDU) nachrücken. Klein war erst Ende 1982 nach dem Bonner Koalitionswechsel Parlamentarischer Staatssekretär im von Hans Engelhard (FDP) geleiteten Bundesjustizministerium *geworden.*

Noch offen ist zur Zeit, wer Klein ablösen wird. Fest steht jedoch, daß die CDU/CSU diesen Posten nicht den Liberalen überlassen wird. *Denkbar ist, daß der Obmann* der Union im Bundestagsrechtsausschuß, Herbert Helmrich, dieses Amt übernehmen wird. Er kommt ebenso wie Klein aus Niedersachsen und hatte diesen auch schon als Obmann abgelöst. Es besteht aber auch die Möglichkeit, daß der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende und Rechtsexperte Benno Erhard im Herbst Parlamentarischer Staatssekretär wird.

Statt Arafat flog Kaddumi nach Moskau

Kreml versucht zwischen Damaskus und PLO zu lavieren / Jordanien und Irak beraten

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Die vorläufige Weigerung von PLO-Chef Yassir Arafat, nach Moskau zu reisen, hat der sowjetischen *Nahost-Diplomatie eine empfindliche* Niederlage zugefügt. Arafat hatte es abgelehnt, als Mitglied einer PLO-Delegation in die Sowjetunion zu reisen; seine mehrmalige *Intervention*, als Staatsgast in Moskau empfangen zu werden, wurde vom Kreml bislang abgelehnt. Statt dessen flog der Leiter der politischen Abteilung der PLO, Faruk Kaddoumi, nach Moskau.

Der Versuch Syriens, Arafat und seine Vertrauten von der faktischen Führung der PLO auszuschließen, stellt Moskau vor ein Dilemma. Die PLO gilt seit Jahren für die Sowjetunion als wichtiger Alliierter. Mit Hilfe dieser Untergrundbewegung und ihrer weltweiten Terrorinfrastruktur ließ sich fast jederzeit Druck auf prowestliche Regime im Nahen Osten und in der Dritten Welt ausüben.

Gleichzeitig ist Syrien die wichtigste militärische Bastion der UdSSR im Nahen Osten. Die Bedeutung von Damaskus für den Kreml erhöhte sich weiter nach dem Libanon-Krieg, in dem Israel – und bei den folgenden Friedensverhandlungen auch die Vereinigten Staaten – den Versuch machten, Syrien zum Rückzug aus Libanon zu bewegen. Die Bestrebungen Syriens, die Gruppe um Arafat *von der PLO-Führung auszuschalten*, zwangen Moskau daher zu einem diplomatischen Eiertanz.

So ließ der Kreml wiederholt Ersuche Arafats, ihn nach Moskau *einzuladen*, unberücksichtigt. Eine Patentlösung glaubte der Kreml gefunden zu haben, als er durch seinen Geschäftsträger in Tunis am vergangenen Wochenende das Exekutivkomitee der PLO nach Moskau einlud. Auf diese Weise sollten sowohl Freunde als auch Gegner Arafats in Moskau empfangen werden. Der PLO-Chef lehnte diese Einladung jedoch ab, da dadurch die Aufständischen, insbesondere in der Al Fatah, aufgewertet würden. Durch die Entsendung des ihm ergebenen Kaddoumi nach Moskau bleibt Arafat über den Verlauf der Gespräche in Moskau informiert.

Zur gleichen Zeit versucht Syrien, wie aus gut unterrichteter arabischer Quelle in Damaskus bekannt wurde, den Präsidenten des Palästinensischen Nationalkongresses und Vorsitzenden des Vermitthungsausschusses der PLO, Khaled el-Fahoum, als nächsten PLO-Chef „aufzubauen". Zu diesem Zweck hat Damaskus bereits Kontakt zu el-Fahoum und den Vorsitzenden der PLO-*Untergrundbewegungen, George* Habash (PFLP), Naif Hawatme (DPLLP) und Achmed Jibril, aufgenommen. El-Fahoum ist der einzige höhere Al-Fatah-Repräsentant, der sich neben den Rebellenführern um Abu Mussa frei in Syrien bewegen kann.

Bei einem geheimen Treffen zwischen dem jordanischen König Hussein und dem irakischen Staatschef Saddam Hussein wurde ebenfalls die Lage der PLO besprochen. Beide Staatsoberhäupter kamen nach Informationen aus Amman zu der Auffassung, daß Damaskus versucht, durch die Spaltung der PLO eine dominierende Position im Nahen Osten zu erlangen. Als Ergebnis des Treffens wurden eine verstärkte Unterstützung der Oppositionsgruppen in Syrien sowie vermehrte Waffenlieferungen an die arafattreuen Verbände in der nordlibanesischen Stadt Tripoli beschlossen. Die Waffensendungen werden meistens durch eine Luftbrücke über Zypern nach Tripoli geflogen und von dort in den Fatah-Stützpunkt Nahr Ilbared geschafft.

Rom: Tumult [...] Parlament u[...] Radikalen N[...]

FRIEDRICH MEICHSNE[...]

Bei der konstituierenden [...] der neugewählten italie[...] Abgeordnetenkammer ist e[...] menden Auseinanderse[...] um den auf der Liste der Ra[...] Partei gewählten mutma[...] Linksterroristen Toni Ne[...] kommen. Vegeblich hat[...] christdemokratische Frakti[...] stand in einem Schreiben [...] tierenden Präsidenten a[...] dert, Negri als einem der [...] theoretiker und Prediger [...] sturzes und des bew[...] Kampfes gegen den de[...] schen Staat den Zutritt zu[...] mentspalast zu verwehren.

Als der unter Aufstan[...] Mordanklage stehende Fü[...] subversiven „Autonomia [...] gung, der nach seiner Wahl [...] Untersuchungshaft entlass[...] den mußte, seinen Platz im [...] saal einnahm, wurde er v[...] Bänken der Neofaschist[...] „Mörder"-Rufen bedacht[...] Tumulte drohten in Handg[...] keiten auszuarten.

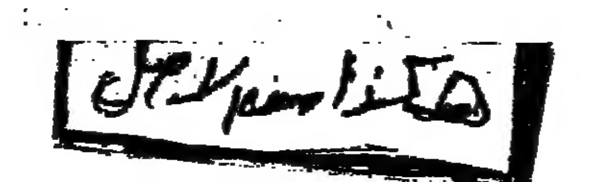
Die wiedergewählte ko[...] stische Kammerpräsidenti[...] Jotti teilte später mit, der [...] staatsanwalt beim römisch[...] pellationsgerichtshof hat[...] Kammer formell um die Er[...] gebeten, den unterbro[...] *Schwurgerichtsprozeß* geg[...] ri fortzusetzen und ihn wi[...] Haft zu nehmen. Darüber [...] der Immunitätsausschuß [...] Plenum der Kammer entsc[...]

Von der Liberalen Partei [...] sofort eine Gesetzesvorla[...] Modifizierung der Bestimm[...] über die parlamentarische [...] nität eingebracht. Danach [...] keine *Immunität mehr* fü[...] mentarier geben, die vor d[...] in Haft waren und gegen [...] der Wahl ein Gerichtsve[...] lief.

Der neugewählte sozialde[...] tische Abgeordnete Genov[...] maliger Chef der Polizei[...] truppe, die den entführten [...] kanischen NATO-General [...] aus der Gewalt der Roten B[...] befreite, bezeichnete es a[...] surd", daß Negri über vier [...] Untersuchungshaft auf sein[...] zeß warten mußte. Gegen [...] läuft ebenfalls wegen ange[...] Gefangenenmißhandlung [...] spendiertes Gerichtsverfahr[...]

Im Senat löste der ehe[...] christdemokratische Minis[...] sident Cossiga seinen Partei[...] Colombo als Präsident ab. [...] Regierungsneubildung [...] scheint der sozialistische P[...] kretär Craxi momentan die [...] ten Aussichten zu haben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



„Alle müssen sparen"

HH. – „Alle müssen beim Sparen helfen", hat Ernährungsminister Kiechle (CSU) aus Anlaß seiner ersten hundert Tage im Amt erklärt. Diesem Grundsatz wird niemand widersprechen. Die Frage ist nur, ob ihn auch alle befolgen. Bei Kiechle selbst kommen Zweifel auf. Denn am Schluß seiner 100-Tage-Erklärung brüstet er sich nach dem Beispiel seiner Vorgänger damit, die Landwirtschaft vor einer Subventionskürzung bewahrt zu haben: Er habe „im Kabinett durchgesetzt", daß der Bundeszuschuß zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung 1984 nicht, wie geplant, auf 200 Millionen gekürzt, „sondern in unveränderter Höhe von 279 Millionen Mark beibehalten wurde". Getreu dem Motto, daß alle sparen müssen.

Um den Anfängen zu wehren und die Bundesregierung gerade auch in der Agrarpolitik auf marktwirtschaftlichen Kurs zu bringen, haben acht Wissenschaftler aus Braunschweig, Gießen, Göttingen und Kiel die ersten Bonner Vorschläge zur „Weiterentwicklung" der deutschen und europäischen Agrarpolitik heftig kritisiert.

Dies ist gut so, denn gerade hier liegt die Schwachstelle im marktwirtschaftlichen Weltbild der Unionsparteien. Und die ersten Ankündigungen über „vorsichtige Mengenpolitik", Erzeugermitverantwortung und subventionierte Agrarkredite lassen in der Tat Schlimmes befürchten. Sie zielen auf Aus- und nicht Abbau der Subventionen wie der Überschüsse in der Agrarproduktion.

Bedenklich stimmt auch Kiechles Äußerung von der „irrigen Zahlmeister-Ideologie". Hoffentlich hält er es mit seinem richtigen Sparappell nicht wie der Pfarrer, der von der Kanzel erklärt: „Alle Menschen müssen sterben – ich vielleicht auch."

Malus-Datei

Py. – Die Tarifstruktur-Analyse der deutschen Autoversicherer räumt mit vielen liebgewordenen Vorurteilen auf, mit denen man am Biertisch gern die eigene Auto-Haftpflichtprämie als zu hoch, die anderer Berufsgruppen oder gar des „schwachen" Geschlechts als zu gering kritisiert. Die HUK-Untersuchung hat die notwendigen Einsichten gebracht. Sie ist deshalb so wichtig, weil sie nicht im Verdacht steht, etwa eine neue Tarifpflicht psychologisch vorzubereiten. Sie legt jedoch den Finger in eine Wunde, die nicht durch einen neuen Tarif, sondern nur durch höhere Prämien geheilt werden kann: das Risiko der jugendlichen ledigen Anfänger. Über Prämienzuschläge soll aber erst dann nachgedacht werden, wenn feststeht, wie hoch der Anteil der Anfänger ist, die nach einem Unfall die fälligen höheren Malus-Prämien von 200 Prozent dadurch umgehen, daß sie zu einem neuen Versicherer als „Anfänger" (175 Prozent) wechseln. Die Zahl der 200 Prozenter müßte um ein Vielfaches höher sein. Die ab 1984 geplante Malus-Datei der Versicherer wird hier die nötige Klarheit bringen.

WELTBANK / Kreditzusagen an die Dritte Welt sind aufgestockt worden

Multinationale Organisation konnte im Bankgeschäft Erfolge verbuchen

H.-A. SIEBERT, Washington

In einem schwierigen Jahr, in dem große Entwicklungsländer wie Brasilien und Mexiko in die Nähe des Finanzbankrotts gerieten, hat die Weltbank ihre Kreditzusagen von 13 auf 14,4 Milliarden Dollar aufgestockt. Davon entfielen 11,1 (1982: 10,3) Milliarden Dollar auf die Weltbank selbst und 3,3 (2,7) Milliarden Dollar auf die International Development Association (IDA), die den ärmsten Staaten, die keinerlei Zugang zu den Geld- und Kapitalmärkten haben, unter die Arme greift.

Im Geschäftsjahr 1983, das am 30. Juni endete, förderte die Weltbank 136 Projekte und Programme in 43 Ländern. Die IDA brachte es auf 107 Vorhaben, obwohl die USA als einziger Geberstaat einen Teil ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllten. Mit 25 Prozent flossen die meisten Mittel nach Ostasien. Die IDA vergab 37 Prozent ihrer Kredite in die Länder südlich der Sahara. Das Pro-Kopf-Einkommen in den Empfängerstaaten lag unter 410 Dollar.

Erstaunliche Erfolge verbuchte die multilaterale Organisation mit Sitz in Washington als Bank: Trotz der internationalen Verschuldungskrise erreichte der Nettogewinn im vergangenen Jahr mit 752 (598) Millionen Dollar eine neue Rekordhöhe. Offen ist noch, wieviel davon an die IDA abgeführt wird. Bisher waren es im Schnitt 125 Millionen Dollar. Den – angesichts der kritischen Finanzlage in vielen Entwicklungsländern – schon beinahe unanständigen Gewinn begründet die Weltbank mit höheren Renditen für liquide Vermögenswerte und dem verstärkten Einsatz von Währungsswaps, durch die teure Dollarkredite (12,37 Prozent) in billigere Darlehen in D-Mark, Schweizer Franken und andere Valuten (7,34 Prozent) umgewandelt wurden.

So hoch wie noch nie zuvor fielen allerdings auch die Kreditaufnahmen der Weltbank aus: Sie stiegen 1983 auf 10,3 Milliarden Dollar, verglichen mit 8,5 und 5,1 Milliarden Dollar in den beiden vorausgegangenen Geschäftsjahren. Mittel- und langfristig borgte die Institution 8,8 Milliarden Dollar, und zwar 29 Prozent in Schweizer Franken, 23 Prozent in Dollar, 17 Prozent in D-Mark, 15 Prozent in japanischen Yen, neun Prozent in Gulden, vier Prozent in Pfund Sterling sowie jeweils rund ein Prozent in kanadischen Dollar, österreichischen Schilling und belgischen Franc. Durchschnittlich schlugen die Kosten mit 8,79 Prozent zu Buch.

Bezieht man die im September 1982 begonnenen kurzfristigen Kreditaufnahmen zu durchschnittlich 8,51 Prozent ein, dann zahlte die Weltbank für die 10,3 Milliarden Dollar einen Durchschnittszins von 8,75 Prozent. Die geringeren Kreditkosten wurden im ersten Halbjahr 1983 an die Mitgliedsländer weitergegeben; ihre Sollzinsen sanken bis zum 1. Juli von 11,43 bis 10,97 auf 10,97 bis 10,47 Prozent.

Ausgeliehen hat die Weltbank bis zum 30. Juni insgesamt 33,7 (29,2) Milliarden Dollar. Im letzten Geschäftsjahr erhöhten sich die liquiden Investitionen von 9,4 auf 13,2 Milliarden Dollar. Mit 12,15 Prozent erwirtschaftete die Organisation die höchste Rendite in ihrer Geschichte; sie lag um 3,4 Prozent über den Darlehenskosten. Auf der anderen Seite schnellten die Schulden der Weltbank – in Form emittierter Anleihen und kurzfristiger Kredite – innerhalb eines Jahres von 32 auf 39,4 Milliarden Dollar in die Höhe, wobei kurzfristiges Geld Ende Juni 1,5 Milliarden Dollar ausmachte. Die durchschnittlichen Kreditkosten der Weltbank nahmen gegenüber 1982 von 8,15 auf 8,72 Prozent zu.

Wie sicher Weltbank-Anleihen für Anleger sind, unterstreicht die Zunahme des eingezahlten Kapitals und der Reserven von 7,8 auf 8,9 Milliarden Dollar; das abrufbare Kapital, das nur in einer echten Krise verfügbar ist, erhöhte sich von 39,1 auf 47,4 Milliarden Dollar. Noch nie ist ein Weltbankkredit geplatzt. Am Ende des Geschäftsjahres waren lediglich 349 437 Dollar länger als 90 Tage überfällig. Die Tilgungs- und Zinszahlungen stiegen 1983 von vier auf rund fünf Milliarden Dollar. An Kreditumschuldungen nimmt die Weltbank aus Prinzip nicht teil.

Der Kapitalbedarf der Weltbank in den kommenden drei Jahren wird auf mehr als 30 Milliarden Dollar veranschlagt. Vom Tisch ist offensichtlich die Forderung, das Verhältnis von Kapital zu Ausleihungen von 1:1 auf 1:2 anzuheben.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Keine Unterstützung für gemeinsame Energiesteuer

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine glatte Abfuhr hat sich EG-Vizepräsident Etienne Davignon im Ministerrat mit seinen energiepolitischen Vorstellungen geholt: Die meisten EG-Regierungen teilen nicht die pessimistische Einschätzung Brüssels, daß der Rückgang der Ölpreise zu nachlassenden Bemühungen um eine Einsparung von Energie führen werde. Nicht eine einzige Delegation unterstützte Davignons Vorschläge für eine gemeinschaftliche Energiesteuer.

Die dem Rat unterbreiteten Vorschläge für eine mittelfristige Energiestrategie waren davon ausgegangen, daß die Gemeinschaft trotz der Erfolge bei der Substitution des Erdöls zusätzliche Anstrengungen zur Entwicklung neuer und zur besseren Nutzung der bestehenden heimischen Energien machen müsse. Bis zum Jahre 1987 hatte die Kommission den Finanzbedarf für diese Investitionen auf rund 2 Milliarden Ecu (4,54 Milliarden Mark) veranschlagt und als Finanzierungsmöglichkeit eine auf den Energieverbrauch berechnete Steuer in die Diskussion gebracht.

Der Rat folgte statt dessen der These, daß die Ermäßigung der Ölpreise einen Anstoß zur allgemeinen Belebung der Wirtschaft geben werde und deshalb nicht durch zusätzliche Belastungen der Verbraucher kompensiert werden dürfe. „Es gibt keinen Anlaß für die Meinung", sagte Staatssekretär Dieter von Würtzen vom Bundeswirtschaftsministerium, „daß der Verbraucher die Lektion nicht gelernt hat." Dagegen vertrat Davignon die Ansicht, in allen Mitgliedstaaten werde ohnehin seit einiger Zeit ernsthaft mit dem Gedanken einer Energiesteuer gespielt.

Wichtig sei allerdings weniger die Steuer als die Einsicht, daß es mit der Verabschiedung einer begrenzten Zahl isolierter Maßnahmen nicht getan sei, meinte der EG-Kommissar. Vor dem zweiten Ölschock seien die Investitionen im Energiebereich im Gemeinschaftsdurchschnitt auf nur 1,6 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts gesunken, während nach Meinung der Kommission ein Mindestanteil von 2 bis 2,2 Prozent nötig sei (verglichen mit Ausgaben in den USA von gegenwärtig 4 Prozent und in Japan von 3 Prozent). Die Gefahr sei nicht von der Hand zu weisen, daß die EG nach der neuen Ölpreissenkung wieder ein gutes Stück zurückfalle.

Kaum neue Gesichtspunkte brachte auch die Aussprache des Rates über ein spezifisches EG-Programm zur Förderung der „festen Brennstoffe". Nicht einmal die Bundesregierung fand die jüngsten Kohle-Vorschläge der Kommission attraktiv. Sie sehen eine Investitionshilfe für die Erzeugerländer sowie eine Beihilfe zur Finanzierung von Haldenbeständen vor. Bonn scheint dagegen einer Fortführung der Koks-Kohlen-Subvention aus der EG-Kasse den Vorzug zu geben. Dabei spielt offenbar die Erwägung eine Rolle, daß Zuschüsse aus Brüssel den EG-Behörden ein stärkeres Mitspracherecht einräumen würden. Außerdem vermutet die Bundesregierung wahrscheinlich zu Recht, daß die Kohle-Verbraucherländer allenfalls zu Maßnahmen bereit sind, die den Bezug von Importkohle erleichtern würden.

Der Schmerz läßt nach

Von JOACHIM WEBER

Die Hauptversammlungsaussagen der Großchemie-Spitzen erklangen fast unisono. BASF-Chef Matthias Seefelder, gleich danach in den Aufsichtsrat übergewechselt, konnte erkennen, daß „wir heuer, vor allem als Folge der höheren Auslastung unserer Anlagen, gute Chancen haben, beim Ergebnis die Talsohle hinter uns zu lassen". Auch sein Bayer-Kollege, Chemieverbands-Präsident Herbert Grünewald, machte den Aktionären Hoffnung auf ein „spürbar verbessertes Ergebnis". Und mit dem ihm eigenen Schuß Skepsis stimmte auch Hoechst-Vorstandschef Rolf Sammet ein: „Wenn uns im zweiten Halbjahr eine Talfahrt wie 1982 erspart bleibt, sollte es möglich sein, in diesem Jahr einen besseren Gewinn als 1982 zu erwirtschaften."

Keine Frage: Die drei Großen der deutschen Chemie, die das Bild des Industriezweigs mit seinen 559 000 Mitarbeitern in mehr als 1500 Betrieben so maßgeblich prägen, wittern wieder ein wenig Morgenluft. Wer die drei Vorsitzenden und ihre geringe Neigung zu jeglicher Euphorie kennt, kann sogar zu der Meinung kommen, daß es etwas mehr als nur „ein wenig" ist.

Die Branche könnte es gebrauchen. Denn das Jahr 1982 hat die erfolgsverwöhnten Herrscher aller Retorten recht unsanft ins Glied der übrigen rezessionsgeschädigten Wirtschaft zurückgeholt. Dabei war die bis dahin ungekannte Stagnation der Umsätze bei 118 (117) Millionen Mark noch der am wenigsten imponierende Faktor.

Entschieden stärker an die Nerven gingen den Chemie-Gewaltigen der Produktionsrückgang um 5 Prozent, die damit miserable Kapazitätsauslastung von nur noch 73 (75) Prozent und schließlich als Resultat von alledem der Gewinnrückgang (vor Steuern) um ein rundes Viertel, der die Netto-Umsatzrendite der Branche auf 1,3 (2) Prozent gedrückt haben dürfte.

Wie tief der Schock sitzt, zeigt auch die Erwartung von Chemiepräsident Grünewald, daß seine Schäfchen in diesem Jahr ihren ursprünglichen Investitionsansatz von 6 bis 7 Milliarden Mark wahrscheinlich unterbieten und sogar leicht unter den Abschreibungen bleiben könnten. In den vergangenen Jahren hatte man sich von den abbröckelnden Wachstumsraten noch wenig schrecken lassen und unverdrossen-expansiv Jahr für Jahr runde 5 Prozent vom Umsatz investiert.

Vor diesem insgesamt bewölkten Szenario muß man denn auch die neuerwachte Zuversicht bewerten. Die vorsichtig-optimistischen Töne, die um so begründeter sind, als die Chemie ihre Anpassungs-Hausaufgaben inzwischen wirklich mit Nachdruck in Angriff genommen hat, dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ertragsrechnungen 1983 noch niemanden wieder in wilde Begeisterung versetzen werden. Eine wesentliche Basis aller Ertragshoffnungen ist es nämlich, daß in allen drei Unternehmen nach teilweise kostspieligen Bereinigungsmaßnahmen in Problembereichen in diesem Jahr wesentliche „Altlasten" wegfallen.

Manchmal genügt es zum Wohlgefühl eben auch, wenn nur der Schmerz nachläßt. Etwas mehr als solche Erleichterung ist indessen schon absehbar. So nahm der Branchenumsatz im ersten Halbjahr um 2 Prozent zu, die Produktion lag immerhin um 1 Prozent über dem noch nicht völlig katastrophalen ersten Halbjahr 1982, und damit verbesserte sich auch die Auslastung auf 75 bis 80 Prozent.

So angenehm die Wirkung dieser paar Prozentpunkte auf die Kosten der großenteils sehr auslastungssensiblen Produktionen war – von einem „Nachfrageüberhang" blieben die meisten Zweige der Chemie weit entfernt. Die Preise blieben entsprechend unter Druck, in einigen Bereichen so sehr, daß die ölpreisbedingten Rohstoffkostensenkungen an die Kunden weitergegeben werden mußten.

Mit einem einzigen Prozent durchschnittlicher Preissteigerungen im ersten Halbjahr gelang es somit auch unter den verbesserten Bedingungen nicht, den in den vergangenen Jahren aufgebauten Preisrückstand gegenüber den Rohstoffkosten wettzumachen.

Immerhin: Aus dem Kreis der altbekannten Problembereiche der Branche sind die Kunstfasern inzwischen weitgehend ausgeschieden. Auch das Problem der Massenkunststoffe wurde mit umfangreichen Stillegungen in Angriff genommen. Es drohen jedoch immer noch, wenn auch derzeit weniger akut, die neuen Konkurrenten in den Opec-Ländern, die Chemie direkt am Bohrloch praktizieren wollen. So gilt trotz aller aktuellen Zuversicht: Die Chemie in ganz Europa befindet sich in einem gewaltigen Prozeß der Umstrukturierung und Anpassung, und der ist noch lange nicht abgeschlossen.

AUF EIN WORT

„Der Versuch der Zinkproduzenten in der EG, auf freiwilliger Basis eine Strukturbereinigung durchzuführen, darf als gescheitert betrachtet werden, weil die nationalen Regierungen die vorgeschlagene Schließung von Hütten verhindert haben."

Dr. Günther Saßmannshausen, Vorstandsvorsitzender der Preussag AG, Hannover

FOTO: JÜRGEN FRATZER

Baugenehmigungen nehmen weiter zu

rtr. Wiesbaden

Die Baugenehmigungen in der Bundesrepublik Deutschland steigen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weiter an. Im Mai dieses Jahres seien mit 35,7 Millionen Kubikmeter 42 Prozent mehr Rauminhalt genehmigt worden als im Mai 1982. Für die ersten fünf Monate des Jahres ergebe sich damit ein Zuwachs von 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Mai 1983 wurden 39 100 Wohnungen genehmigt, von Januar bis Mai zusammen 163 400 Wohnungen, das sind 21 Prozent mehr als in den ersten fünf Monaten 1982, wie das Amt weiter meldete. 149 200 dieser Wohnungen wurden im Rahmen von Neubauvorhaben geplant, darunter 75 500 in Ein- und Zweifamilienhäusern und 71 200 in Mehrfamilienhäusern. Das ist jeweils ein Zuwachs von 21 Prozent gegenüber 1982.

IFO-STUDIE

Investitionstätigkeit noch im Schatten der Rezession

DANKWARD SEITZ, München

Obwohl sich die konjunkturelle Lage im verarbeitenden Gewerbe seit dem Herbst 1982 deutlich gebessert hat, wird dies auf die Investitionstätigkeit im laufenden Jahr nur geringen Einfluß haben. Nach dem jüngsten Konjunkturtest des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung wird die Zurückhaltung mit der Labilität der in den letzten Monaten erkennbaren Erholung, dem noch sehr niedrigen Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten (März 1983: 77 Prozent) und den gedämpften mittelfristigen Absatzerwartungen begründet.

Insgesamt wollen nach der Ifo-Umfrage 41 Prozent der Unternehmen zwar im laufenden Jahr mehr investieren und nur 37 Prozent weniger als 1982, womit die Bruttoanlageinvestitionen nominal das Vorjahresniveau noch um knapp zwei Prozent überschreiten, real aber um gut ein Prozent unterschreiten werden. Merklich schlägt hier zu Buche, daß das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe nominal knapp fünf und real knapp acht Prozent weniger investieren will. Vor allem in der Mineralölverarbeitung wurden die Budgets um fast 20 Prozent gekürzt. Zuwachsraten von nominal knapp drei und real von ein bis drei Prozent sind dagegen sowohl im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe als auch im Verbrauchsgütersektor und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe eingeplant.

Weiter an Gewicht zugenommen haben nach Feststellungen des Ifo die Rationalisierungsmaßnahmen. Für 46 (Vorjahr: 44) Prozent der Unternehmen stehen diese Überlegungen im Vordergrund ihrer Investitionstätigkeit; Erweiterungsmaßnahmen spielen eine fast vollkommen untergeordnete Rolle. Dadurch wird es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zu einem Stillstand des Kapazitätswachstums im verarbeitenden Gewerbe kommen.

FISCHEREIVERHANDLUNGEN

Neue Schonfrist für die Heringe in der Nordsee

WILHELM HADLER, Brüssel

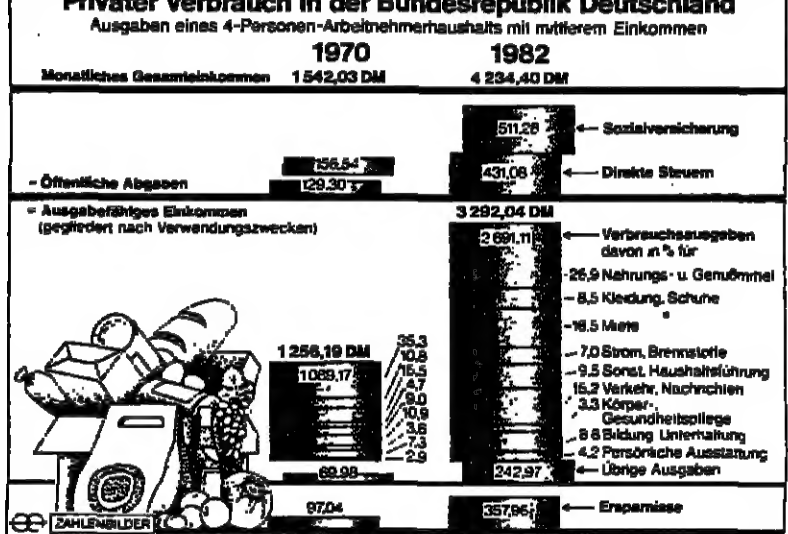
Die Nordseeheringe haben eine neue Schonfrist bekommen, weil sich die EG-Regierungen nicht über die Aufteilung der verfügbaren Fangmengen verständigen können. Eine zweitägige Verhandlungsrunde der Fischereiminister brachte wieder einmal kein Ergebnis: Die EG-Kommission sah sich deshalb gezwungen, mitten in der Saison ein Fangverbot für britische, holländische und norwegische Fahrzeuge auszusprechen.

Die Trawler dieser drei Länder haben bereits seit längerer Zeit die ihnen Ende Mai im Vorgriff auf eine endgültige Einigung zugeteilten Quoten erschöpft. Auch der Bundesrepublik und Dänemark droht in den nächsten Tagen ein Fangverbot. Im August läuft die Fangzeit für Nordseeheringe aus. Der Rat will deshalb am 25. Juli noch einmal einen Anlauf zum Kompromiß machen.

Der Streit um die Heringe ist entstanden, weil der vorübergehend vom Aussterben bedrohte Fisch bei den jahrelangen Verhandlungen über die gemeinsame Fischerei ausgeklammert worden war. Inzwischen haben sich die Bestände soweit wieder erholt, daß für 1983 in der Nordsee eine Fangmenge von 84 300 Tonnen freigegeben wurde.

Die Forderungen der einzelnen Mitgliedstaaten belaufen sich jedoch auf 200 Prozent der verfügbaren Mengen. Erschwert wird das Problem noch dadurch, daß Norwegen als Gegenleistung für die der EG in seinen Gewässern zugestandenen Quoten Heringe aus der Nordsee verlangt. Die Holländer blockieren eine Vorabverteilung zugunsten der Norweger, da sie selbst stark am Matjes-Fang interessiert sind. Neue provisorische Quoten für alle scheiterten bislang am dänischen Widerspruch. Nun soll zunächst eine Arbeitsgruppe nach einem Ausweg suchen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Wo bleibt das Haushaltsgeld? Von den 2691 Mark, die ein 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen 1982 im Durchschnitt für den privaten Verbrauch ausgab, stellten die Aufwendungen für Nahrungs- und Genußmittel den größten Ausgabenposten dar. Ihr Anteil fiel seit 1970 von 35 auf knapp 27 Prozent. An zweiter Stelle rangieren die Wohnungsmieten, die 1982 etwa ein Sechstel des verfügbaren Einkommens beanspruchten.

QUELLE: ZAHLENBILDER

Konkursrecht: BGH schließt Auslands-„Hintertür"

Karlsruhe (dpa/VWD) – Ein im Inland befindlicher Gläubiger kann sich künftig nicht mehr unter Umgehung des Konkursverwalters am Auslandsvermögen des Schuldners schadlos halten. Nach einem am Mittwoch vom VIII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) verkündeten Grundsatzurteil muß derjenige, der sich im Ausland durch Einzelzwangsvollstreckung in den Besitz von Vermögenswerten aus dorthin transferierter Konkursmasse gebracht hat, diese in der Bundesrepublik an den deutschen Konkursverwalter zur gemeinschaftlichen Befriedigung aller Gläubiger abführen. Mit dieser Entscheidung hat der BGH die seit dem Jahre 1903 gültige Rechtsprechung des Reichsgerichts aufgegeben, die eine derartige „Vorwegbefriedigung" aus der Konkursmasse als zulässig angesehen hatte. Nach Angaben des stellvertretenden BGH-Pressesprechers gilt diese neue Rechtslage ab sofort auch für die gesamten Auslandsvollstreckungen. Zur Begründung verwies der BGH darauf, daß auch pfändbare Auslandsvermögen eines Gemeinschuldners zur Konkursmasse gehören und vom Konkursverwalter in Besitz zu nehmen und zu verwerten seien.

Kohle-Runde im Herbst

Bonn (VWD) – Vor dem Herbst dürfte es kaum zu der von der SPD-Bundestagsfraktion geforderten „Kohle-Runde" kommen. Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums teilte am Mittwoch mit, daß auch Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff eine solche Aktion befürwortet. Eine Kohle-Runde unter Beteiligung des Bergbaus, der Kohleabnehmer, der Gewerkschaften und der Kohleländer sei aber nur dann sinnvoll, wenn die notwendigen Zahlen und Unternehmenskonzepte zur Anpassung an die geringeren Absatzerwartungen vorlägen. Vor September dürfte die Auswertung kaum abgeschlossen sein.

Edelstahlgespräche EG/USA

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission wird noch vor der Sommerpause mit den USA Konsultationen über die von Washington verfügten Restriktionen der Edelstahleinfuhren aus der Gemeinschaft aufnehmen. Dies erklärte ein Sprecher der Kommission am Mittwoch im Zusammenhang mit einer Sitzung des Gatt-Rates, bei der die EG ihren Protest gegen die US-Maßnahmen bekräftigt hat. Auf die Frage, ob die EG das Angebot Präsident Reagans über den Abschluß eines mehrjährigen Edelstahl-Handelsabkommens annehmen will, meinte der Sprecher, die Nach- und Vorteile einer solchen Vereinbarung würden gegenwärtig geprüft.

Leichter Preisanstieg

Wiesbaden (rtr) – Die Großhandelspreise sind in der Bundesrepublik Deutschland im Juni dieses Jahres um 0,7 Prozent gestiegen. Im Vormonat hatte der Anstieg 0,6 Prozent betragen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lagen die Großhandelspreise damit um 1,3 Prozent unter dem Niveau von Juni 1982.

Keine Zinsbeschlüsse erwartet

Frankfurt (dpa) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank kommt heute in Frankfurt zu seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause zusammen. In Frankfurter Bankkreisen wird für das Routinetreffen nicht mit zinspolitischen Entscheidungen gerechnet.

Urteil zur 7b-Abschreibung

Bonn (HH.) – Für Einfamilien-, Zweifamilienhäuser oder Eigentumswohnungen, die vor dem 1. Januar 1977 hergestellt oder angeschafft worden sind, können die erhöhten Abschreibungen gemäß Paragraph 7b Einkommensteuergesetz nicht in Anspruch genommen werden, wenn sie in Sondergebieten (sogenannten Wochenendhausgebieten) gelegen sind. Der Bundesfinanzhof hält in einem Urteil an dieser Auslegung fest (VIII R 111/81). Nach diesem Stichtag sieht die Rechtslage anders aus: Die Vergünstigung des Paragraphen 7b des Einkommensteuergesetzes 1977 erfordert nicht mehr, daß solche Objekte auch rechtlich ganzjährig genutzt werden.

Beschluß aufgehoben

Berlin (Wz.) – Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hat als Beschwerdeorgan den Beschluß des Bundeskartellamtes gegen die Favorit Unternehmens-Verwaltungs GmbH, Hamburg, aufgehoben. Die Favorit, eine Tochtergesellschaft der Esso AG, ist in der Fernwärmeversorgung tätig. Sie sei zwar marktbeherrschend, die mit Haus- und Wohnungsbesitzern abgeschlossenen Verträge seien aber nicht mißbräuchlich, bestätigte der Kartellsenat, der zugleich die Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe zuließ. Die Kartellbehörde hatte in ihrem Beschluß kritisiert, daß sich das Unternehmen weigerte, den Grundpreis für die Fernwärmeabnahme zu senken, wenn Häuser und Wohnungen isoliert wurden.

BAUGEWERBE

Die Hoffnungen haben sich jetzt deutlich abgeschwächt

GISELA REINERS, Bonn

Trotz der guten Auftragslage haben sich die baukonjunkturellen Erwartungen der Unternehmen gegen Ende des ersten Halbjahres 1983 wieder deutlich abgeschwächt. Das geht aus einer Mitteilung des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB) in Bonn hervor. Der Aufschwung am Bau bleibt nach Ansicht der Firmen ohne Schwung.

Nach ZDB-Angaben hat sich nach den Erhebungen bis Ende Juni „die wirtschaftliche Lage zu Beginn der Sommermonate kaum verändert: befriedigend beim Wohnungsbau, unbefriedigend beim gesamten öffentlichen Bau". Die Preise seien konstant geblieben: Vereinzelt wurden sogar Rückgänge gemeldet. Die Ertragslage sei weiterhin „völlig unzureichend".

Erfreulich habe sich, so der ZDB, die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von Ende März bis Ende Juni um 43 Prozent auf jetzt noch 125 700 verringert. Ende April lag das Ausmaß der Arbeitslosigkeit trotz der damals schon seit Monaten verbesserten Auftragslage noch ein Drittel höher als zur selben Zeit des Vorjahres. Noch immer wird von einigen Bauunternehmen ein Mangel an Facharbeitern beklagt, aber nur in Ballungsgebieten und bei Spezialberufen.

Im Wohnungsbau und in Teilen des gewerblichen Baus wird laut ZDB die Geschäftslage als „saisonüblich" befriedigend beschrieben, sonst als unbefriedigend. Die durchschnittliche Reichweite der Aufträge blieb im Hochbau (2,8 Monate) und im Tiefbau (1,8) nahezu unverändert. Im Straßenbau ging sie von 1,7 auf 1,6 Monate leicht zurück. Der Auslastungsgrad betrug im Hochbau 60 Prozent; im Tiefbau nur 47. Die Investitionsneigung hat leicht abgenommen.

ENDLAGERUNG / Eignung des Salzstocks Gorleben so gut wie sicher

Zur Jahrhundertwende betriebsbereit?

HEINZ HECK, Bonn

Das Endlager für radioaktive Abfälle in Gorleben kann bei planmäßigem Verlauf der weiteren Arbeiten bis zum Ende der 90er Jahre betriebsbereit sein. Dies ist jedenfalls die Einschätzung der Bundesregierung, die in der gestrigen Kabinettssitzung „der zügigen Aufnahme" der untertägigen Erkundung des Salzstocks zugestimmt hat. Die Arbeiten sind erforderlich, um die Eignung des Salzstocks für die Endlagerung der Abfälle abschließend zu beurteilen.

Allerdings behält sich die Bundesregierung „ihre Entscheidung über die Einrichtung des Endlagers am Standort Gorleben vor, bis die Ergebnisse der Erkundungen unter Tage vorliegen. Kompromisse zu Lasten der Sicherheit wird es nicht geben", hieß es dazu gestern.

Der federführende zuständige Innenminister hat seiner Kabinettsvorlage für die gestrige Sitzung den zusammenfassenden Zwischenbericht der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig über bisherige Ergebnisse der Standortuntersuchungen in Gorleben beigefügt. Die Regierungschefs von Bund und Ländern hatten am 28. September 1979 beschlossen, den Salzstock Gorleben auf seine Eignung als Bundesendlager für radioaktive Abfälle zügig untersuchen zu lassen. Nach dem Atomgesetz ist die PTB für die Errichtung und den Betrieb von Endlagern zuständig.

Das Untersuchungsprogramm umfaßt oberirdische Erkundungen – im wesentlichen Bohrungen – und eine untertägige Erkundung durch Abteufen von Schächten und Auffahren von Erkundungsstrecken. Bei planmäßigem Verlauf werden diese Arbeiten nach Einschätzung des Innenministers Anfang der 90er Jahre abgeschlossen sein. Während demnach bis zu einer endgültigen Aussage über die Eignung des Salzstocks noch mindestens sieben Jahre vergehen werden, dürfte bis zur Betriebsbereitschaft dann noch etwa ein Jahrzehnt verstreichen.

Seit 1979 wird der Salzstock „mit hohem wissenschaftlichen und finanziellen Aufwand" von der Erdoberfläche aus erkundet. Die PTB sieht seine Eignung für die Endlagerung nach den bisherigen Erkenntnissen als „voll bestätigt" an. Damit sei zugleich das Abteufen von Schächten zur Erkundung des Salzstockinneren gerechtfertigt.

Auch die Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) hat nach Prüfung dieser Ergebnisse nichts gefunden, was die Eignung auch für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in Frage stellen könnte. Die Mächtigkeit des Salzgebirges biete hinreichende Gewähr für den sicheren Abschluß der radioaktiven Abfälle von der Biosphäre. Der Aufbau des Salzstocks lasse ausreichende Lagerkapazitäten erwarten. Bis Anfang der 90er Jahre sind für die gesamte Erkundung am Standort Gorleben rund 1,2 Milliarden Mark (Preise von 1982) erforderlich, davon allein rund eine Milliarde für die untertägige Erkundung.

JAPAN / Lambsdorff zieht positive Bilanz seines Besuchs – Warnung vor begrenzten europäischen Exportoffensiven

Deutsches Handelsdefizit nicht besorgniserregend

FRED de la TROBE, Tokio

Japan und die Bundesrepublik Deutschland sind über neue protektionistische Maßnahmen in der Welt gleichermaßen besorgt. Das erklärte Bundesminister Otto Graf Lambsdorff am Mittwoch in Tokio nach dem Abschluß seines fünftägigen Besuchs in der japanischen Hauptstadt, der ihn mit Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone, Außenminister Shintaro Abe und den Fachministern für Industrie und Handel, Finanzen und Verkehr zusammengeführt hatte.

Auf Exporte und Freihandel angewiesen

Bei der übereinstimmenden Ablehnung von Handelsbeschränkungen seien Japan und die Bundesrepublik natürliche Partner, betonte Lambsdorff. Beide Länder seien auf Exporte und Freihandel angewiesen. Tokio und Bonn befänden sich auch auf gleicher Wellenlänge, wenn sie das große amerikanische Haushaltsdefizit und die Hochzinsen in den USA kritisierten, die neben anderem zu dem überhöhten Dollarkurs geführt und damit den japanischen Exportdrive ausgelöst hätten. Das sei nicht als eine Anklage, sondern als Feststellung von Tatsachen zu verstehen.

Diese Entscheidung habe die japanischen Selbstbeschränkungsabkommen nach sich gezogen, von denen er nichts halte, erklärte der Minister. Unerquickliche Nebenfolgen solcher Übereinkünfte, denen er seinerzeit in der EG nur unwillig zugestimmt habe, stellten sich jetzt etwa bei dem Abkommen für Videorekorder heraus. Da funktioniere es an allen Ecken und Enden nicht.

Die Ausführungen Lambsdorffs erweckten den Eindruck, daß die *Handelsprobleme mit Japan* für den Minister einen niedrigeren Stellenwert als die Differenzen mit den Vereinigten Staaten haben. Er stellte fest, daß er nach seinen Gesprächen mit den japanischen Regierungsmitgliedern die Aussichten auf eine günstige Entwicklung in den beiderseitigen Handelsbeziehungen zuversichtlich einschätze. Es sei nun an der deutschen Wirtschaft, die größeren Marktchancen in Japan zu nutzen. Dafür biete auch die im nächsten Frühjahr in Tokio vorgesehene deutsche Leistungsschau eine gute Möglichkeit.

Die großen japanischen Exportüberschüsse im Handel mit der Bundesrepublik *bezeichnete der* Minister als nicht besorgniserregend. Die deutschen Defizite, drei Milliarden Mark in den ersten fünf Monaten 1983, schienen sich auf einem hohen Niveau stabilisiert zu haben. Es komme auf den Ausgleich der Gesamtbilanz an, nicht auf den des bilateralen Warenverkehrs. Die Kritik an einem zu niedrigen Yen-Kurs könne er nicht unterstützen, da die amerikanischen Hochzinsen dafür verantwortlich seien.

Erleichterungen in die Praxis umsetzen

*In einem Interview mit einer ja*panischen Wirtschaftszeitung warnte Lambsdorff allerdings vor auf bestimmte Produkte begrenzten Exportoffensiven – sogenannte *„Laserstrahl-Ausfuhren"* – wie im vergangenen Jahr bei Videorekordern und künftig vielleicht bei Werkzeugmaschinen. Wie der Minister erklärte, wird unter den westlichen Industriestaaten erwogen, eine hochrangige Studiengruppe zur Eindämmung des Protektionismus zu bilden. Er sei bereit, sich diesem Vorhaben anzuschließen, und auch die Japaner seien daran interessiert. Es solle sich um einen Ad-hoc-Zusammenschluß und keine Daueren*richtung handeln.*

Lobend äußerte sich der Minister über die letzten japanischen Einfuhrerleichterungen durch Zollsenkungen und den Abbau einiger nichttarifärer Hemmnisse, die das japanische Parlament Mitte Mai dieses Jahres verabschiedet hat. Diese Erleichterungen müßten jetzt in die Praxis umgesetzt werden. Er hoffe auch, daß die Japaner die Dauerhaftigkeitstests für Autoimporte fallenlassen würden.

Das japanische Medienecho auf die Vorstellung der Leistungsschau, eines der Hauptziele der Lambsdorff-Visite, war bisher noch recht unbefriedigend. Trotz einer großangelegten Pressekonferenz und einem Gala-Empfang im renommiertesten Hotel Tokios gaben die japanischen Zeitungen dem Ereignis nur recht knapp bemessenen Raum. (SAD)

FLICK / Mit der Mini-Holding auf Autonomie der Konzerntöchter bedacht

Reich gepolstert für alle Risiken

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nicht die leiseste Andeutung habe er vom Konzernchef Friedrich Karl Flick vernommen, daß er etwa den noch 10prozentigen Anteil am Daimler-Konzern oder sonst was aus seinem (hierzulande größten) Familienkonzern verkaufen wolle. Seine Aufgabe an der Holding-Spitze sieht der ehemalige Buderus-Chef und jetzige Geschäftsführer der Düsseldorfer Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA (IV), Werner Kolb (63), mit einem Doppelziel. *Einerseits und dies* dank zehnjähriger „Linienerfahrung" im Konzern mit besonderer Kompetenz darin, die Konzerntöchter mit jenem unerläßlichen Maß an Führungszielen zu versorgen, da es zumal wegen der zentralen Finanzverantwortung der Holding unerläßlich sei. Andererseits aber darin, nach der schon 1981 vollendeten Konzern-Umstrukturierung nun bei der Holding „die Verwaltungsarbeit auf das unbedingt Notwendige zurückzudrehen".

Nach dem spektakulären Ausscheiden des langjährigen Komplementär-Dreigestirns v. Brauchitsch, Götte und Vogels ist Kolb seit Anfang 1983 einziger familienfremder „persönlich haftender Gesellschafter" in der Geschäftsführung. Der neue Mann an der Konzernspitze, mit Umwandlung sei*nes Buderus-Vertrages dort* bis Mitte 1986 angestellt, betonte bei der Vorlage des 1982er Flick-Konzernabschlusses den natürlich „meilenweiten" Abstand in Entscheidungsbefugnissen zum faktischen Alleineigentümer und einzigen „alleinzeichnungsberechtigten" Geschäftsführungsvorsitzenden, dem Konzernerben Friedrich Karl Flick. Das relativiert vieles.

Geerbt hat Kolb von seinen Vorgängern einen grundsolide finanzierten und trotz Konjunkturschwäche 1982 auch in seiner Ertragskraft vorangekommenen *Konzern. Der Umsatz im Flick-*Konzern ist, rechnet man Nichtkonsolidiertes ab 50 Prozent Beteiligungsanteil voll und darunter mit der jeweiligen Beteiligungsquote hinzu, auf rund 23 (22) Mrd. DM zu veranschlagen.

Die Hauptquellen dieser Veränderung gegenüber dem Konzernausweis: 4,6 (4,32) Mrd. DM Prämieneinnahmen des Gerling-Konzerns, 4,62 (4,46) Mrd. DM aus „Beteiligungen zwischen 20 und 50 Prozent" (vor allem aus dem 28-Prozent-Anteil am US-Chemiekonzern Grace), rund 4 Mrd. DM aus dem 10prozentigen Daimler-Anteil.

Geerntet hat die IV aus diesem Umsatzvolumen 25 (-) Mill. DM Organschafts- und 146 (111) Mill. DM Beteiligungserträge. Letztere stammten mit 89 (66) Mill. DM von Grace, mit 29 (28) Mill. DM vom Daimler, mit 9,8 (9) Mill. DM von Gerling und mit 17 (0) Mill. DM von einer „kleinen Wertpapieranlagegesellschaft" in den USA. Geb[...] sind der IV davon nach 12[...] Mill. DM EEV-Steuern 75,[...] Mill. DM Jahresüberschuß, d[...] durch einen Teil der hohen [...] träge (Verkauf von US-Filter [...] höht war. An die (nicht publi[...] de) Obergesellschaft „Flick [...] werden davon abermals 10 P[...] Dividende auf 700 Mill. D[...] Grundkapital ausgeschüttet.

Der Konzern präsentiert s[...] 2,6 Mrd. DM Eigenkapital [...] nach 33,5 Prozent Bilanzante[...] *insbesondere mit 638 (642* [...] DM flüssigen Mitteln – dav[...] (371) Mill. DM bei der Hol[...] weiterhin gut gerüstet für all[...] ken. Zum „Spezialrisiko" a[...] gen Widerrufs der Steuerbef[...] beim Grace-Kauf freilich (d[...] Mill. DM Steuern kosten v[...] verweigerte Kolb auch mi[...] weis auf „schwebende Verf[...] jegliche Auskunft.

Flick-Gruppe*)	1982
Umsatz (Mill. DM)	9 028
Exportanteil (%)	32,2
Gesamtleistung	9 905
Rohertrag	3 538
Personalaufwand	2 199
Beschäftigte	43 509
Sachinvestitionen	259
Abschreibungen	327
Brutto-Cash-flow	532
Jahresüberschuß	95
Rücklagenzuweisung	10

*) Inlandskonzern ohne Gerling

Automobilindustrie entläßt Mitarbeiter

v. K. Paris

Überraschend haben sämtliche französischen Automobilhersteller außer dem staatlichen Konzern Renault für Ende Juli massive Freistellungen von Personal angekündigt. Es werden Zahlen von bis zu 12 000 genannt. *Davon entfallen etwa 8500* auf die Gruppe Peugeot-Talbot, der Rest auf Citroën. Die Betriebsleitungen haben versichert, daß etwa zwei Drittel des einzusparenden Personals durch vorzeitige Versetzung in den Ruhestand verringert werden sollen.

Die Personaleinsparungen wer*den mit der schlechten wirtschaftli*chen Lage der betroffenen Firmen begründet. Als besonders angeschlagen gilt das Unternehmen Talbot, das im vorigen Jahr 2,5 Milliarden Franc verlor. Aber auch der Absatz bei Peugeot und Citroën entspricht nicht annähernd den Erwartungen. Die von der Regierung *auferlegten jüngsten Erhöhungen* des Mindestlohns um 10,05 Prozent kommen alle Unternehmen teuer zu stehen, denn sie können nur etwa zur Hälfte an den Verbraucher weitergegeben werden.

BAKOLA / Weiter steigender Zinsüberschuß erwartet

Lohnende Zurückhaltung

JOACHIM WEBER, Mannheim

Hans-Jörg Mauser, Vorstandsvorsitzender der Badischen Kommunalen Landesbank (Bakola), Mannheim, hat sich für 1983 auf eine „weitere Steigerung von Zinsüberschuß und Betriebsergebnis" eingestellt. Nachdem schon 1983 die Zinsspanne auf 0,78 (0,63) Prozent ausgeweitet wurde, hat der Vorstand sich für 1983 einen Durchschnitt von 0,91 Prozent „hochgerechnet".

Schon im vergangenen Jahr sorgte die günstige Zinsentwicklung für einen kräftigen Ertragssprung. *Die Steigerung des Zins*überschusses um fast 32 Prozent auf 170 (129) Mill. DM – begleitet auch von einer Erhöhung des Provisionsüberschusses um 11 Prozent auf 18 (16) Mill. DM – ließ das Betriebsergebnis um 67 Prozent auf 95 (57) Mill. DM steigen. Auch die „nachhaltige" Steigerung der Eigenhandels-Gewinne auf etwa 15 Mill. DM bereitete Freude.

Freilich: „Der Jahresabschluß hat zwei Gesichter", merkt Mauser an. Dem guten Betriebsergebnis standen auch gestiegene Risiken gegenüber, denen mit Vorsorgemaßnahmen in Höhe von 70 bis 80 Mill. DM Rechnung getragen wurde. Dennoch verblieb ein Jahresüberschuß von 15 (7) Mill. DM, aus dem die 68 badischen Mitgliedssparkassen eine Ausschüttung von 10,5 (5,6) Mill. DM erhalten.

Die wesentliche Ursache für die Erholung der Bakola vom Ertragstief der beiden Vorjahre sieht Mauser in der Politik des „ertragsorientierten Wachstums" getreu der Devise „Kein Geschäft kann manchmal ein gutes Geschäft sein". So nahm die Bilanzsumme nur um knapp 4 Prozent auf 23 (22) Mill. DM zu, das Gesamtkreditvolumen stagnierte bei gut 16 Mrd. DM.

Dabei kam es aber zu deutlichen Verschiebungen. Während das inländische Kreditgeschäft, vor allem mit Firmenkunden, um rund ein Siebtel auf etwa 4 Mrd. DM gesteigert werden konnte, hielt sich die Girozentrale im Kommunalkreditgeschäft wegen unzureichender Margen so stark zurück, daß der Bestand um 10 Prozent auf 7,2 (8) Mrd. DM zusammenschrumpfte. Auch beim Auslandskreditgeschäft stagnierte der Bestand bei 1,6 Mrd. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: oHG i. Hermann Schäler Bauunternehmen; Schäler Engineering GmbH; Albrecht & Ziep KG GmbH & Co.; Feuerlit Schindler GmbH; **Coburg:** O. & M. Hausser, Neustadt; Greiner & Hausser GmbH, Neustadt; **Gelsenkirchen:** Industrieofenbau Forell KG, Haltern; **Hamburg:** KG Eyring & Scheelke, Eisengießerei u. Maschinenfabrik; Dima Schuhhandel Siegfried Hauke KG; Nachl. d. Hermann-Peter Sauer; **Krefeld:** NIL-Touristik GmbH; **München:** Nachl. d. Peter Andreas Löwe, Chemiefacharbeiter; W. u. H. Finanz- u. Vermögensberatungs-GmbH; Nachl. d. Helgrid Käte Ella Neunz geb. Radeke, Fürstenfeldbruck; Nachl. d. Maria Reuß, Rentnerin; **Neuss:** Robota GmbH, Import Export, Meerbusch; **Salzgitter:** Maschinen- u. Stahlbau Golla GmbH; **Stuttgart:** Nachl. d. Benvenuto Allari, Altpapierhändler; **Uelzen:** Herbert Schult, Inh. d. Heinrich Schildt, Wriedel; **Weilheim:** Ingenieurbüro Wagner GmbH, Krailling; **Wilhelmshaven:** Nachl. d. Wilhelm Wichura, Inh. d. Hermann Borgmann; **Worms:** Nachl. d. Hans Balzhäuser, Gimbsheim.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Köln: David-Computer Vertriebs GmbH & Co.; **Mönchengladbach:** Ww. Maria Maus, Inh. Hans Maus, Kaufmann Hans Maus.

Vergleich beantragt: Königstein/Ts: Anlagen- und Investitionsges. mbH; **Memmingen:** Gebr. Abt GmbH, Mindelheim; **Saarbrücken:** Maria Feith.

ALLIANZ-HV

Nichts Neues bei Eagle Star

dpa/VWD, München

Die Allianz Versicherungs-AG, München, will ihre Position in Großbritannien ausweiten, erklärte der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Schieren auf der Hauptversammlung in München. Über die Form einer Ausweitung des Eagle-Star-Engagements oder die Übernahme des britischen Versicherungsunternehmens Cornhill scheint noch nicht entschieden zu sein. Die von einem Aktionärsvertreter gestellte Frage, ob die Beteiligung an Eagle Star aufgestockt, reduziert oder in unverändertem Umfang beibehalten werden soll, könnte er gegenwärtig nicht beantworten, erklärte Schieren.

Mit den Cornhill-Eigentümern habe man bereits vor Jahren Gespräche geführt, die dann allerdings ergebnislos verlaufen seien. Mittlerweile stehe diese Gesellschaft wieder zur Disposition. Es sei die Frage, ob es für die Allianz besser sei, mit 28 Prozent an einer großen oder mit 100 Prozent an einer mittleren Gesellschaft beteiligt zu sein. Mit dem Eagle-Star-Engagement insgesamt zeigte sich Schieren zufrieden. Das Unternehmen habe im vergangenen Jahr 6,5 Mill. Pfund Sterling Dividende an die Allianz gezahlt, 1983 sei mit einer in Landeswährung etwa gleichen Ausschüttung zu rechnen.

Im großen und ganzen zeigte sich die Allianz mit dem bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1983 zufrieden. Die bislang erzielten Umsätze entsprächen den Erwartungen. Im Inland erhöhte sich das Volumen des selbstabgeschlossenen Geschäfts in den ersten sechs Monaten um 6,2 Prozent. Im Ausland wurde bei den konsolidierten Tochtergesellschaften in Landeswährung ein Plus von fast 13,8 Prozent erreicht, in D-Mark erhöhten sich die Prämieneinnahmen um 6,4 Prozent. Schieren zeigte sich zuversichtlich, einen Abschluß vorlegen zu können, der die Aktionäre nicht enttäuschen werde.

STILL / Flaute überstanden – 1983 wieder Wachstu[...]

Expansion vom Inlandsma[...]

J. BRECH, Hamburg

Auf dem hartumkämpften und von der Konjunktur arg betroffenen Gabelstaplermarkt hat die Still GmbH, Hamburg, ihre Positionen *ausgebaut. Den Erfolg des Unter*nehmens, das zur Linde AG gehört und mit drei Schwestergesellschaften im Wettbewerb auf den internationalen Gabelstaplermärkten steht, führt der Geschäftsführer Ingo Schröder zum einen darauf zurück, daß auch in der Flaute an dem seit Jahren konsequent verfolgten Qualitätskonzept festgehalten worden sei. Zum anderen liefere Still überwiegend an Großverwender und Unternehmen mit besonders starkem Folgekostenbewußtsein.

Ungeschoren ist natürlich auch Still nicht über die Runden gekommen. Die Produktion ging 1982 um 7 Prozent zurück, der Gruppenumsatz reduzierte sich um 4 Prozent auf 426 Mill. DM. Allein im Inland verlor Still 18 Prozent an Absatz, die Konkurrenz traf es nach Aussage von Schröder freilich noch weit härter. Dadurch habe Still Marktanteile zugewonnen. Im Export, der stückmäßig fast die Hälfte des gesamten Geschäfts ausmacht, erreichte das Unternehmen e[...] von gut 5 Prozent.

Unzufrieden zeigt sich Sc[...] ferner mit der Ertragslage, [...] wenn Still eines der wenig[...] ternehmen der Branche se[...] te, das noch mit schwarzen [...] schreibt. In der Erfolgsrec[...] weist Still einen Überschuß [...] (2,7) Mill. DM aus, der an di[...] ter abgeführt wird. Das Betri[...] gebnis ist nach Angabe[...] Schröder, der sich im Gegen[...] einigen namhaften Konkur[...] auch in Krisenzeiten zur P[...] tätspflicht bekennt, von 6,7 [...] Mill. DM zurückgegangen.

Für dieses Jahr erwartet [...] der eine Absatz- und Ums[...] *weitung von rund 8 Proz*[...] ersten halben Jahr betru[...] Wachstum 6,5 Prozent. De[...] tragsbestand reiche bis Sept[...] doch stünden eine Reihe v[...] stellungen großer Abnehm[...] mittelbar bevor, erklärt Sc[...] Die Expansion kommt im [...] satz zum Vorjahr vom I[...] markt. Hier betrug das Pl[...] lang 14,8 Prozent, während [...] port um 15 Prozent zurück[...] gen ist.

UNTERNEHMEN UND BRANCH[...]

Parker-Pen im Aufwind

Frankfurt (VWD) – Weiter im Aufwind befindet sich die Parker-Pen GmbH, Baden-Baden. Die deutsche Tochter des US-Schreibgeräteherstellers berichtet für das Geschäftsjahr 1982/83 (28. 2.) über eine Steigerung des Netto-Umsatzes um zwölf Prozent auf rund 32 Mill. DM nach 28,3 Mill. im Vorjahr. Gut vorangekommen ist Parker am deutschen Markt mit dem Absatz von Füllhaltern, die 25 Prozent – 5 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr – zum *Gesamtumsatz* beitrugen.

Auftrag aus Kuwait

Hannover (VWD) – Die Kabelmetal Electro GmbH, *Hannover*, hat mit dem Kommunikationsministerium in Kuwait einen Vertrag für die Erweiterung und Erneuerung des kuwaitischen Telefonnetzes geschlossen. Nach Angaben der Kabelmetal beläuft sich der Wert des Auftrages auf 138 Mill. DM. Er umfaßt die Lieferung aller Teile bis zur schlüsselfertigen Übergabe. Der Bau soll in zwei Jahren abgeschlossen sein.

Gewinnplus bei Océ

Düsseldorf (Py.) – Die niederlän*dische Océ-van der Grinten-Grup*pe, eines der führenden Unternehmen auf dem europäischen Markt für Kopiertechnik und Materialien für Konstruktionsbüros, hat im 1. *Halbjahr 1982/83 (30. 11.)* den Reingewinn um 15 Prozent auf 23,1 Mill. hfl gesteigert. Der Umsatz fiel gegenüber dem 1. Halbjahr 19[...] Prozent auf knapp 809 [...] zurück. Nach Angaben der G[...] geht auf dem Markt für Ko[...] tionsbüros vom niedrigen I[...] tionsniveau in einigen Länd[...] gewisser Druck auf Umsa[...] Gewinn aus. Auf dem Büro[...] verlaufe die Entwicklung gün[...]

Zusammenarbeit auf P[...]

Frankfurt (dpa/VWD) – Di[...] Touristic, Frankfurt, und T[...] borg, Mönchengladbach, [...] probeweise ein Jahr zusamm[...] beiten, wie ein Sprecher de[...] Karstadt-Konzern zählenden [...] größten deutschen Reiseve[...] ters NUR bestätigte. In drei [...] Touristic-Reisebüros und dre[...] stadt-Warenhäusern sollen ab [...] gust auch Tjaereborg-Reisen [...] boten werden. Allkauf, Mut[...] sellschaft der deutschen T[...] borg, hat sich verpflichtet, in [...] Verbrauchermärkten das [...] gramm von Nekermann-Reise[...] führen.

Reger Handel mit Wie[...]

Düsseldorf (Py.) – Die österr[...] sche Herren- und Knabenob[...] kleidungsindustrie hat 1982 v[...] rem Produktionswert von 3 Mr[...] (rund 430 Mill. DM) für 1,1 Mrd[...] (160 Mill. DM) exportiert. In [...] Bundesrepublik flossen Ware[...] Wert von 77 Mill. DM – überwie[...] Hosen, Anzüge, Mäntel und Sak[...] Aus der Bundesrepublik wurd[...] gegen Oberbekleidung im Wert [...] 82 Mill. DM ausgeführt.

NAMEN

Karl H. Wiese, (46) bisher Generalmanager bei der Schweizer Effem AG, wird Nachfolger von **Rudolf Bolmeijer** (48) als Geschäftsführer der Effem GmbH, Verden/*Aller. Bolmeijer wird innerhalb der* internationalen Mars-Gruppe als Präsident die Verantwortung für den Lebensmittelbereich in Europa übernehmen und Anfang 1984 in die Zentrale in die USA gehen.

Klaus Geldmacher, bisher Marketingdirektor und **Wolfgang Plumpe**, bisher Verkaufsdirektor für Deutschland der Richardson GmbH, *Groß-Gerau*, wurden zu stellvertretenden Geschäftsführern ernannt.

AUTOVERSICHERER / Tarife nach jährlicher Kilometer-Fahrleistung nicht gepla[...]

Untersuchung bestätigt gültige Prax[...]

HARALD POSNY, Bonn

Die deutschen Autoversicherer beabsichtigen nicht die Einführung eines Kfz-Haftpflichtversicherungstarifs, der auf einer jährlichen Kilometer-Fahrleistung aufbaut. Es wird auch keine tarifliche Unterscheidung nach Alter, Ge*schlecht, Familienstand oder* einen besonderen Angestelltentarif ähnlich dem Tarif für Angehörige des öffentlichen Dienstes geben.

Das gestern in Bonn vorgestellte Ergebnis einer Stichproben-Erhebung des HUK-Verbandes bestätigte die Richtigkeit der bisher verwendeten Tarifmerkmale, verschiedene Merkmale würden wegen neuer notwendiger Abgrenzungen zu zusätzlichen Angriffspunkten auf die Versicherungsgesellschaften führen, denen man mit der *Erhebung*, in der *1978* der Schadenverlauf von mehr als 30 000 Pkw-Fahrern nach 22 Merkmalen in Zusammenarbeit mit Infratest analysiert worden ist, entgegenwirken wollte. Zudem würden manche Merkmale, insbesondere der „Kilometer-Tarif", zu einem enormen Verwaltungs- und Kontrollaufwand – auch bei der Unfallaufnahme durch die Polizei – führen, so daß die Nachteile einer neuen Tarifstruktur überwiegen wür*den.*

Die Untersuchungsergebnisse:

- Je mehr Kilometer ein Autofahrer pro Jahr zurücklegt, desto größer ist sein Unfallrisiko. Mit der Jahresfahrleistung steigt die Unfallhäufigkeit zunächst in gleichem Ausmaß, ab etwa 30 000 km langsamer. Der Schadenbedarf (ermittelt aus Unfallhäufigkeit und -schwere) war in der Gruppe, die 35 000 km und mehr fuhr, etwa 2,5mal so hoch wie in der Gruppe mit weniger als 6000 km.
- *Je größer die Limousinen*, desto stärker werden sie genutzt. Mit der Fahrzeugstärke (kW) nimmt jedoch nicht nur – bedingt durch höhere Kilometerleistung – die Unfallhäufigkeit, sondern auch Unfallschwere zu. Das geltende [...] rifsystem in der Auto-Haftpfli[...] versicherung *stellt* also eine [...] indirekter Kilometer-Tarif dar, [...] durch die Einteilung in kW-K[...] sen beide Einflußfaktoren auf [...] Schadenbedarf erfaßt.
- Unabhängig von *gefahrenen* [...] lometern – Angehörige des öffen[...] chen Dienstes sind bessere Ris[...] als „normale" Autofahrer. Das [...] aber keine Folge von geri[...] Fahrleistung. Beamte fahren [...] Schnitt 15 000 km pro Jahr [...] damit nur 800 km weniger als [...] übrigen Autofahrer.
- Frauen am Steuer verursach[...] zwar häufiger, im Schnitt a[...] leichtere Unfälle als Männer. [...] gesamt ist der Schadenbedarf [...] Frauen geringer als der der M[...] ner. Berücksichtigt man aber, d[...] Frauen mit kleineren Autos [...] kW) weniger (12 500 km) fahren [...] Männer (52 kW/16 100 km), verbl[...] ben kaum Unterschiede.

SCHICKEDANZ-GRUPPE / Deutliche Spuren der Konjunktur in einigen Bereichen

Erstmals rote Zahlen bei der Foto-Quelle

DANKWARD SEITZ, München

Auf das härteste Jahr in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Einzelhandels hatte man sich in der Schickedanz-Gruppe bereits rechtzeitig Mitte vergangenen Jahres eingestellt. Doch daß die schlechte Konjunktur dann so deutliche Spuren in manchem Unternehmensbereich hinterlassen würde, daran hatte man offensichtlich selbst wenige Tage nach dem Ende des Geschäftsjahres 1982/83 (30. 1.), für das jetzt in Nürnberg das Zahlenwerk vorgelegt wurde, *noch nicht gedacht.*

Dies gilt insbesondere für die Tochter Foto-Quelle, die erstmals mit roten Zahlen abgeschlossen hat, wie der Vorstandsvorsitzende der Gustav und Grete Schickedanz-Holding KG, Hans Dedi, eingestehen mußte. Der „beachtliche Verlust" – eine genaue Zahl wird nicht genannt – dürfte in der Größenordnung von knapp über 10 Mill. DM liegen. Der Umsatz stagnierte bei 617,4 (617,2) Mill. DM. Der Jubiläumsverkauf im vergangenen Jahr hat, wie am Rande der Pressekonferenz zu erfahren war, zwar ein Abgleiten verhindert, doch kein positives Ergebnis gebracht. Noch im Februar 1983 hatte der inzwischen ausgeschiedene Geschäftsführer von Foto-Quelle, Lothar Schmechtig, den Ertrag insgesamt als „zufriedenstellend" bezeichnet.

Zumindest leichte Überraschung dürfte auch das Ausmaß ausgelöst haben, in dem der Jahresüberschuß des Großversandhauses Quelle Gustav Schickedanz KG zurückgegangen ist. Er sank um beachtliche 38 Prozent auf 68,5 Mill. nach 110,4 (127,7) Mill. DM. Quelle-Chefin Grete Schickedanz zeigte sich trotzdem „noch zufrieden" mit diesem Ergebnis. Man habe nicht eine Expansion um jeden Preis betreiben wollen, sondern grundsätzlich dem Ertrag höhere Priorität eingeräumt. Sie verweist dabei auf den mit minus acht Prozent geringeren Rückgang des Netto-Cash-flows auf 123,0 (133,7) Mill. DM bei einem unverändert hohen Investitionsniveau von 55,4 (62,7) Mill. DM und Abschreibungen von 46,5 Mill. DM.

Die Zufriedenheit von Grete Schickedanz wird verständlich, denn ab Mitte 1982 drohte offensichtlich ein noch stärkerer Einbruch. Nach den Worten von Finanzchef *Norbert Lorentz konnte* der Rückgang „in Grenzen gehalten werden", weil sehr schnell ein umfangreiches Kostensenkungsprogramm Wirkung zeigte. Neben einem stärkeren Lagerabbau bestand dies in einer konsequenten Ausnutzung der Mitarbeiterfluktuation, wodurch sich die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um 5,1 Prozent auf rund 33 700 reduzierte. Darüber hinaus gelang es, das Zinsergebnis um rund 20 Mill. auf plus 5 Mill. DM zu verbessern.

Neben dem Ertragseinbruch im Fotobereich hatte Quelle – wie die gesamte Branche – unter der starken Zurückhaltung der Konsumenten vor allem im zweiten Halbjahr 1982 zu leiden – die letzten sechs Monate tragen bei Quelle im Durchschnitt rund 60 Prozent zum Umsatz bei. Insgesamt gingen die Handelsumsätze um 3,2 Prozent auf 8,7 (9,0) Mrd. DM zurück. Davon entfielen 0,6 Mrd. DM (minus 4,6 Prozent) auf Schöpflin und Möbel Hess, auf Quelle Deutschland 7,0 Mrd. DM (minus 4,2 Prozent) und das Auslandsgeschäft 1,1 Mrd. DM (plus 4,3 Prozent).

Das Herzstück der Gruppe, der Quelle-Versand, schnitt mit einem Minus von 4,8 Prozent auf 4,9 (5,1) Mrd. DM noch schlechter als die Versandbranche (minus 4,3 Prozent) ab. Etwas günstiger sah es im stationären Geschäft aus, wo nur ein Rückgang um 2,8 Prozent auf 2,15 Mrd. DM hingenommen werden mußte. Im Auslandsgeschäft dagegen entwickelte sich der Versandhandel mit einem Plus von 2,9 Prozent auf 0,5 Mrd. DM und der stationäre Handel mit plus 7,3 Prozent auf 0,36 Mrd. DM recht erfreulich.

Obwohl der Umsatztrend in den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres mit jeweils minus vier Prozent im Versand als auch *bei den Warenhäusern und bei Foto-Quelle* mit sogar 16,8 Prozent weiter nach unten zeigt, ist Grete Schickedanz zuversichtlich, daß am Jahresende ein „kleines Plus" erzielt werden kann. Ihre Hoffnungen gründen sich dabei auf die steigende Konsumbereitschaft der Verbraucher, zumal die Preise im neuen Quelle-Katalog, der in diesen Tagen ausgeliefert wird, trotz der Mehrwertsteuer-Erhöhung gegenüber dem Herbst/Winter-Angebot weitgehend unverändert geblieben sind.

Daß es auch beim Ertrag wieder etwas aufwärts geht, will man mit weiterhin unverändert hohen Investitionen und konsequenten Kosten-Sparmaßnahmen erreichen. Für Foto-Quelle ist allerdings, so Grete Schickedanz, eine längerfristige Neuorientierung und ein grundsätzliches Umdenken notwendig, um wieder in die Gewinnzone zu kommen. In der Vergangenheit habe man zu lange an den alten Konzepten festgehalten. Ohne auf nähere Einzelheiten einzugehen, denkt sie dabei offensichtlich an einen stärkeren Einstieg ins Video-Geschäft, denn: „Die Foto-Branche ist zunehmend schwieriger geworden; da kommt man mit einem Fotoapparat alleine nicht mehr durch."

ARBED

Vorschläge stoßen auf Ablehnung

rtr. Frankfurt

Die Vorschläge des luxemburgischen Stahlkonzerns Arbed SA zur Neuordnung des von ihm kontrollierten Weiterverarbeitungsbereichs in der Bundesrepublik sind auf Ablehnung der saarländischen Landes- und der Bundesregierung sowie der Arbed-Saarstahl GmbH gestoßen. In Saarbrücker Regierungskreisen wurden die Vorstellungen als „unsittlich" bezeichnet.

Die Arbed SA strebt eine Übertragung der industriellen Führung und finanziellen Verantwortung für ihre Betriebe im *Bereich der* Weiterverarbeitung auf die ohnehin schwer angeschlagene Saarstahl GmbH an, deren Zusammenbruch erst in dieser Woche durch die Überweisung von Bewilligungsbescheiden über Hilfen in Höhe von rund 77 Mill. DM vermieden worden war.

Eine Umstrukturierung des Weiterverarbeitungsbereichs, zu dem vor allem die Techno-Arbed in Saarbrücken und die Trefil-Arbed, Köln, gehören, ist vor allem deshalb schwierig, weil bislang keine ausreichende Deckung für die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 240 Mill. DM gefunden werden konnte.

Saarstahl-Aufsichtsratsmitglied Karl Dinges und ein Unternehmenssprecher machten eine finanzielle Sanierung von Techno und Trefil zur Bedingung für ihre Zustimmung zur Übernahme durch Saarstahl.

Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums erklärte, die Arbed SA solle aus ihren Verpflichtungen nicht entlassen werden.

In Saarbrücker Regierungskreisen wird ungeachtet der strikten Ablehnung der luxemburgischen Vorstellungen damit gerechnet, daß in naher Zukunft Gespräche über ein zur Techno Arbed gehörendes Unternehmen in Beckingen geführt werden müssen.

HAPAG-LLOYD / Erfolge in der Umstrukturierung – Aktionäre weiter gefordert

Nun läuft die Schiffahrt aus dem Ruder

J. BRECH, Hamburg

Deutschlands größte Reederei, die Hapag-Lloyd AG, Hamburg/Bremen, ist zwar mit den Aufräumungsarbeiten im Beteiligungsbereich ein gutes Stück vorangekommen, die Lage des Schiffahrtsunternehmen bleibt gleichwohl äußerst kritisch. Ohne Reserven und finanziell ausgezehrt durch die kostspielige Sanierung einer mißglückten Diversifikationspolitik, gerät Hapag-Lloyd nun im Kernbereich, der Container-Linienschiffahrt, in eine Existenzkrise.

Vor allem die USA-Verkehre auf dem Nordatlantik und zur Westküste bringen riesige Verluste. Das Ergebnis in der Schiffahrt, das schon 1982 defizitär war, wird sich in diesem Jahr noch wesentlich verschlechtern. Allein im US-Geschäft droht ein Mehrverlust von rund 100 Mill. DM. Da auch im Beteiligungsbereich die Verluste weiter sprudeln, steht Hapag-Lloyd mit der Aufstellung der Bilanz 1983 ein neuer, allein kaum zu bewältigender Kraftakt bevor.

Die zweite Kapitalerhöhung und anschließende Wiederaufstockung, die die Hauptversammlung am 18. August beschließen soll und die Hapag-Lloyd nochmals 120 Mill. DM in die Kassen bringt, hat denn auch vorbeugenden Charakter. Ob die Eigenmittelzufuhr freilich ausreicht, um Hapag-Lloyd mit dem Problem des Verdrängungswettbewerbs in der Schiffahrt und den Nachwehen der Restrukturierung fertig werden zu lassen, ist offen. Immerhin sieht Vorstandssprecher Hans Jakob Kruse in den Kapitalmaßnahmen ein deutliches Zeichen der Aktionäre, Hapag-Lloyd in dem Überlebenskampf auch künftig entscheidend zu stützen.

Aus eigener Kraft hat der Konzern nichts mehr zuzusetzen. In die, wie Kruse formuliert, größte Schiffahrtskrise seit den 30er Jahren geht Hapag-Lloyd sozusagen „ohne Speck auf den Rippen". Der Abschluß für das Jahr 1982 dokumentiert eindrucksvoll, daß das Unternehmen zur Vermeidung von Grundberührung auch die letzten Ecken ausgekehrt hat. Um den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag von knapp 59 Mill. DM (im Konzern 68 Mill. DM) auszugleichen, war die Hilfe der Aktionäre mit Teil eins der Kapitalherabsetzung und Wiederaufstockung notwendig, *um Verluste und Sanierungs*aufwand bei den Beteiligungsgesellschaften zu kompensieren, mußten mehr als 200 Mill. DM außerordentliche Erträge mobilisiert werden.

Sonderabschreibungen, Rückstellungen für drohende Verluste, Sozialplankosten und Betriebsverluste summierten sich bei der Kosmos (Trampfahrt) zu einem Gesamtaufwand von 95 Mill. DM, bei der Fluggesellschaft von 40, bei der Spedition Pracht von 25 und bei anderen Auslandsbeteiligungen von 20 Mill. DM. Rechnet man den Verlust in der Linienfahrt von rund 70 Mill. DM mit ein, hatte Hapag-Lloyd 1982 ein Loch von gut 280 Mill. DM zu stopfen. Lichtblicke blieben allein die Hafen- und Küstendienste, die rund 35 Mill. DM Gewinn abwarfen, die Reisebüros und vor allem die „Europa", die ein „sehr gutes Ergebnis" einfuhr.

Die Bereinigung im Beteiligungsbereich, die insgesamt etwas weniger als die vorgesehenen 300 Mill. DM kosten wird, soll Ende dieses Jahres endgültig abgeschlossen sein. Kosmos wird im September liquidiert, die Fluggesellschaft ist nach innerer Straffung, flexiblerem Auftreten am Markt und Reduzierung der Flotte „über den Berg", die Spedition Pracht rollte nach rigoroser Umstrukturierung auf ebneren Bahnen. Für die Werft steht die Einbringung in einen größeren Bremer Schiffbau-Verbund in Aussicht. Auch der Abbau der Belegschaft soll bis zum Jahresende beendet sein. Im Endstadium wird Hapag-Lloyd im Konzern noch rund 9340 Mitarbeiter beschäftigen.

Ohne die katastrophale Lage in der Linienfahrt auf der Nordatlantikstrecke wäre Hapag-Lloyd Ende 1983 wohl in der Lage, „Land in Sicht" zu melden. Im Beteiligungsbereich erwartet Finanzchef Bernd Wrede spätestens 1984 ein saldiert positives Ergebnis, und der Konzern, so fügt er hinzu, könnte bereits 1983 ausgeglichen abschließen, wenn es das Desaster in den USA-Verkehren nicht gebe.

Einen Rückzug aus diesem Fahrtgebiet hält Kruse allerdings für keinen Ausweg. Das wäre in der Tat so etwas wie das Eingeständnis gegenüber Kunden und Konkurrenz, daß sich Hapag-Lloyd von der internationalen Schiffahrt verabschiedet. Um dies zu verhindern, bedarf es des langen Atems der Großaktionäre.

Hapag-Lloyd	1982	±/%
Konzernumsatz (Mill. DM)	4 332	– 0,6
dav. Frachtdienste	2 898	– 4,9
Hafen-, Küstendienste	209	+10,6
Werft, Rep.	188	+52,8
Touristik	723	+ 1,3
Spedition	300	+10,7
Belegschaft	10 452	– 9,5
Jahresfehlbetrag (AG)	59	(7,5)
Brutto-Cash-flow	62	–76,1
in % v. Umsatz	1,4	(6,2)
Eigenkapital	252	+ 6,7
in % d. Bil.-Summe	13,3	(12,4)

FINANZANZEIGE

HOCHTIEF Aktiengesellschaft · vorm. Gebr. Helfmann · Essen

Kurzfassung der Konzernbilanz in Mill. DM

AKTIVA	1982	1981
Sachanlagen	831,4	583,5
Finanzanlagen	457,2	154,0
Stoffe, Ersatzteile und Erzeugnisse	70,0	85,8
Nicht abgerechnete Bauarbeiten	3.524,9	3.450,8
Erhaltene Abschlagszahlungen	./. 3.447,1	./. 3.323,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und an Arbeitsgemeinschaften	700,1	746,1
Liquide Mittel und Wertpapiere	2.665,3	2.494,3
Übrige Gegenstände des Umlaufvermögens und Rechnungsabgrenzung	303,7	439,8
	4.905,5	4.639,8

PASSIVA	1982	1981
Grundkapital	150,0	120,0
Rücklagen und Sonderposten mit Rücklageanteil	592,0	465,7
Wertberichtigungen und Rückstellungen	1.015,5	1.000,0
Langfristige Verbindlichkeiten	155,6	158,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und gegenüber Arbeitsgemeinschaften	656,5	881,0
Erhaltene Anzahlungen	1.880,7	1.632,8
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzung	357,1	276,3
Konzerngewinn	88,1	97,0
	4.905,5	4.639,8

Kurzfassung der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in Mill. DM

	1982	1981
Außenumsatzerlöse	3.811,2	5.277,2
Umsatzsteuer	./. 306,5	./. 302,2
Innenumsatzerlöse, Bestandveränderung, andere aktivierte Eigenleistungen	276,9	347,3
Gesamtleistung	3.781,6	5.322,3
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.957,5	3.204,1
Rohertrag	1.824,1	2.118,2
Übrige Erträge	223,1	222,2
	2.047,2	2.340,4
Personalaufwendungen	1.085,6	1.190,1
Anlageabschreibungen	120,6	132,8
Steuern	263,1	277,5
Übrige Aufwendungen	403,7	555,5
Jahresüberschuß	174,2	184,5
Davon Konzerngewinn	88,1	97,0

Die ordentliche Hauptversammlung am 7. Juli 1983 hat u. a. beschlossen, den Bilanzgewinn von DM 83.000.000,– wie folgt zu verwenden:

Zahlung einer Dividende von DM 9,– und eines Bonus von DM 2,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– auf das Grundkapital von DM 150.000.000,–	DM 33.000.000,–
Zuführung zur Rücklage für Auslandsrisiken	DM 50.000.000,–
Zuführung des zusätzlichen Ertrages zur Rücklage für Auslandsrisiken	DM [illegible].000,–

Der Jahresabschluß und der Konzernabschluß mit den uneingeschränkten Bestätigungsvermerken der Westdeutschland - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Aktiengesellschaft, Essen, wurden in vollständiger Form im Bundesanzeiger veröffentlicht.



Allianz

Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft

Bilanz zum 31.12.1982 (gekürzt)

Aktiva		Mio DM
Kapitalanlagen ohne Depotforderungen		9848,7
Grundstücke	1209,1	
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	281,6	
Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	1760,9	
Schuldbuchforderungen	35,6	
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	30,0	
Beteiligungen	2069,4	
Wertpapiere	4391,1	
Festgelder, Termingelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten	71,0	
Depotforderungen		3002,5
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		155,6
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		302,1
Sonstige Aktiva		586,2
		13895,1

Passiva		
Grundkapital		417,0
Offene Rücklagen		1439,6
Sonderposten mit Rücklageanteil		40,6
Versicherungstechnische Rückstellungen für eigene Rechnung		9727,3
Beitragsüberträge	1101,2	
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4335,6	
Übrige versicherungstechnische Rückstellungen	4290,5	
Depotverbindlichkeiten		724,4
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		76,7
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft		88,1
Nichtversicherungstechnische Rückstellungen		1034,1
Sonstige Passiva		244,3
Bilanzgewinn		103,0
		13895,1

Gewinn- und Verlustrechnung 1982 (gekürzt)

Beitragseinnahmen brutto	6869,7	
Rückversicherungsbeiträge	–2108,3	
Beitragseinnahmen für eigene Rechnung (f. e. R.)	4761,4	
Veränderung der Beitragsüberträge	– 38,2	
Verdiente Beiträge	4723,2	
Übrige versicherungstechnische Erträge	295,3	
Versicherungstechnische Erträge f. e. R.		5018,5
Aufwendungen für Versicherungsfälle	–3016,2	
Aufwendungen für Rückkäufe, Rückgewähr, Beitragsrückerstattung	– 227,6	
Verschiedene versicherungstechnische Aufwendungen	– 468,2	
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	–1177,1	
Versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.		–4889,1
Veränderung der Schwankungsrückstellung		– 9,1
Versicherungstechnisches Ergebnis		120,3
Erträge aus Kapitalanlagen	731,2	
Übrige allgemeine Erträge	351,7	
Aufwendungen für Kapitalanlagen	– 207,4	
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	– 128,2	
Übrige Aufwendungen ohne Steuern	– 421,9	
Allgemeines Ergebnis		325,4
Steuern		– 240,9
Jahresüberschuß		204,8
Einstellung in Rücklagen durch Vorstand und Aufsichtsrat		– 101,8
Bilanzgewinn		103,0

Der vollständige Jahresabschluß, der im Bundesanzeiger voraussichtlich im August veröffentlicht wird, trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 13. Juli 1983 beschlossen, den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 1982 in Höhe von 103036364,– DM wie folgt zu verwenden:

a) Ausschüttung einer Dividende von 10,– DM auf jede der 8340000 gewinnberechtigten Aktien à nom. 50,– DM	83400000,– DM
b) Einstellung in die offenen Rücklagen	13500000,– DM
c) zusätzlicher Aufwand aufgrund dieses Gewinnverwendungsbeschlusses	6136364,– DM

Die Dividende wird gegen Vorlage des Dividendenscheines Nr. 37 abzüglich der Kapitalertragsteuer von 25% ausgezahlt. Mit der Dividende ist eine Steuergutschrift von 5,63 DM verbunden, die auf die inländische Einkommen- oder Körperschaftsteuerschuld der Aktionäre angerechnet wird.

Für Aktien, die bei einem inländischen Kreditinstitut verwahrt werden, zahlt die Depotbank die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuergutschrift aus, wenn ihr von einem inländischen Aktionär eine Bescheinigung des Finanzamts gemäß § 36b EStG (Nichtveranlagungsbescheinigung) vorgelegt wird.

Zahlstellen unserer Gesellschaft sind die Niederlassungen der folgenden Banken in Berlin, München, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg, Hannover, Köln und Stuttgart:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Joh. Berenberg, Gossler & Co
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co
Georg Hauck & Sohn Bankiers KG a. A.
Merck, Finck & Co
B. Metzler seel. Sohn & Co
Sal. Oppenheim jr. & Cie
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG
Bayerische Volksbanken AG
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt

Aus dem Geschäftsbericht 1982 der FLACHGLAS AKTIENGESELLSCHAFT Fürth/Bayern

Bilanz zum 31. Dezember 1982

AKTIVA	Mio DM	(Vorj.)	PASSIVA	Mio DM	(Vorj.)
Sachanlagen	273	(306)	Grundkapital	136	(136)
Finanzanlagen	74	(71)	Rücklagen	251	(251)
Anlagevermögen	347	(377)	Sonderposten mit Rücklageanteil	7	(–)
Vorräte	89	(92)	Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	3	(3)
			Rückstellungen	237	(232)
Forderungen	137	(124)	lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	35	(26)
Geldmittel, Wertpapiere	189	(156)	andere Verbindlichkeiten	71	(74)
Umlaufvermögen	415	(372)	Bilanzgewinn	22	(27)
Bilanzsumme	762	(749)	Bilanzsumme	762	(749)

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung

	Mio DM	(Vorj.)
Umsatzerlöse	854	(863)
Gesamtleistung	854	(865)
Materialaufwand	311	(301)
übrige Erträge	63	(188)
Personalaufwand	297	(308)
Abschreibungen	92	(198)
Steuern	43	(57)
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	8	(–)
übrige Aufwendungen	144	(152)
Jahresüberschuß	22	(37)

Konzernbilanz zum 31. Dezember 1982

AKTIVA	Mio DM	(Vorj.)	PASSIVA	Mio DM	(Vorj.)
Sachanlagen	370	(402)	Grundkapital	136	(136)
Finanzanlagen	101	(90)	Rücklagen	251	(251)
Anlagevermögen	471	(492)	Rücklage aus der Konsolidierung	157	(159)
			Anteile in Fremdbesitz	3	(3)
			Sonderposten mit Rücklageanteil	20	(6)
Vorräte	133	(138)	Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	8	(6)
			Rückstellungen	268	(263)
Forderungen	163	(147)	lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten	55	(51)
Geldmittel, Wertpapiere	255	(226)	andere Verbindlichkeiten	106	(101)
Umlaufvermögen	551	(511)	Konzerngewinn	20	(27)
Bilanzsumme	1.022	(1.003)	Bilanzsumme	1.022	(1.003)

Aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	Mio DM	(Vorj.)
Umsatzerlöse	1.179	(1.204)
Rohertrag	732	(768)
übrige Erträge	66	(175)
Personalaufwand	408	(416)
Abschreibungen	114	(220)
Steuern	49	(63)
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	11	(–)
übrige Aufwendungen	195	(207)
Jahresüberschuß	21	(37)

Aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 21.683.200 DM für das Geschäftsjahr 1982 schütten wir eine Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 135.520.000 DM aus. Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 4,50 DM je Aktie verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird.
Der vollständige Abschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Deutschen Treuhand-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, trägt, wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Fürth/Bayern, im Juli 1983
Der Vorstand

FLACHGLAS AG

Regionale Energieversorgung – wirtschaftlich und weitblickend

2,98 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie haben wir 1982 an unsere Kunden in Stadt und Land geliefert.

Unser Versorgungsgebiet umfaßt den Regierungsbezirk Mittelfranken – ohne die Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen –, einen Teil von Unterfranken und Randgebiete von Oberfranken, Oberbayern, Schwaben und der Oberpfalz.

Als regionales Energieversorgungsunternehmen haben wir für die sichere und wirtschaftliche Versorgung aller Kunden die richtige Größe. Die Zusammenfassung der Energieversorgung in leistungsfähigen Unternehmen überschaubarer Größenordnung bringt organisatorische, technische und wirtschaftliche Vorteile, die der Bevölkerung und Wirtschaft in Stadt und Land zugute kommen.

Mitglied der ARE · Arbeitsgemeinschaft Regionaler Energieversorgungs-Unternehmen e. V.

Jahresabschluß 1982 (in gekürzter Form – 1000 DM)

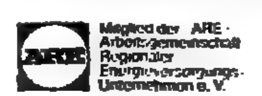
Bilanz zum 31. Dezember 1982

Aktiva	
Sachanlagen	1.251.632
Finanzanlagen	2.890
Vorräte	5 117
Forderungen	91.684
Flüssige Mittel	10.937
	1.362 260

Passiva	
Grundkapital	70 015
Rücklagen	49.357
Sonderposten	5 007
Wertberichtigungen	728.474
Entfernungslast und Baukostenzuschüsse	297.957
Rückstellungen	44 473
Verbindlichkeiten	159.334
Bilanzgewinn	7 143
	1.362 260

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1982

Umsatzerlöse	584.952
Eigenleistungen	4.375
	589 327
Materialeinsatz	394 712
Rohertrag	194.615
Zinserträge	655
Erträge aus Anlageabgängen und Zuschreibungen	4 013
Auflösung von Rückstellungen	1.204
Sonstige Erträge	1 880
	202.367
Personalaufwand	73 325
Abschreibungen	71 162
Zinsaufwand	7.315
Steuern	19 650
Einstellung in Sonderposten	4.824
Sonstiger Aufwand	13 914
Jahresüberschuß	12.167
Gewinnvortrag	175
	12 342
Einstellung in Rücklagen	5.200
Bilanzgewinn	7 142



FRÄNKISCHES ÜBERLANDWERK
AKTIENGESELLSCHAFT NÜRNBERG

Veröffentlichung des vollständigen Jahresabschlusses im Juli 1983 im Bundesanzeiger. Er trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der mit der Abschlußprüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit Aktiengesellschaft Frankfurt

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

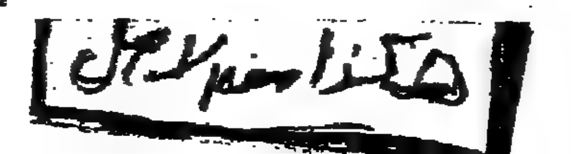


„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln."

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.
Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen.
Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".
Heft 15 der „Orientierungen" bringt Beiträge zur Friedenspolitik, zum Welthandel und zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland, ein Interview mit Bundesbankpräsident Otto Pöhl zur internationalen Währungspolitik sowie Analysen zur Wirtschaftspolitik in Japan und Ägypten.
Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? –

Bitte schreiben Sie uns:
Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1



Rentenrendite steigend

Die Angst vor einer Diskonterhöhung in den USA sowie die dort am Dienstag weitergestiegenen Zinsen führten am deutschen Rentenmarkt zu Abgaben und bei den öffentlichen Anleihen zu Abschlägen bis nahezu einem halben Punkt. Gleichwohl wurde der Kurs der neuen 8prozentigen Bundesanleihe noch auf 99¼ Prozent gehalten. Bei den Pfandbriefen haben sich die Renditen im zehnjährigen Bereich im Handel unter Banken bis nahe an 8½ Prozent herangeschoben, bei den fünfjährigen liegt sie bei 8,35 Prozent.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		13. 7.	12. 7.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,05G	100,05
10 dgl. 73 II	11/83	101,2	101,2
7½ dgl. 72	2/84	100,65	100,7G
8 dgl. 72	9/84	101,55	101,7
8½ dgl. 75	9/84	101,8	101,8
6 dgl. 78 III	11/84	99,2	99,2
6½ dgl. 78	2/85	99,1G	99,1
8½ dgl. 75	2/85	102,1	102,1
7 dgl. 77	2/87	97,7G	97,7

Bankschuldverschreib.

	13. 7.	12. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82G	82
6½ dgl. Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1G
F 7½ Bakola Pf 104	99,9G	100,2T
8 dgl. Pf 108	102,9G	103,5G
10 dgl. Pf 106	107,55G	108,75G
7 dgl. KS 132	94G	95G
8 dgl. KS 155	98,25G	99G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen die Goldnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Silber aus dem Markt. Zu größeren Verlusten kam es bei Kupfer, etwas fester notierte Kaffee.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 7.	11. 7.
Juli	335,25	337,25
Sept.	347,25	348,50
Dez.	363,25	365,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	12. 7.	11. 7.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	234,31	233,76
Amber Durum	236,31	235,11

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	112,60	113,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 7.	11. 7.
Terminkontr. Juli	128,60	128,70
Sept.	128,95	128,70
Dez.	125,90	125,75

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	unerhältl.	1983
Sept.	unerhältl.	2025
Dez.	unerhältl.	2061
Umsatz	unerhältl.	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Mitläufer stiegen aus

Deutliche Kurseinbußen bei den bisher favorisierten Aktien

DW. – Verunsichert durch die vorangegangene Börsenschwäche an der Wall-Street sowie durch die steigenden Zinsen kam es am deutschen Aktienmarkt bei einem großen Teil der bisher bevorzugten Papiere zu Gewinnmitnahmen. Der geringe Umfang der Verkaufsaufträge läßt darauf schließen, daß diese von sogenannten Mitläufern stammen, die noch vorhandene Kursgewinne sicherstellen wollen. Auf ermäßigter Basis fanden sich zwar Käufer, doch waren sie nicht bereit, nennenswerte Kurszugeständnisse zu machen. Als flott absetzbar erwiesen sich weiterhin Daimler-Aktien, für die Interesse auch aus dem Ausland bestanden haben soll.

Besonders deutlich waren die Abschläge im Bereich der Maschinenbauwerte, von denen Linde um rund 15 DM, KHD um 9 DM und Deutsche Babcock Stämme um 6,50 DM zurückgenommen wurden. Bei den Versicherungswerten fielen Aachen Münchner Beteiligung mit einem Abschlag um 35 DM auf 685 DM aus dem Rahmen. Bei Holzmann gab es einen Abschlag um rund 10 DM auf 480 DM. Bei den Banken gingen die Tagesverluste im allgemeinen über 5 DM nicht hinaus. Vergleichsweise gut behaupten konnten sich die Versorgungswerte, die von der Börsenkulisse in den letzten Wochen gemieden worden waren, und an denen die Hausse in ihrer letzten Phase vollständig vorübergegangen ist.

Düsseldorf: Nach lustlosem Handel Kursverluste in allen Marktbereichen. So schlossen Audi NSU mit 286 DM (minus 6 DM). Balcke Dürr verloren 5 DM auf 145 DM und Biewag 20 DM auf 100 DM. DAT gaben um 5 DM auf 365 DM nach und Heinrich um 7 DM auf 288 DM.

Frankfurt: Siemens gingen um 3,70 DM auf 356,50 DM zurück, VW um 5,30 DM auf 196 DM, Linde um 11 DM auf 386 DM, KHD um 11 DM auf 255 DM, Heidelberger Zement um 30 DM auf 455 DM. Verbessern konnten sich Koepp um 7,50 DM auf 90 DM.

Hamburg: HEW lagen nach Schwankungen bei 104 DM (plus 2 DM), während NWK-Vorzüge auf 162,20 DM (minus 0,80 DM) nachgaben. Phoenix Gummi begannen mit 140 DM (minus 2,10 DM). Reichelt wurden mit 77 DM (minus 2 DM) gehandelt. Stärker abgeschwächt waren Beiersdorf bei 348 DM (minus 5 DM) und Holsten Brauerei bei 270 DM (minus 4,50 DM).

München: Ackermann erhohten um 3,80 DM auf 103,80 DM und Agrob St. um 3 DM auf 360 DM. Audi NSU gaben um 7 DM auf 286 DM nach und Augsburger Kammgarn um 3,50 DM auf 68 DM. Dywidag verloren 3,50 DM auf 315,50 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf schwächten sich um 15 DM, Herlitz Vorzüge um 12 DM, Tempelhofer Feld um 10 DM und Berthold um 8 DM ab. Dt. Hypobank Berlin wurden um 5 DM niedriger taxiert. Kempinski lagen um 1,30 DM, Detewe, DUB-Schultheiß und Orenstein um je 1 DM leichter.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Hongkong

Brüssel

Kopenhagen

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 13. 7.: 767 Optionen, 39 900 (41 500) Aktien, davon 98 Verkaufsoptionen = 5350 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-75/4, 10-80/3, 1-80/5, 1-85/3,40, 4-80/10,80, Siemens 10-360/14,90, 1-380/23, 1-370/19, 1-380/14,40, 1-390/8, 4-370/30, 4-400/13,50, Veba 10-180/7-6,80, 1-180/14,L80, BASF 10-140/15,40, 10-150/7,10-160/3, 1-140/18,80, 1-150/12, 1-160/7, 1-170/3,50, 4-150/17, Bayer 10-136/18, 10-146/9, 10-150/7,50, 1-150/12, 1-160/7, 1-166/5, 1-170/3,80, 4-140/21,20, 4-150/15, 4-160/11,20, 4-170/5, Hoechst 10-140/17,40, 10-144,50/14,60, 10-150/10, 10-160/4,50, 10-170/2,80, 1-150/12,50, 1-160/8, 1-170/5, 4-160/14, 4-170/7,50, BMW 10-400/16,60, 10-420/10,10, 1-430/19,10, VW 10-200/10,50, 10-210/7, 1-180/28,50, 1-200/18, 1-210/14,80, 1-220/8, 4-200/23,20, Conti 10-100/12, 10-110/5,90, 10-120/3,90, 1-100/17,50,1-110/17, 1-130/5,45, Lufthansa 4-140/7,35, Commerzbank 10-190/7,90,10-210/4,90, 1-180/19,19,90, 1-190/14, 1-210/8, Deutsche Bank 10-340/14,85, 10-350/11, 10-360/8, 1-340/26, 1-360/15,80, 1-370/9,40, 4-360/35,20, Dresdner Bank 1-180/128, 1-200/8,25, 1-220/5,60, Hoesch 10-50/3,90, 10-55/3, 1-50/7,50, 1-60/5, Mannesmann 10-160/2, 1-150/10, 1-160/6, 1-170/3,20, 4-130/14, 4-160/9,50, 4-180/6, Preussag 10-290/6, Thyssen 10-80/3,80, 1-80/7,60, 1-80/3, 4-80/7, Bay. Ver.-Bank 10-370/5, BHF-Bank 1-270/42, 1-310/11,70, BBC 10-220/6, 1-320/10, Daimler 1-590/28,30, 1-600/30, 4-600/41, 4-640/14,40, Deutsche Babcock 10-180/6, Degussa 1-370/23,90, 1-400/15, GHH 10-180/6,40, 1-170/15, GHH Vorz. 10-160/3,60, Harpener 1-280/15,Kali u. Salz 10-190/5,60, Karstadt 1-280/19, Kaufhof 10-270/8, Klöckner 10-40/360, 10-45/2, Metallges. 4-250/10, Philips 1-45/7, Royal Dutch 10-120/6,50, 1-100/21,20, 1-120/9,90, 1-130/11,60, 1-140/4,90, 4-130/12, Elf Aquitaine 1-50/13,40, 1-55/7, Chrysler 1-90/9,90, Sperry Rand 10-100/14, 1-120/4,70, RWE 1-170/6,85, 1-180/6, 4-180/14,90, VEW 1-130/6,50. Verkaufsoptionen: BASF 10-150/5,10, 10-160/15, Bayer 10-150/4, BMW 10-380/8,70, VW 10-180/3, 10-190/5,20, 10-200/9, 1-200/11, 4-200/14,80, Conti 10-100/3,50, Deutsche Bank 10-340/13, Hoesch 1-55/6,50, 4-55/6,60, Thyssen 10-80/6,90, 4-80/7, Bewag 10-100/2, Daimler 10-580/17, Deutsche Babcock 10-180/14,40, Kali u. Salz 10-190/5,50, MAN 10-150/2,50, 1-160/15,Philips 10-50/6,20, Royaldutch 10-120/8,60, Chrysler 1-80/8, 1-85/10, IBM 1-300/20,20, Xerox 10-120/6,50, RWE 1-170/3,60.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10	4¾–5	4⅝–5
3 Monate	10⅛–10⅜	5¼–5⅜	4¾–5
6 Monate	10⅜–10⅝	5⅝–5¾	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅞–11	6 –6¼	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1455,00	1778,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1213,00	1428,31
5 US-Dollar (Liberty)	538,00	666,61
1 £ Sovereign alt	259,00	318,06
1 £ Sovereign Elizabeth II	247,00	304,38
20 belgische Franken	191,00	251,94
10 Rubel Tscherwonez	267,00	332,88
2 südafrikanische Rand	252,00	310,08
Krüger Rand, neu	1127,00	1325,82
Maple Leaf	1133,00	1325,82
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	254,00	323,76
20 schweiz. Franken „Vreneli"	209,00	266,76
20 franz. Franken „Napoléon"	208,00	265,62
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1040,00	1234,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	111,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	482,00	589,38
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	114,00	152,76

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Begleitet von bis zu einem viertel Prozentpunkt festeren Euro-Dollar-Zinssätzen behauptete der Dollarkurs mit einem amtlichen Mittelkurs von 2,5915 am 13. 7. seine feste Tendenz. Eingriffe der Deutschen Bundesbank wurden nicht beobachtet. Die Handelsaktivitäten gestalteten sich noch ruhiger als am Vortag, und der Kurs bewegte sich nur in der engen Bandbreite von 2,5875 und 2,5925. Der Markt erwartet mit Spannung die Äußerungen des FED-Chefs Volcker am Donnerstag vor dem Bankausschuß des Senats. Keine einheitliche Tendenz gab es für die D-Mark gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen. Das britische Pfund schwächte sich um 1,2 Pfg. auf 3,962 ab. Mit einem Tagesgewinn von 8 Pfg. befestigte sich der Gulden auf 89,44. Verlangsamt hat sich die Aufwärtstendenz beim schweizer Franken und japanischen Jen, die sich nur geringfügig um 8 Pfg. bzw. 0,2 Pfg. auf 122,18 und 1,0770 befestigten. US-Dollar in: Amsterdam 2,8990; Brüssel 51,675; Paris geschlossen; Mailand 1532,70; Wien 18,2380; Zürich 2,1216; Ir. Pfd./DM 3,159; Pfd./Dollar 1,5288.

Ostmarkkurse am 13. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Der weitere Anstieg der Dollarzinsen um ¼ Prozent führte am 13. Juli zu einer nochmaligen Erweiterung der Dollar-Terminabschläge.

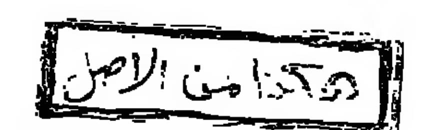
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 7.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,3–5,4 Prozent; Dreimonatsgeld 5,5–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 7.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 13. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,50 (4,86)–7,… (5,77)–8,50 (6,35)–9,00 (6,83)–9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,50 (6,49)–9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,7…



Tenor, sei ein Mann!

he. – Freunde der Oper dürfen sich bei dem Wissenschaftler Glenn Wilson vom Londoner Institut für Psychiatrie dafür bedanken, daß er sie um eine Illusion ärmer machte. Wilson hat den Heldentenören den Nimbus des Sex-Appeals genommen, mit dem Opernkomponisten sie getreu einer nun schon jahrhundertealten Tradition auszustatten pflegten. Und ausgerechnet die singende Zunft hat dem Mr. Wilson bei diesem Akt der Entmythologisierung auch noch Vorschub geleistet.

Der Wissenschaftler verschickte Fragebögen an 350 Opernsänger, immerhin 91 gaben Auskunft. Die Befragten gaben zu Protokoll, daß Sänger der höheren Stimmlagen „emotionaler, schwieriger, unzuverlässiger, eingebildeter und femininer" seien als die tiefen Register. Von übler Nachrede oder Verleumdung der Tenöre durch ihre Kollegen kann keine Rede sein, denn die solcherart Charakterisierten gestanden eben diese Eigenschaften selber ein. „Die Sänger der tieferen Stimmlagen waren *größer* und dünner und neigten weit mehr zu sexuellen Affären mit Kolleginnen", hieß es über Bariton und Baß. Tenöre seien darüber hinaus häufig untersetzt, stiernackig und arrogant, während Bässen bescheinigt wurde, sexy und ehrgeizig zu sein. Tenören wurde zu allem Überfluß auch noch nachgesagt, häufiger von Lampenfieber geplagt zu werden und öfter indisponiert zu sein.

So betrachtet, wäre eine stattliche Anzahl von Hauptrollen der Opernliteratur schlicht fehlbesetzt. Man denke nur an Siegfried oder gar Tristan. Kein Wunder, daß Madame Butterfly bei Linkerton an den Falschen geraten ist. Mozart muß so etwas gespürt haben, als er seinen Don Giovanni mit einem Bariton besetzte.

Psychiater Wilson wäre kein Wissenschaftler, würde er seine Fragebogenaktion nicht mit einer Theorie krönen: In den Hormonen liege des Pudels Kern. Die Sänger der tieferen Register haben eben mehr männliche Geschlechtshormone. Ob nun die Opernfans ihre Gunst den Tenören entziehen, die Partituren umgeschrieben werden und das Gagengefüge zusammenbricht?

Wird heute 65: Ingmar Bergman FOTO: RAUCH

Regisseur der Frauen

Der Sinn des Lebens, Gott und der Tod, Ehe und Einsamkeit – das sind die immer wiederkehrenden Themen in den Filmen Ingmar Bergmans. Heute feiert er seinen 65. Geburtstag.

Als Theaterregisseur hat er das schwedische Theater maßgeblich mitgeprägt; als Filmregisseur hat er weltweit Einfluß gehabt. Während seine frühen Werke (seinen ersten Film drehte er 1945) nur wenig Beachtung fanden, gelang es ihm mit „Abend der Gaukler" (1953) und „Das Lächeln einer Sommernacht" (1955), international Aufsehen zu erregen. Einen Sturm der Entrüstung entfachte 1963 „Das Schweigen" wegen seiner offenen Darstellung sexueller Themen.

1976 verließ er Schweden wegen angeblicher Steuerhinterziehung (der Vorwurf erwies sich jedoch als unhaltbar). Er ließ sich in München nieder, wo er „Das Schlangenei" drehte und am Residenztheater wieder als Bühnenregisseur arbeitete. In Salzburg bereitet er derzeit eine Inszenierung von Molières „Don Juan" vor.

Zu seinen bedeutendsten Filmen gehören „Das siebte Siegel", eine Studie der Hoffnungslosigkeit, verknüpft mit der Darstellung der Schrecken des mittelalterlichen Lebens; „Die Jungfrauenquelle", die Geschichte eines – wiederum – mittelalterlichen Verbrechens und seiner Rache; in „Wilde Erdbeeren" thematisierte der Regisseur die menschliche Isolation, ein Sujet, das er immer wieder zur Diskussion stellte.

Bergman ist, darin George Cukor nicht unähnlich, ein „Frauenregisseur". Sie leiden am intensivsten an der Gesellschaft, in der sie sich behaupten müssen. Sie sind aber auch die stärkeren, den Konflikten eher gewachsen als ihre männlichen Gegenspieler. Dabei standen dem Regisseur hervorragende Darstellerinnen zur Seite: Bibi Andersson, Harriet Andersson, Ingrid Thulin und Liv Ullmann.

„Fanny und Alexander", jüngst in Hollywood uraufgeführt, soll sein letzter Film sein – sagt er. Mittlerweile hat er bereits ein Fernsehspiel, „Nach der Probe", inszeniert, und für die nächste Spielzeit steht die deutsche Erstaufführung von Per Olov Enquists Theaterstück „Aus dem Leben der Regenwürmer" im Residenztheater auf seinem Terminplan. Danach hätte er fürs Filmen wieder Zeit ... no

Durchsucht, beschlagnahmt, verhaftet: Ein Notruf sowjetischer Christen

„Religion ist ein Verbrechen"

Seit den Veränderungen in der sowjetischen Führungsspitze verschärft sich die staatliche Religionspolitik. Bei Hausdurchsuchungen wird religiöse Literatur beschlagnahmt, die Gläubigen werden verhört sowie am gemeinsamen Gebet in ihren Wohnungen gehindert. Alle Christen sind gleichermaßen betroffen, also Baptisten, Pfingstler, Orthodoxe und Katholiken. Es handelt sich nicht um Einzelaktionen, sondern um eine systematische Kampagne des atheistischen Staates gegen jedwede religiöse Betätigung. Die Maßnahmen werden strafrechtlich begründet.

In sogenannten „geschlossenen Versammlungen" wie auch beim Verhör der Gläubigen wird die neue Linie des ideologischen Kampfes so dargestellt: In den sechziger Jahren habe der Spionagedienst des internationalen Imperialismus unser System zu unterminieren versucht; in den siebziger Jahren seien es die Dissidenten gewesen; und jetzt, in den achtziger Jahren, würden alle möglichen religiösen Gruppierungen unter dem Vorwand der Glaubensverkündigung unser Sowjetsystem angreifen. So erklärte ein Untersuchungsrichter während eines Verhörs: „Schon die Religion selbst ist ein Verbrechen, das wir aber vorerst noch hinnehmen." Sämtliche Strafprozesse gegen Gläubige werden auf direkte Weisung des KGB durchgeführt, der all seine Unterlagen – Denunziationen, Tonbandaufzeichnungen, Spitzelmeldungen, Mitschnitte von Telephongesprächen – zur Verfügung stellt. KGB-Leute sind an Haussuchungen, „Gesprächen" und Verhören unmittelbar beteiligt, ohne jedoch Namen und Dienststelle anzugeben.

Im Februar dieses Jahres veröffentlichte die „Prawda" einen langen Aufsatz der bekannten Journalisten Kossis und Kolossow mit dem Titel „Hinter der Fassade der Slawischen Mission". In mehrmonatiger Folge wurde die fünfjährige Arbeit der schwedischen religiösen Organisation „Slawische Mission" völlig verzerrt dargestellt. Diese „Mission" versorgt die Sowjetunion mit Bibeln und religiösen Büchern. Ihre Tätigkeit hat naturgemäß schon deshalb illegalen Charakter, weil ausländische Touristen nicht ein einziges Exemplar der Bibel in russischer Sprache einführen dürfen.

Das zeitliche Zusammentreffen des „Prawda"-Aufsatzes mit den Aktionen gegen Baptisten und Pfingstler hatte den Zweck, die Strafverfolgungsbehörden und politischen Organe des Staates wie die einzelnen Bürger, die von den gleichzeitigen Razzien und Verhören erfahren hatten, entsprechend zu instruieren: Alle Gläubigen seien potentielle Spione, die vom Geld westlicher Spionagedienste leben. In einer zweiten Aufsatzreihe derselben Autoren („Mit fremder Zunge") wird anhand der Strafprozesse und der vom KGB zusammengetragenen Daten ebenfalls diese These von der „antisowjetischen Rolle religiöser Tätigkeit von Gläubigen" vorgetragen.

Bei allen Durchsuchungen, Verhören und Festnahmen war die Rede vom Artikel 142 des Strafgesetzbuches der RSFSR (= Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik), der jeden Verstoß gegen das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat unter Strafe stellt. Als ein solcher Verstoß gelten nun auch Treffen von Gläubigen zu gemeinsamem Gebet in einer Wohnung oder im Freien, die Bildung von Gruppen zum Studium der Heiligen Schrift oder zur Erörterung religiöser Fragen, ja sogar nicht-religiöser Probleme. Auch die religiöse Unterrichtung von Kindern wird bestraft, mit 50 Rubeln oder 1 bis 3 Jahren Freiheitsentzug.

Im Mai 1982 erschien in der Nummer 5 der juristischen Zeitschrift „Sozialistisches Recht" ein Aufsatz von B. Klotschkow unter dem Titel: „Verantwortlichkeit bei Verletzung des Gesetzes über die Gewissensfreiheit". Er enthält einen detaillierten Kommentar zu den Artikeln 143, 227 und 142 des Strafgesetzbuches der RSFSR, demzufolge jedwede religiöse Tätigkeit, die sich nicht in den enggesteckten Rahmen der sowjetischen Gesetzgebung einfügen läßt, bestraft werden muß. Dieser Rahmen wird neuerdings immer enger gezogen, so daß schon private Gespräche über religiöse Fragen unter Freunden und den noch unmündigen eigenen Kindern strafrechtlich verfolgt werden.

Folgende Beispiele für Verfolgungen wurden in jüngster Zeit bekannt: Am frühen Morgen des 17. April 1983 wurden in Moskau zwölf Wohnungen von Pfingstlern durchsucht. In allen Fällen drangen drei Vertreter der Staatsmacht in die Wohnung ein: ein Untersuchungsrichter, ein Polizist des zuständigen Reviers, ein Mann in Uniform (offensichtlich ein Mitarbeiter des KGB), der seinen Namen nicht nennt. Der Untersuchungsrichter fordert die Bewohner dazu auf, alle verbotenen religiösen Bücher auszuhändigen. Da nicht genau bekannt ist, welche Bücher verboten sind, werden Bücherschränke, Schreibtische, Wäscheschränke durchsucht. Alle Bücher und Texte religiösen Inhalts werden zusammengeworfen und abtransportiert, dazu Notizbücher und persönliche Aufzeichnungen, die irgendeine Beziehung zu religiösen Fragen haben könnten, sowie Schreibmaschinen, Kassetten und Recorder.

Ende Februar 1983 wurde in Moskau der katholische Mathematiker Wladimir Nikiforow festgenommen, als er gerade religiöse Bücher aus seiner Wohnung wegbringen wollte. Er wurde verhaftet und sitzt derzeit im Butyrka-Gefängnis.

Von Februar bis Mai wurden bei etwa 20 Baptisten Hausdurchsuchungen durchgeführt und viele Bücher, Filme, Tonbänder mit religiöser Musik beschlagnahmt.

In den Städten Frunse, Winniza, Berditschew u. a. wurden Versammlungen von Pfingstlern gewaltsam unterbrochen. Polizisten drangen in die Häuser ein und hinderten die Gläubigen am Beten. Anschließend wurden viele von ihnen auf die Polizeistation gebracht, wo man sie mit dem Entzug der polizeilichen Anmeldung bedrohte.

Dieser Notruf einer Gruppe religiöser Dissidenten gelangte durch einen Mittelsmann auf schwierigen Wegen in den Westen.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Titel" – Das Magazin der Bücher

Revolutionen unter dem Camembert

Zur Zeit kann man auf dem Markt der Periodica einen interessanten Vorgang beobachten, den man in Parallele zur Menschwerdung etwas holperig, aber treffend eine „Zeitschriftenwerdung" nennen könnte. Als letztes Jahr das „Titel" benamste „Magazin der Bücher" erstmals erschien, war es nicht mehr als ein Inseratenblatt mit dazwischen gesprühten PR-Texten. Unter der Leitung von Heidi Steinhaus und Gerhard Beckmann entwickelt sich dieses Organ nun doch allmählich zu etwas, das über bloße Werbung für jene Bücher, die ohnehin überall ausliegen, hinausgeht.

Damit wird „Titel" auch zu einer Zeitschrift, die zu kritisieren sich lohnt. Z. B. das Heft 3 dieses Jahres („Titel" erscheint alle zwei Monate), das die Frage stellt: „Wo liegt eigentlich Frankreich?" Auf dem Umschlag stürmt die vollbusige Marianne von Delacroix wieder einmal die alte Barrikade und deutet damit an, welches Frankreich da gesucht wird. Es ist das Frankreich, wo der Käse besser, die Mädchen anschmiegsamer sind und gleichwohl Revolution gemacht wird.

Aber die deutschen Frankophilen, welche die Fliege Lebensqualität und die Barrikaden-Fliege mit dem gleichen Schlag erwischen möchten, haben Pech. Das gegenwärtige französische Regime hat die beiden Ingredienzien in einer Weise gemixt, die den Franzosen allmählich etwas sauer aufzustoßen beginnt. Das hat auf geistigem Gebiet Entwicklungen beschleunigt, die auch außerhalb von Frankreich noch ihre Folgen haben werden.

Die erkennt man allerdings nicht, wenn man Frankreich immer noch für das „Land der Revolution" hält. Frankreich ist vielmehr dadurch für Europa unentbehrlich, weil es das komplexe Spiel mit revolutionären *und* gegenrevolutionären Impulsen zugleich stets meisterhaft beherrschte. Seit anderthalb Jahrzehnten ist in Frankreich eine Kritik des neoaufklärerischen Utopismus der Nachkriegsjahre im Gang, wie sie bisher, in dieser Konsequenz, in keinem anderen Land der nichtkommunistischen Welt durchgeführt wurde.

Wir denken dabei weniger an die „neuen Philosophen" um Glucksmann, die ebenso überschätzt werden wie einst der „nouveau roman". Erstaunlich sind etwa die Entwicklungen in der Ontologie und in der Soziologie (bei letzterer unterstrichen durch das „Überlaufen" eines großen „alten Löwen" wie Claude Lévi-Strauss). Von diesen Entwicklungen weiß von den in „Titel" auftretenden Frankreich-Spezialisten ein François Bondy in guter alter Kennerschaft noch das meiste.

Bestürzend ist hingegen, daß die jüngeren Autoren Lentz und Jungbluth sich in Frankreich nur mit Camembert und Nachtigallen zu beschäftigen scheinen. Harald Weinrich kümmert sich zwar um die Kultur, diagnostiziert jedoch auf eine Flaute, die wenigstens den Vorteil habe, daß Frankreich sich endlich ein wenig gegen außen öffne. Das ist eine zähe, aber falsche Legende: Der französische Geist hat sich seit dem Schock von 1940 in einem Ausmaß für das Ausland geöffnet, wie das einst die deutschen Romantiker nach dem Zusammenbruch des alten Reiches taten. Das hat bereits seine Folgen – es gilt nur, sie zu sehen.

ANTON MADLER

Kriminalaffaire um den „Mann mit Goldhelm"

Falsch für drei Wochen

Eines der beiden prominentesten Kunstwerke in Berlin ist offenbar vor wenigen Monaten akut gefährdet gewesen. Der Stiftung Preußischer Kulturbesitz war vom Bundeskriminalamt der Hinweis signalisiert worden, „irgendeine Szene" könnte „in irgendeiner Form" gegen Rembrandts „Mann mit dem Goldhelm" vorgehen.

Die verheerenden Schäden, die der erst im Mai dieses Jahres gefaßte Säure-Attentäter von Kassel und Hannover an Werken von Rembrandt und Cranach angerichtet hatte, veranlaßten die Leitung der Gemäldegalerie zu einem „ganz und gar ungewöhnlichen Weg" der Kunst-Sicherung. Das originale Gemälde wurde gegen einen in der Restauratorenwerkstatt künstlich präparierten und gefirnißten Druck ausgetauscht. Besucher der Gemäldegalerie bekamen rund drei Wochen einen falschen Rembrandt zu sehen.

Die „Rochade" hatte allerdings einen Haken. Denn daß es sich da um eine Attrappe handelte, blieb besonderen Kennern, aber auch zwei Führungskräften keineswegs verborgen. Führungen wurden daraufhin diskret an dem Bild vorbeigelenkt. In der Annahme, das Bild werde restauriert, beschwerte sich ein einzelner Besucher, daß man da offenbar den Museumsbenutzer, statt die üblichen schriftlichen und fotografischen Hinweise zu geben, mit einer platten Kopie hinters Licht führe.

Der WELT war der Tausch schnell bekanntgeworden. Wir hatten uns jedoch seinerzeit entschlossen, die Aufklärung eines möglichen Verbrechens nicht durch eine vorzeitige Veröffentlichung zu gefährden. Dabei ist bis heute unklar, ob diese Bedrohung des Kunstwerks aus der Frankfurter Drogenszene gekommen sein könnte, ob ein Diebstahl mit erpresserischen Absichten geplant war oder ob pathologische Motive zugrunde lagen.

Originellerweise ist der „Mann mit dem Goldhelm" keineswegs das beste Stück der Rembrandt-Sammlung in Dahlem. Ja, die Echtheit des Gemäldes gilt unter manchen Wissenschaftlern sogar als diskutabel. Dennoch avancierte das 1897 erworbene Bild – neben der Nofretete in Charlottenburg – schnell zum zweitattraktivsten touristischen Kunstobjekt der Stadt. Das Bild ist selbst Berlinern, die nie im Museum waren, ein Begriff. Und Aufseher in Dahlem erleben immer wieder, daß Besucher nach dem „Mann mit dem Sturzhelm" oder dem „Mann mit dem Stahlhelm" fragen ...

Die vom „Condottiere" der Berliner Museen, Wilhelm von Bode, 1891 geäußerte Vermutung, Rembrandt habe mit diesem Bild seinen Bruder Adriaen porträtiert, läßt sich nicht belegen. Allgemein wird heute angenommen, der Künstler (1606 bis 1669) habe den Kriegsgott Mars „lebensnah und unverwechselbar individuell" dargestellt: „Martialisches und Unmartialisches sind in dieser Gestalt verbunden und wollen vielleicht aus der aktuellen Sicht der Zeit kurz nach dem Westfälischen Frieden von 1648 als eindringliche Mahnung verstanden sein, den Frieden zu bewahren".

Tatsächlich wird „Der Mann mit dem Goldhelm" bald wieder von seinem angestammten Platz im Museum Urlaub nehmen – dann allerdings ohne durch eine fragwürdige Kopie ersetzt zu werden. Voraussichtlich Ende 1984 wird das Bild der lange geplanten Restaurierung unterzogen. Insbesondere die Vorbereitungen für die spektakuläre Gemeinschaftsschau mit Institutionen in Philadelphia und London mit holländischer Genremalerei (Frühsommer 1984 in Berlin) und einer Ausstellung





Von Säureattentat bedroht: Rembrandts „Mann mit dem Goldhelm" in der Berliner Gemäldegalerie FOTO: ULLSTEIN

niederländischer Malerei des 17. Jahrhunderts aus Berliner Privatbesitz lasten die Restauratoren zur Zeit kräftig aus.

Dann aber soll es zu dem „Eingriff" am Rembrandt-Gemälde kommen. Und dann tatsächlich könnten die Besucher einen ganz neuen „Mann mit dem Goldhelm" erleben. Denn wenn erst einmal die mehrfach mit Farbpigmenten angereicherten Firnisschichten, jener eigentümliche „Galerieton", den das 19. Jahrhundert als „typisch Rembrandt" empfand, peu à peu abgenommen und wenn das fast lasierend gemalte Gesicht gereinigt wurde – dann wird Mars sicher etwas heller, weniger rätselhaft den Betrachter anblicken.

Der Auftritt des Goldhelm-Doubles hat immerhin gezeigt, daß Museumsleute mitunter außergewöhnlichen kriminellen Bedrohungen ihrer Schätze mit „unmöglichsten Vorkehrungen" begegnen müssen.

PETER HANS GÖPFERT

Schießbudenfiguren, die singen: Szene aus „Figaros Hochzeit" in der Inszenierung von Peter Zadek in Stuttgart FOTO: KILIAN

Stuttgart: Zadek inszeniert „Figaros Hochzeit"

Schleifet die Messer . . .

Hurra, wir heiraten. Die in der Stuttgarter Staatsoper dieser löblichen Absicht sind, heißen Susanna und Figaro. Als Trauzeugen benennen sie nach altem Brauch Mozart und Lorenzo da Ponte. Aber wichtiger als diese beiden scheint in Stuttgart das vielköpfige Produktionsteam, das der Aufführung auf ruppige Art Beine macht.

Sie klumpt daher wie Doktor Bartolo, dem der Ausstatter Johannes Grützke die breitwattierten Schultern eines Brecht-Ganoven aus Chicago, vor allem aber einen weiß-roten Klumpfuß von der Größe einer Hundehütte angehängt hat. Sehr spaßig. Den Klamottier in Mozart inszeniert tüchtig Peter Zadek heraus. Die Aufführung wächst sich aus zu einem vierstündigen Debakel, bei dem die drei Pausen bei weitem das Beste sind.

Das liegt auch daran, daß die musikalische Seite der Aufführung, die Dennis Russell Davies betreut, kein Gegengewicht zu den inszenatorischen Ausschreitungen Zadeks bildet. Bis zur Erschöpfung wird Davies denn auch zu Beginn jeden Aktes am Pult niedergebuht. Er läßt mit landesväterlicher Geste das Orchester am Schmäh teilhaben, der allerdings einzig ihm gilt. Die Musiker im Orchestergraben sind ganz schuldlos an der musikalischen Lahmheit, zu der Davies sie zwingt. Unter seiner Hand wird ein Prestissimo annähernd zum Andante, das Briefduett gibt sich als Largo. Spannungsärmer, undramatischer, unfroher jedenfalls als Davies ist kaum je ein Dirigent in das sprühende zweite Finale gezogen. Unter seiner Hand will es kaum enden.

Um die musikalische Pein zu erhöhen, zeigen sich die Sänger durch die Bank ihren Aufgaben nur im Umriß gewachsen. Es heißt, einige der ursprünglich vorgesehenen Interpreten hätten vor Zadek sehr schnell Reißaus genommen. Als Ersatz rekrutierte man Sänger aus dem zweiten und dritten Glied. Unzulänglicher jedenfalls als in dieser Stuttgarter Aufführung hat man im letzten Vierteljahrhundert in einer deutschen Staatsoper nicht mehr Mozart gesungen.

Man singt ihn auf deutsch. Die neue Fassung des Textes stammt von Thomas Körner, die Rezitative haben Klaus-Peter Kehr und Peter Zadek aufs saloppste neu eingedeutscht, wow! Wo bisher Figaro sang: „Susanna, halt ein", heißt es nun: „Susanna, na na." Dazu liest es sich im Programmheft: „Ein hervorstechendes Merkmal der neuen Textfassung ist ihre alltagssprachliche, die gehobene Operndiktion aufrauhende Direktheit." Na na.

Aber natürlich hat Körner auch schwerer als jeder andere Übersetzer an da Pontes Text zu ackern gehabt. Gleich im ersten Duett, während Figaro das Zimmer ausmißt und Susanna ihr Hütchen probiert, liegt (wieder laut Programmheft) der Akzent „auf dem Besitzerstolz der Klasse, die im Unterschied zum Feudaladel zu eigener produktiver Arbeit fähig ist". Diesen Akzent verpaßt Körner zwar, aber in Figaros Kavatine führt er wieder einen umgangssprachlichen Meisterstreich: „Schleifet die Messer, wetzet die Klingen", heißt es da, und mit ihnen schneidet Körner sich immer wieder ins eigene Fleisch.

Johannes Grützke wiederum räsoniert (allerdings ohne jeden Bezug auf Körner) über den „schiefen Stil" (seiner Ausstattung nämlich) und kommt dabei zu Denkergebnissen, die weniger nach Beaumarchais, aber deutlich nach Karl Valentin klingen. „Der schiefe Stil ist nicht krumm, aber schräg", dekretiert Grützke. „Er ist aufrecht auf seine Weise." Und so sieht Grützkes Ausstattung dann auch aus. Sie macht die Herren Mozart, da Ponte und Beaumarchais ohne Umschweif zu Dämlacks.

Die Bühne ein Panoptikum. Schießbudenfiguren, die singen. Sie hampeln schwerfällig herum wie auf einer inszenatorischen Müllhalde, wissen partout nichts miteinander anzufangen, absolvieren wie aus lauter Verlegenheit mitunter ein paar Revueschritte und werden mächtig von der Rampe angesogen. Graf und Gräfin dürfen den Schlußteil ihrer großen Arien auf italienisch wiederholen. Ein unverlangtes Dakapo. Das ist neu. An Kinkerlitzchen wird sowieso nicht gespart.

Aber das ist für die ganze Aufführung charakteristisch. Sie macht sich zum Narren und findet sich ganz prima dabei, kunstvoll und wagemutig. Dabei ist sie voll tolpatschiger Öde und grimassierender Fröhlichkeit. Es geht ihr wie mit Grützkes schiefem Stil: „Sein Bestreben führt nicht direkt nach oben oder überhaupt wohin." Doch das andauernd und aufwendig.

KLAUS GEITEL

New-Wave-Platten von D. Bowie und Lou Reed

Pow wow, ich liebe dich

War es bisher in der Popszene üblich, daß die Gruppen, die die Musik wirklich voranbrachten, nach einigen Hungerjahren zu den Großverdienern aufstiegen, so haben es die Musiker der Punk- und New-Wave-Bewegung nicht mehr ganz so leicht – in den Hitparaden tummeln sich vor allem die „Rockdinosaurier" von gestern oder ganz junge Gruppen. Geschafft hat diesen Sprung allerdings David Bowie, aber er war ja bereits vor zehn Jahren ein Star. Vor allem wegen seiner düsteren Elektronikplatten wie „Heroes" wurde er oft als Pate der New Wave bezeichnet.

Jetzt kam ihm offenbar die Erkenntnis, daß es zu einfach sei, sich hinter einer nihilistischen Pose zu verstecken. „Let's Dance" (EMI-America/IC 064-400 165) sollte deshalb ein „positives" Rock-'n'-Roll-Album werden. Es dominierten Rhythm & Blues, allerdings nicht erdig und „unverfälscht". Bowie spielt eher eine weiße Abstraktion. Aber die gelingt ihm so überzeugend, daß er auf die Verfremdungen verzichten kann, die noch seine letzten Aufnahmen prägten. „Ricochet", das einzige Stück, bei dem er jetzt noch mit solchen Avantgardismen arbeitet, wirkt dadurch schon fast wieder altmodisch. Doch all das wird überstrahlt von dem gigantischen „Let's Dance". Bowie verfehlt hier den „idealen Popsong" nur ganz knapp.

Urheber einer ganz anderen Legende ist Lou Reed. Ende der sechziger Jahre spielte er bei der von Andy Warhol geförderten Gruppe „Velvet Underground", die in New York aggressiven Großstadtlärm produzierten, während das übrige Amerika noch den „Sommer der Liebe" feierte. Der leidenschaftliche Kult einer anfänglich kleinen Gruppe wurde durch die Punks zum Massenphänomen.

Reeds neueste LP „Legendary Hearts" (RCA/PL 14 568) ist wieder ganz kompakt, und mit „Pow Wow" ist auch wieder ein sehr schönes Liebeslied dabei. Trotzdem wirkt die Platte als Ganzes seltsam antiquiert: War „The Blue Mask" noch als Rückblick auf seine „Karriere" interessant, so hat er jetzt kaum noch etwas zu sagen, was für irgend jemanden außer für Lou Reed selbst von Bedeutung ist.

Die „Ramones" waren der Ursprung aller Drei-Akkord-Bands der siebziger Jahre – und so ziemlich die einzigen, die mit diesen drei Akkorden etwas anzufangen wußten. Inzwischen haben sie sich weiterentwickelt und spielen auf „Subterranean Jungle" (WEA/923 800) eine Mischung aus Hardrock, Psychedelia und Surfmusik. Dabei sind sie eine reine Teenager-Band geblieben: Bubblegum-Rock mit Spaß. Allerdings sind sie jetzt nicht mehr einzigartig, sondern nur noch gut – manchmal sogar sehr gut.

DANIEL DITTMAR

JOURNAL

Baumbauers Vertrag auf drei Jahre verlängert

RMB, München

Nach Intervention durch den bayerischen Kultusminister Hans Maier und den Generalintendanten August Everding verlängerte das bayerische Kabinett nun doch noch den Vertrag für Frank Baumbauer als Schauspielchef des Residenztheaters auf insgesamt drei Jahre. Der bayerische Kultusminister wurde gleichzeitig beauftragt, bis Ende 1984 einen endgültigen Vorschlag für die künftige Führung des Staatsschauspiels vorzulegen. Baumbauer hatte zu verstehen gegeben, daß eine verkürzte kommissarische Theaterleiterzeit für ihn aus arbeitstechnischen Gründen nicht in Frage käme. Das Staatsschauspiel wäre dann im September ohne Führung gewesen.

Florenz bereitet Etrusker-Kongreß vor

dpa, Florenz

Das immer noch rätselhafte Leben der Etrusker wird Thema eines großen internationalen Kongresses sein, der von der Region Toskana für das Frühjahr 1985 vorbereitet wird. Kontakte mit Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlern in aller Welt sind dazu aufgenommen worden. Der letzte ähnlich umfangreiche Kongreß über die Etrusker, die in der Zeit zwischen dem 10. und dem dritten Jahrhundert v. Ch. in Mittelitalien lebten und nach der Niederwerfung durch die Römer als eigenständiges Kulturvolk untergingen, fand vor 65 Jahren statt.

Zeichen am Himmel ganz besonderer Art

D. B. Mainz

Unter dem Titel „Zeichen am Himmel ganz besonderer Art" werden im Mainzer Rathaus Flugblätter des 16. Jahrhunderts aus der Graphischen Sammlung des Germanischen Nationalmuseums Nürnberg (s. WELT v. 16. 8. 82) ausgestellt. Diese Einblattdrucke spiegeln Ereignisse, die für die Menschen früher äußerst rätselhaft waren: Kometen, Nordlichter, Nebensonnen, Luftspiegelungen, seltsame Wolkenformen oder andere seltsame Zeichen am Himmel. Die Ausstellung ist bis 14. Aug. zu sehen. Der Katalog kostet 13 Mark.

Bronzen-Ausstellung jetzt in Saarbrücken

DW. Saarbrücken

Die Ausstellung „Bronzen – Von der Antike bis zur Gegenwart", die zuerst in Münster zu sehen war (s. WELT v. 29. 3. 83), wird jetzt in Saarbrücken gezeigt. Bis zum 18. September ist sie in der Modernen Galerie des Saarland-Museums zu sehen. Der Katalog kostet 26 Mark.

Koblenz vergab den Preis „Salzbrand '83"

DW. Koblenz

Mit dem Preis „Salzbrand '83" wurde Monika Herbst aus Kassel ausgezeichnet. Der Preis ist mit 6000 Mark dotiert. Einen Sonderpreis von 4000 Mark erhielt der Norweger Jorun Kraft Mo. Die Preise wurden von der Handwerkskammer Koblenz bei der Eröffnung einer Ausstellung mit Keramiken in Salzbrand und mit Salzglasuren in der Koblenzer Galerie Handwerk überreicht. An dem Wettbewerb beteiligten sich 105 Keramiker aus 15 Ländern. Ihre Arbeiten bewegen sich zwischen traditionellen Formen und den Versuchen, dieser überlieferten Form der Keramik, die seit langem im Westerwald, dem Kannenbäckerland, heimisch ist, neue Möglichkeiten zu gewinnen. Einen Überblick über den Wettbewerb und die Ausstellung (bis 24. Juli) geben der Katalog (20 Mark) und der Band 2 der Schriftenreihe der Handwerkskammer Koblenz „Salzbrand" (36,80 Mark).

Hamburger Filmbüro unterstützt Achternbusch

AP, Hamburg

Das Hamburger Filmbüro, die Vereinigung unabhängiger Filmemacher in der Hansestadt, will das neue Lichtspiel „Der Wanderkrebs" des Münchener Regisseurs Herbert Achternbusch mit 180 000 Mark fördern. Dazu erklärte Vorstandsmitglied Hark Bohm, das Filmbüro korrigiere damit bewußt einen „Willkürakt" von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

Gottfried Brockmann †

DW. Kiel

Der Maler Gottfried Brockmann ist im Alter von 79 Jahren in Kiel gestorben. Der aus dem Kreis der Kölner Progressiven hervorgegangene Künstler ist durch seine sozialkritischen Arbeiten bekannt geworden. In den 30er Jahren tauchte er in Berlin unter. Seit 1952 lebte er in Kiel, wo er als Professor der Fachhochschule für Gestaltung bedeutenden Einfluß ausgeübt hat.

Ross Mac Donald †

dpa, Los Angeles

Der amerikanische Kriminalschriftsteller Ross Mac Donald, der durch seine Lew-Archer-Geschichten bekannt wurde, ist im Alter von 67 Jahren gestorben. Der Autor, der mit bürgerlichem Namen Kenneth Millar hieß, litt an der Alzheimerschen Krankheit, die frühzeitige Senilität bewirkt. Mac Donald behandelte in seinen ersten Kriminal- und Abenteuerromanen Themen der Nachkriegszeit. In den Lew-Archer-Geschichten nahm er dann gesellschaftliche Probleme wie Umweltverschmutzung, Korruption und Rechtsextremismus zum Anlaß seiner Kriminalhandlungen.

Ein Dorf lebt in Angst vor dem Kanal-Mörder

H. H. KANNENBERG, Darmstadt

Die Staatsanwaltschaft Darmstadt jagt seit Anfang Juli ein Phantom. Seine Spur ist markiert durch zwei tote Männer, deren Überreste im Grobrechen der Kläranlage von Erzhausen (6000 Einwohner, Kreis Darmstadt) hängenblieben. Die Körper, *davon kann man* ausgehen, sind irgendwo in Erzhausen oder dem benachbarten Wixhausen (das mit an der Kläranlage hängt) in die Kanalisation geworfen worden. Zwischen dem ersten Leichenfund und dem letzten liegen zehn Monate. Die Pathologen konnten wegen des Zustandes der Toten nicht herausfinden, woran sie starben. Man kennt nicht einmal ihre Namen. Staatsanwalt Kleine, der das Ermittlungsverfahren leitet: „Ein Verbrechen liegt jedoch mit Sicherheit vor; denn die Hände des einen Toten waren mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt!"

Konto eines Täters

Vieles spricht dafür, daß die beiden Toten von Erzhausen auf das Konto eines Täters gehen. „Dann aber", so die Polizei, „jagen wir einen Menschen, der im Laufe der letzten Monate zweimal getötet hat. Es wäre nicht auszuschließen, daß er ein drittes Mal zuschlägt, daß irgendwann in nächster Zeit eine dritte Leiche in der Kläranlage auftaucht!"

Um zu verhindern, daß Erzhausen zum Schauplatz einer Mordserie wird, muß die Kripo zunächst das Rätsel um die Identität der Toten lüften. Dabei baut sie auf die Bevölkerung. Für klärende Hinweise wurden 5000 Mark Belohnung ausgesetzt. Staatsanwalt Kleine: „Es ist schwer vorstellbar, daß in einer so kleinen Gemeinde ein Mann unbeobachtet bleibt, wenn er einen Gullydeckel abhebt und einen Körper in den Kanal wirft!"

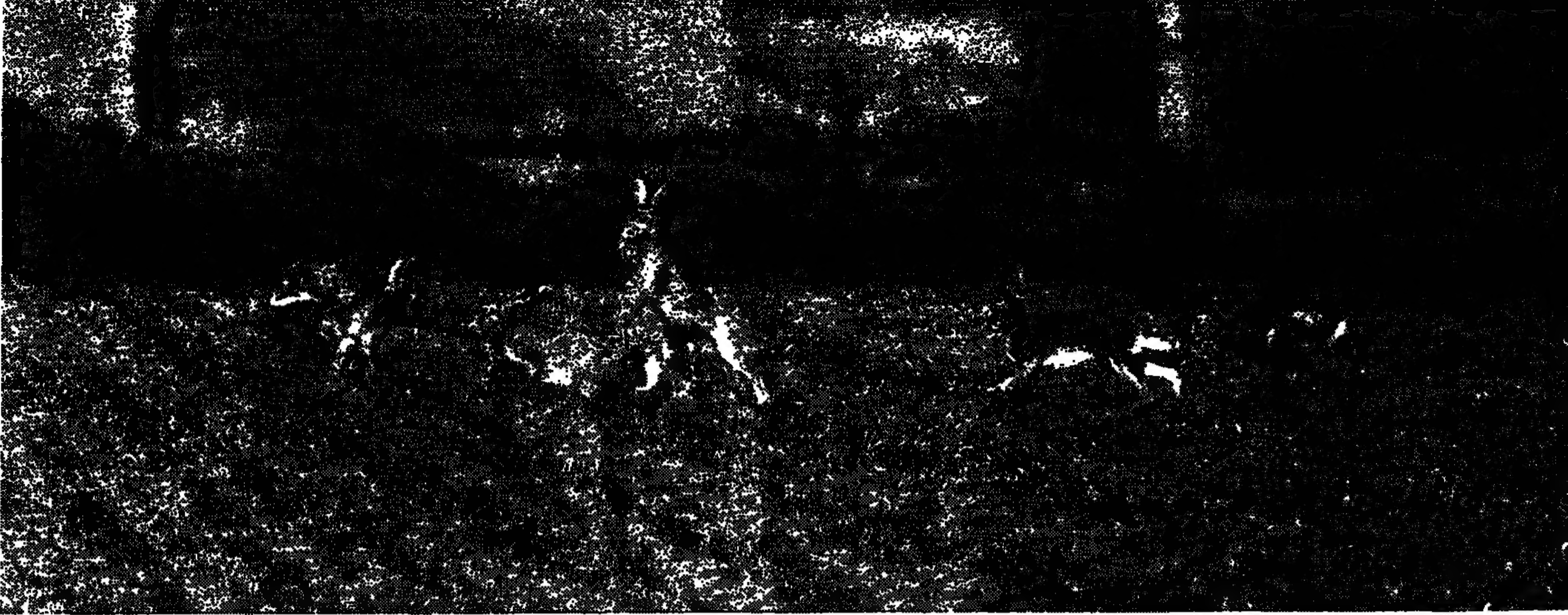
Andererseits, so die Polizei, „es gibt auch noch Kanalöffnungen auf freiem Feld. Dort ließe sich in der Nacht ein Toter ohne Zufallszeugen in den Gully stopfen, und zwar innerhalb einer Minute." Staatsanwalt Kleine: „Das braucht nicht mal eine Überschwemmung zu geben, wenn ein Regen kommt. Die Rohre haben im Schnitt einen Durchmesser von einem halben Meter. Wenn da ein Toter senkrecht im Fallrohr steht, bleibt fürs Wasser genug Platz!"

Roter Faden gesucht

Die Hinweise, die den Fahndern zur Verfügung stehen, sind so dünn, daß Insider bereits von „perfekten Verbrechen" sprechen. Bei ihrer wochenlangen Treibfahrt durch die Kanalisation setzten Säuren und Laugen den beiden Leichen zu. Dann, in der Kläranlage, wurden die Körper durch die Schneckenpumpe gewirbelt und dabei von den scharfen Kanten der Schneckenwelle zerschnitten. Die Staatsanwaltschaft: „Selbst das Gebiß gibt keinen Aufschluß, denn es hat nur eine einzige Plombe!"

Der gefesselte Tote, der am 2. Juli im Klärwerk antrieb, war ein etwa zwanzigjähriger Mann, 1,80 Meter groß, dunkelblond. In seiner dunkelblauen Baumwollcordhose war das Wäschezeichen „MH" eingestickt. Die Vermißtenlisten des letzten Jahres brachten die Kripo bei der Identifizierung keinen Schritt weiter.

Die Staatsanwaltschaft: „Wir suchen nach dem roten Faden, der die beiden Toten verbindet. Doch möglicherweise war die zweite ‚Bestattung' im Abwasserkanal auch eine Nachfolgetat, das Werk eines Täters, der von der ersten Klärwerksleiche in der Zeitung gelesen hatte!" Bei der Aufklärung der Erzhausener Leichenfunde arbeitet die Kripo gegen die Zeit. Ein Ermittler: „Wir müssen den Mann hinter allem schnell finden, sonst steht vielleicht bald ein dritter Toter im Gully!"



„Alle mal stillhalten, Dürer kommt"

Foto: Manfred Grobe

Neue Versuche mit Killerzellen – eine kleine Hoffnung im Kampf gegen AIDS

US-Wissenschaftler glauben, daß Interleukin-2 Immunsystem der Erkrankten stärkt

JOCHEN AUMILLER, München

Hysterie, Panik und ein Funken Hoffnung: Das sind die Begleiterscheinungen einer Krankheit, die seit einem Jahr Amerika in Aufruhr versetzt und auch hierzulande schon Spuren hinterläßt: AIDS, die ansteckende Immunschwäche. Betroffen sind in erster Linie Homosexuelle mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehr. Aber auch Empfänger von Bluttransfusionen laufen in den USA Gefahr, diese rätselhafte Krankheit zu bekommen, deren Ursache unbekannt ist. Es muß sich, so meinen die Experten, um ein infektiöses Etwas handeln, das über Schleim und Blut bzw. Blutprodukte weitergegeben wird. In den USA sind mehr als 1500 AIDS-Fälle offiziell bekannt. Mit einer großen Dunkelziffer wird gerechnet. Das Bundesgesundheitsamt in Berlin hat inzwischen knapp 30 Fälle registriert. Aber auch hierzulande muß mit einer beachtlichen Dunkelziffer gerechnet werden.

Hoffnung schöpfen derzeit die AIDS-Patienten aufgrund einer neuen wissenschaftlichen Erfolgsmeldung. Alain Rook von der amerikanischen Zulassungsbehörde FDA berichtet in dem angesehenen Fachblatt „Journal of Clinical Investigation" über Versuche mit der dem Interferon verwandten Substanz Interleukin-2. Interleukin steuert Reifungsprozesse in einer wichtigen Untergruppe der weißen Blutkörperchen, den auch als Killerzellen bekanntgewordenen T-Lymphozyten.

Nach Rooks Studie an gesunden Blutspendern und AIDS-kranken Homosexuellen vermag Interleukin die Abwehrlage der A3DS-Kranken zu stärken. Das könnte, so hofft Rook, ein erster Ansatz für eine wirksame Therapie dieser meist tödlich verlaufenden Krankheit sein. Das Heimtückische an AIDS ist nämlich, daß es im Verlauf von Monaten oder Jahren zu einem immunologischen Kahlschlag kommt: Die Killerzellen fallen aus und geben damit den Körper Infektionserregern preis. Oder aber es entwickelt sich eine besonders bösartige Krebsgeschwulst, das sogenannte Kaposi-Sarkom.

Würde es gelingen, die Abwehrlage der AIDS-Patienten wieder zu stabilisieren, wäre vermutlich der ganze Spuk zu Ende. Soweit ist man allerdings noch lange nicht. Nicht nur Rook selbst warnt vor übereilten Hoffnungen, auch andere A3DS-Experten wollen derzeit noch nicht an einen Durchbruch im Kampf gegen diese furchteinflößende Krankheit glauben. Andere Versuche mit Interleukin-2 am renommierten Sloan Kettering Krebszentrum in New York fielen nämlich negativ aus. Sicher bedarf es noch weiterer Studien, um die Tauglichkeit dieses Therapieansatzes beurteilen zu können. Das ist freilich leichter gefordert als getan. Denn Interleukin-2 kann derzeit nur in kleinsten Mengen hergestellt werden, wie noch vor fünf Jahren das Interferon. Aber ebenso wie es beim Interferon geglückt ist, auf gentechnologischem Weg eine Massenproduktion einzuleiten, wird man die technischen Herstellungsprobleme auch im Falle Interleukin in absehbarer Zeit überwunden haben.

Bis dahin allerdings muß man sich mit den immer verheerender werdenden psychologischen Problemen auseinander setzen, die durch AIDS ausgelöst wurden. In den USA werden die AIDS-Kranken immer stärker in die Isolation getrieben. Es wird berichtet, daß sich ein Fernsehteam geweigert habe, den AIDS-kranken Interview-Partnern Mikrophone anzustekken: Die geplante Talk-Show in San Francisco wurde *schließlich* über das Telefon abgewickelt. Auch medizinisches Hilfspersonal gehe den AIDS-Kranken, wenn möglich, aus dem Weg.

Große Probleme auch in den Krankenhäusern. Viele Patienten verweigern Bluttransfusionen, weil sie Angst haben, sie könnten mit dem Blut Unbekannter auch den AIDS-Erreger „aufschnappen". Das führte bereits so weit, daß in Stanford ein Herzkranker mit selbst ausgewählten Blutspendern, zehn Freunden, zur Operation antrat.

UNO-Bericht schlägt Alarm

Mehr als 120 Millionen Menschen sind in Afrika vom Hungertod bedroht

CRAIG SEIFERT, New York

Die wohl gewaltigste Hungerkatastrophe in der Geschichte der Menschheit bahnt sich zur Zeit in Afrika an. Mehr als 120 Millionen *Menschen sind* vom *Hunger*tod bedroht. Dies ist das Fazit eines Berichtes der Welternährungsorganisation der UNO (FAO). Die FAO-Studie – die erste dieser Art – schildert detailliert die desolate Lage in 18 afrikanischen Ländern, die wegen Dürrekatastrophen, Seuchen und Kriegen unter Hungersnot leiden.

Die mehr als 120 Millionen Menschen brauchen dringend mehr als vier Millionen Tonnen Getreide, um dem unmittelbar drohenden Hungertod zu entgehen, und die Zahl der betroffenen Staaten wird voraussichtlich noch anwachsen, falls die Dürre weiter anhält. Große Teile des afrikanischen Kontinents, die sogenannte Sahel-Zone, sind von anhaltender Trockenheit gezeichnet. Die Erde ist über Hunderte von Kilometern hinweg ausgedorrt und aufgeplatzt. In vielen Gebieten, wie z. B. in Äthiopien und in Tschad, machen Kriegshandlungen das Einbringen der ohnehin spärlichen Ernte und wirksame Hilfsaktionen unmög*lich. In 14 Ländern der* Krisenregion wütet die Rinderpest.

Am härtesten traf die Dürre das südliche Afrika, wo die Ernten zum zweiten Mal in zwei Jahren extrem mager ausgefallen sind. Dieses Jahr erwarten die Experten hier eine Ernte von neun Millionen Tonnen Getreide – fünf Millionen Tonnen weniger als im Vorjahr. Der vom englischen Schriftsteller Rudyard Kipling verewigte „große, graugrüne, schmierige" Limpopo-Fluß, der durch das Herzland der Region fließt, ist nach 18monatiger Dürre zu einem schlängelnden Bach zusammengeschrumpft.

So wenig Wasser fließt durch das Bett des Limpopo und anderer Flüsse im südlichen Moçambique, daß der Indische Ozean jetzt landeinwärts treibt und mit seinem Salzwasser alle Bewässerungsarbeiten zunichte macht. Die Märkte der moçambiquanischen Hauptstadt Maputo – einst um diese Jahreszeit gut bestückt – sind fast leer, und viele Bewohner der weniger gut versorgten Randgebiete ernähren *sich ausschließlich von Baum*wurzeln und wilden Pflanzen.

Ähnlich ist die Lage in Botswana, wo die Ernte in diesem Jahr nur 25 000 Tonnen erzielte. Auch Lesotho, Swasiland, Namibia und Sambia befinden sich in der Krise. Sogar Südafrika, bisher Lebensmittelexporteur, befindet sich in großen Schwierigkeiten. Die noch in diesem Monat fällige Maisernte wird auf nur 4,4 Millionen Tonnen geschätzt – etwa die Hälfte der Vorjahresernte und nur ein Drittel der 1981 gewonnenen Menge. Bisher mußte die Regierung in Pretoria den Import von 600 000 Tonnen Getreide anordnen und wird voraussichtlich noch in diesem Jahr weitere 900 000 Tonnen einführen müssen. Im Gebiet von Kwazulu leiden zwischen 60 und 90 Prozent aller Kinder an Unterernährung.

(SAD)

Schon für die Ruhe wird scharf geschossen

Nach blutigen Zwischenfällen drohen Rassenunruhen

A. GRAF KAGENECK, Paris

War es die hochsommerliche Hitze, der Lärm, die Nerven, oder war es ein niederer Reflex, den man gerade bei den Franzosen ausgemerzt glaubte: der Haß auf die Hautfarbe des anderen? Zweimal in kurzer Reihenfolge haben Franzosen in einem Ballungsgebiet des Landes, das Menschen aller Rassen in riesigen Wohnburgen zusammenpfercht, auf farbige oder weiße Mitbürger geschossen. In La Courneuve, einem Arbeitervorort im Nordosten von Paris, starb Toufik Uannes, ein zehnjähriger algerischer Junge, an einer Kugel aus einem Luftgewehr, die ins Herz drang. In Pont-Eveque südlich von Lyon schoß ein marokkanischer Vorarbeiter mit einem Schrotgewehr wahllos in eine Ansammlung weißer französischer Arbeitskollegen, von denen vier durch grobkörnigen Schrot verletzt wurden. In beiden Fällen konnten die Schützen „den Lärm nicht mehr ertragen".

Elende Wohnverhältnisse

Der Todesschütze aus La Courneuve ist inzwischen gefaßt worden. Er ist ein etwa fünfzigjähriger Arbeiter, Vater eines fünfzehnjährigen Sohnes, dessen Name von der Polizei verheimlicht wird, weil man Racheakte der farbigen Bevölkerung gegen seine Familie fürchtet. Das Drama geschah in der „Wohnburg der Viertausend", in der etwa die Hälfte der Einwohner *des von einem Kommunisten* verwalteten Städtchens zusammengedrängt sind. Marokkaner, Algerier, Schwarzafrikaner, einige Vietnamesen und etwa zehn Prozent Franzosen, alle zusammen Arbeiter in den umliegenden Automobilwerken von Saint-Denis und Aulnois. Die Gebäude stammen aus den Jahren 1963 bis 1966, sie wurden damals wie Tausende andere im Großraum Paris schnell aus dem Boden gestampft, um der rasch wachsenden Immigration aus Afrika nach dem Ende der Kolonialzeit gewachsen zu sein. Rücksicht auf Komfort oder die Nerven der künftigen Bewohner wurde nicht genommen. So gab es keine Isolation gegen Hitze und Kälte, keinen Lärmschutz, nur das Notwendigste an sanitären Anlagen, oft nur ein Klo für ein ganzes Stockwerk. „Sozialer Wohnungsbau", in französisch „HLM", nannte man das.

Der soziale Friede schien in La Courneuve bislang nicht in Gefahr. Die Stadt ist eine Hochburg der KPF, die seit Jahren ihr „Fest der Humanité", eine beliebte Kirmes zu Ehren des Parteiblattes, abhält. Die Kommunisten halten auf Ordnung, über ihre Zellen kontrollieren sie die Bevölkerung bis in das letzte Stockwerk hinein. Ihren Hauptzulauf rekrutieren sie eben aus jenen farbigen Einwanderern, die in der Partei die einzige Verteidigerin ihrer Interessen sehen.

Aber am Samstagabend war es in Paris noch um zehn Uhr 34 Grad heiß, kein Mensch ging zu Bett. Die Kinder spielten in den spärlichen Grünanlagen zwischen den Hochhäusern. Sie feierten das Ende des Ramadan, des moslemischen Fastenmonats, und das tut man in Algerien und Marokko seit Jahrhunderten mit Knallkörpern und Raketen. Unter ihnen war auch Toufik Uannes, zehnjähriger Sohn eines Vorarbeiters bei Citroën. Schon mehrfach hatte ein Mann von einem Fenster oberhalb herabgerufen, wenn der Krach nicht aufhöre, werde man etwas erleben. Einer der Gefährten Toufiks später: „Wir hörten einen dumpfen Knall und liefen alle weg. Nur Toufik blieb liegen. Er sagte noch, er habe einen Schmerz in der Schulter und käme nicht mehr hoch. Dann wurde er plötzlich ganz blaß und bewußtlos. Toufik war tot."

Die Erregung unter den Menschen in den Stunden, die folgten, war so groß, daß die Polizei erst am frühen Morgen wagte, in das Wohngebäude einzudringen. Die Beamten wurden von Jugendlichen mit einem Steinhagel empfangen, als Rassisten und Faschisten beschimpft. Erst am Abend begannen sie ihre Zeugenverhöre, und erst am Montagabend konnten sie den Täter entdecken, einen Mann im fünften Stock, der offenbar nervenkrank war und schon mehrfach auf Menschen geschossen hatte.

Eine explosive Situation

Attentate wie dieses oder das bei Lyon hat es seit drei Jahren zwanzig in Frankreich gegeben, wobei die wahre Zahl sehr viel höher liegen dürfte. Der kommunistische Bürgermeister von La Courneuve beschuldigt die Stadt Paris und ihren gaullistischen Bürgermeister Chirac, seit Jahren nichts zur Verbesserung des Lebensstandards der Sozialmieter getan zu haben.

So wie in La Courneuve aber dürfte es in allen Siedlungen rund um Paris mit einer Bevölkerung von vier Millionen Einwanderern, aber auch in anderen französischen Großstädten wie Marseille und Lyon sein. Immer häufiger taucht dabei ein Wort auf, das französischen Debatten bisher fernblieb: Rassenhaß. Eine explosive Situation, in der, wenn das Thermometer weiter steigt, ein kleiner Funke genügt, um den Brand zu entfachen.

In Polen wird das Trinkwasser knapp

J. G. G. Warschau

Die Wasserversorgung polnischer Städte nimmt katastrophale Ausmaße an, und schon jetzt muß man in einigen Städten um Trinkwasser Schlange stehen, schreibt Polens einzige katholische Tageszeitung „Slowo Powszecne" (Warschau). Der Grund: Desolate und überalterte Wasserwerke, die teilweise noch aus der Preußen- und Zarenzeit stammen. Schon jetzt wird in 120 Städten, die vornehmlich in Schlesien und an der Ostseeküste liegen, Wasser rationiert. Ohne Vorwarnung wird Haushalten und der Industrie der Hahn abgedreht. Mit Pferdewagen und Lkws wird das Wasser dann an die Bevölkerung verteilt. In einem desolaten Zustand befinden sich die meisten Kläranlagen. Laut „Slowo Powszecne" werden 55 Prozent aller städtischen Abwässer überhaupt nicht und lediglich 24 Prozent ordentlich gesäubert.

Bei Explosion getötet

rtr, Fürth

Ein türkischer Arbeiter ist gestern bei einer Explosion im Fürther Grundig-Werk ums Leben gekommen. In der Galvanik-Abteilung war aus zunächst unbekannter Ursache ein Trockenofen explodiert.

Sprechender Elefant

dpa, Moskau

Ein sprechender Elefant im städtischen Zirkus von Karaganda in der Sowjetrepublik Kasachstan macht zur Zeit die Runde in russischen Zeitungen. Der kleine Elefant namens „Riese" spricht vor allem gern über sich und sei schon in einer Rundfunksendung aufgetreten. Es werden „Experten" zitiert, die versichern, „Riese" könne sprechen, weil er von Menschen aufgezogen worden sei.

Riesen-Wirbel

dpa, Neumünster

Einigen Wirbel hat ein 2,15 Meter großer Abiturient aus Hamburg verursacht, als er sich jetzt beim Fernmeldebataillon 6 in Neumünster als Rekrut meldete. Die Kleiderkammer konnte nur eine passende Jacke zum Kampfanzug für den 20jährigen aufstöbern. Alles andere – einschließlich der Schuhe – Größe 51 – muß für ihn eigens zugeschnitten werden.

Verkaufsstopp für Austern

dpa, Vannes

Die Fischerei, der Verkauf und der Verzehr von Austern und Muscheln sind im französischen Departement Morbihan im Süden der Bretagne verboten worden. Rund um den Golf von Morbihan erkrankten bisher 300 Menschen nach dem Verzehr der Schalentiere an leichten Magen-Darm-Entzündungen.

Gen-Kommission

dpa, Straßburg

Die Auswirkungen von Gen-Manipulationen auf den Menschen und die Umwelt soll eine vom Europarat in Straßburg eingesetzte Expertengruppe der 21 Mitgliedsländer untersuchen. Die aus Biologen, Medizinern und Juristen bestehende Gruppe soll für Europa einheitliche Kontrollen und einen juristischen Rahmen für Gen-Manipulationen entwickeln.

Hunderter am Haken

dpa, New York

Joey Pallotta aus Crockett (US-Bundesstaat Kalifornien) wollte sich eigentlich beim Angeln erholen. *Plötzlich zerrte ein kräftiger* Fisch an der Leine. Nach fünfstündigem Zweikampf zog Pallotta aus der San-Pablo-Bucht bei San Franzisko einen drei Meter langen und rund 420 Pfund schweren Stör heraus, dessen Alter auf hundert Jahre geschätzt wird.

WETTER: Im Norden wolkig

Wetterlage: Zwischen einem sich abschwächenden Hochdruckgebiet über dem nördlichen Atlantik und einem Tief über Osteuropa wird kühlere Luft nach Deutschland geführt.

Vorhersage für Donnerstag:

Norddeutschland, Westdeutschland, Berlin: Nach Frühdunst und Hochnebel wolkig mit zunehmenden, im Norden und in Berlin nur zögernden Aufheiterungen, am Nachmittag überwiegend heiter. Höchste Temperaturen an der Küste bei 20, im Binnenland bei 25 Grad, nachts Abkühlung auf Werte um 13 Grad. Schwacher bis mäßiger Nordwestwind.

Süddeutschland: *Heiter und trokken.* Nachmittagstemperaturen 26 bis 29 Grad.

Weitere Aussichten:
Heiter, noch niederschlagsfrei.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	32°
Bonn	21°	Kopenh.	23°
Dresden	24°	Las Palmas	22°
Essen	20°	London	27°
Frankfurt	26°	Madrid	30°
Hamburg	19°	Mailand	29°
List/Sylt	17°	Mallorca	30°
München	25°	Moskau	25°
Stuttgart	26°	Nizza	28°
Algier	27°	Oslo	21°
Amsterdam	19°	Paris	24°
Athen	27°	Prag	25°
Barcelona	29°	Rom	26°
Brüssel	19°	Stockholm	16°
Budapest	25°	Tel Aviv	30°
Bukarest	26°	Tunis	30°
Helsinki	25°	Wien	27°
Istanbul	25°	Zürich	26°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 5.22 Uhr, Untergang: 21.33 Uhr, **Mondaufgang:** 11.38 Uhr, Untergang: 0.33 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Durch Bayern wischt das Recycling-Putztuch

Umweltschutzministerium testet Putzlappen aus Altpapier

PETER SCHMALZ, München

Wischt die Hausfrau mit dem Papiertuch den Schmutzfleck vom Boden oder reibt sich der Drucker die Schwärze von den Händen, dann können beide dem Umweltschutz einen wichtigen Dienst erweisen. Nur wissen erst die wenigsten davon, weshalb das bayerische Umweltministerium sich der Putzangelegenheit jetzt annahm und ihrer 408. Pressemitteilung dieses Jahres neben dem beschrifteten Papier ein Papierputztuch beilegte.

Nicht etwa, damit sich die Journalisten ihre Hände in Unschuld waschen können, sondern daß sie am eigenen Dreck die Wirksamkeit dieses Tuchs erproben. Denn im Vergleich zu den bisher üblichen Tüchern aus reinem Zellstoff besteht es nur noch zu 40 Prozent daraus, der größere Teil von 60 Prozent aber stammt aus dem Altpapier-Container.

„Ein insgesamt positives Ergebnis" registriert das Ministerium nach einem mehrmonatigen Versuchseinsatz im eigenen Haus: Die Chauffeure putzten für Minister und Staatssekretär die Scheiben klar, und die Kantinenpächterin ließ Küche und Theke damit sauber strahlen. Fazit des Ministeriums: bessere Gebrauchseigenschaften als die bisherigen Tücher und zudem noch 20 Prozent billiger.

Das Ministerium empfiehlt deshalb sämtlichen bayerischen Ministerien, ihm auf dem Pfad zum Recycling-Putztuch zu folgen und damit einem Wunsch des früheren Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Hartkopf, zu folgen, *der den Ländern den Altpapier-Tip* gegeben hatte.

In der Bundesrepublik Deutschland fallen jährlich acht Millionen Tonnen Altpapier an, von denen nur 3,3 Millionen Tonnen in der heimischen Papierindustrie wiederverwertet werden. 200 000 Tonnen werden exportiert, der Rest kommt auf den Müll.

Als erhebliches Hindernis bei den Altpapiersammlungen, die im vergangenen Jahr immerhin eine halbe Million Tonnen aufbrachten, stellt sich die undifferenzierte Sammelweise heraus.

Zeugenaussage sorgt für Wende in Polizisten-Prozeß

Schöffengericht verweist Todesschuß an Schwurgericht

F. DIEDERICHS, Berlin

Überraschende Wende im Prozeß gegen den 26jährigen Berliner Polizisten Jörg Rosentreter, der im November vergangenen Jahres einen 18jährigen Schüler bei einem Einbruch erschoß: Das Verfahren wurde gestern von einem erweiterten Schöffengericht an eine Schwurgerichtskammer des Berliner Landgerichts verwiesen. Während der Polizeiobermeister bislang wegen fahrlässiger Tötung angeklagt war, verkündete gestern der Vorsitzende Richter: „Rosentreter ist nach der bisherigen Beweisaufnahme hinreichend verdächtig, mit bedingtem Vorsatz handelnd einen Menschen getötet zu haben."

Daß sich der junge Polizeibeamte nun zu einem noch nicht feststehenden Termin wegen des Verdachts des Totschlags erneut verantworten muß, sieht das Gericht vor *allem in der Aussage* des 18jährigen Zeugen Erik Scheppein begründet, der zusammen mit dem erschossenen Andreas Piber (18) an dem nächtlichen Einbruch in das Textilgeschäft beteiligt war. Der Junge widersprach mit seiner Zeugenaussage erheblich den Tatschilderungen des Angeklagten sowie den Protokollen der Polizisten, die nach dem Todesschuß einen ersten Bericht geschrieben hatten. Wie diese Beamten einräumen mußten, hätten sie ihren Bericht zudem nicht nach wahren Begebenheiten, sondern lediglich nach „logischen Schlußfolgerungen" verfaßt, „daß sich das Ganze so abgespielt habe".

Während der Angeklagte vorgetragen hatte, der von ihm „aus Notwehr" Erschossene habe sich an einer Mauer hochgezogen, auf der Mauerkrone umgedreht und ihn „mit einem Gegenstand, den ich nicht genau erkennen konnte", bedroht, ist sich der jugendliche Zeuge sicher, der Erschossene müsse schon auf dem Hof von der tödlichen Kugel in den Rücken getrof*fen worden sein. Er sagte aus,* er selbst habe im Moment des Schusses auf der Mauer gesessen. In diesem Moment habe er den Ruf „Polizei" gehört, dem sofort ein einzelner Schuß gefolgt sei.

ZU GUTER LETZT

„Dennoch war die ‚Japan-Woche', die 100 Tage dauert, in Düsseldorf längst überfällig." Aus „Kölner Stadt-Anzeiger".

